



Synopse

DGB Positionen und Regierungs- und Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2017

Verantwortlich:

DGB Bundesvorstand, VB 01, Abteilung Vorsitzender

Verbindungsstelle Bundespolitik, Barbara Adamowsky (barbara.adamowsky@dgb.de)

Stand: 13.07.2017// **Endfassung**

Quellenbezüge/ Links:

					
http://bit.ly/2qWt2He	http://bit.ly/2uBPdzJ	http://bit.ly/2t9YRMq	http://bit.ly/2uUgsGH	http://bit.ly/2t2jMIW	http://bit.ly/2tFAdS2
Anforderungen an die Parteien zur Bundestagswahl 2017	Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben.	Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit: Zukunft sichern, Europa stärken	Die Zukunft für die wir kämpfen: Sozial. Gerecht. Frieden. Für alle.	Zukunft wird aus Mut gemacht.	Schauen wir nicht länger zu.
DGB Position	Regierungsprogramm 2017 - 2021	Das Regierungsprogramm 2017 bis 2021	Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017	Bundestagswahlprogramm 2017	Programm zur Bundestagswahl 2017

Erläuterung:

Das Wahlprogramm zur Bundestagswahl der „**Alternative für Deutschland**“ (Link: <http://bit.ly/2s8E4YV>) wurde von uns gesondert ausgewertet und kommentiert.

Studie: „Die AfD: Auf dem Weg in einen völkisch-autoritären Populismus. Eine Zwischenbilanz vor der Bundestagswahl 2017.“

Link zum PDF-Download: <http://bit.ly/2vfwWIN> (Die Studie kann auch als Broschüre über das DGB Bestellsystem abgerufen werden.)

Inhaltsverzeichnis:

	<u>Seite</u>
1. Gute Arbeit der Zukunft.....	4
2. Gute Bildung für gute Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe.....	15
3. Handlungsfähiger Staat	23
4. Rente/Soziales.....	37
5. Querschnittsthemen.....	44
5.1. Europapolitik.....	44
5.2. Flüchtlings- und Migrationspolitik.....	52
5.3. Gleichbehandlung und Diskriminierungsfreiheit fördern – Extremismus bekämpfen, Rassismus überwinden, Antirassismusbearbeitung verstärken	56
6. Weitere Politikfelder (alphabetisch)	58
Demokratie, Engagement, Bürgerrechte, Bürgernahe Polizei, Minderheitenrechte, Inklusion, Senioren, Jugendpolitik, Drogenpolitik, Medien, Internet, Religion, Sport, Zusammenhalt	58
Gleichstellung/ Frauenpolitik/ Feminismus.....	59
Gleichberechtigung für alle Lebensweisen/ Queer.....	60
Internationales, Krieg/Frieden/ Außenpolitik.....	60
Kinderarmut.....	61
Kinderrechte	62
Kulturpolitik/ Erinnerungskultur/ Medienpolitik/ Urheberrecht.....	62
Lebensverhältnisse in West und Ost.....	62
Lobbyismus	63
Mitarbeiterbeteiligung.....	63
Natur- und Tierschutz, Abfallwirtschaft, Agrarwirtschaft und Boden, Wasser, Luft.....	63
VerbraucherInnen.....	64



1. Gute Arbeit der Zukunft

Anforderung 1:
Beschäftigungsperspektiven stärken

Stärkung der Tarifbindung

- Erleichterung der Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) durch eine konkretisierende Definition des öffentlichen Interesses im Tarifvertragsgesetz (TVG) sowie der übergeordneten Bedeutung (kein Quorum durch die „Hintertür“) und des Ausschlusses eines Vetorechtes der BDA bei Abstimmungen im Tarifausschuss um wirtschaftlichen Fehlentwicklungen entgegenzutreten.
- Klarstellung bei der AVE von Tarifverträgen über gemeinsame Einrichtungen, dass die Aufzählung der Regelungsgegenstände im TVG nicht abschließend ist.
- Für den Erlass der Rechtsverordnung nach dem Arbeitnehmerentendegesetz (AEntG) darf es nicht auf die Stärke der mitgliederschaftlichen Tarifbindung als Voraussetzung ankommen.
- Anpassung der Handwerksordnung (HwO) für eine stärkere Tarifbindung der Handwerksinnungen und Innungsverbände.

Arbeit:

- Sozial ist, was Arbeit schafft.
- Ziel: bis 2025 Vollbeschäftigung für ganz Deutschland, Zahl der Arbeitslosen halbieren

Tarifpartnerschaft stärken:

- **Tarifautonomie, Tarifpartnerschaft und Tarifbindung** stärken und ermutigen
- Gesetzliche Regelungen so ausgestalten, dass **zusätzliche Flexibilität**, Spielräume und Experimentierräume für Unternehmen entstehen, für die ein Tarifvertrag gilt oder angewendet wird, oder eine Vereinbarung mit dem Betriebsrat erfolgt

Handwerk:

Meisterbrief erhalten, duale Ausbildung in Schule und Betrieb stärken, weitere Berufsbilder EU-konform einführen bzw. wieder weinführen können, „Meisterbonus“ (anfallende Gebühren ganz oder teilweise erstatten)

Arbeit:

- Ziel ist sichere Arbeit und Vollbeschäftigung
- Wandel der Arbeitswelt gestalten – mit **neuer Partnerschaft auf dem Arbeitsmarkt**
- Unbefristet, sozial abgesichert, nach Tarif bezahlt

Pakt für anständige Löhne und eine stärkere Tarifbildung:

- Gesetzlichen Weg der Privilegierung von Tarifpartnerschaft fortsetzen. Tarifgebundenen Betrieben mehr Gestaltungsmöglichkeiten aus Betrieben ohne Tarifbildung geben
- AVE weiter verbessern und Voraussetzungen präzisieren
- Rechtssicherheit der AVE von Tarifverträgen auch rückwirkend gewährleisten
- kollektive Nachwirkung von Tarifverträgen, etwa im Falle einer Auslagerung von Betrieben oder Betriebsteilen bis zur Ablösung durch einen neuen Tarifvertrag
- Verstärker Einsatz von Tariftreue-Regelungen bei öffentlicher Auftragsvergabe
- Verbandklagerecht für Gewerkschaften einführen

Handwerk:

- zulassungspflichtige Handwerksberufe sowie Meisterbrief stärken

Tarifflicht stoppen, Tarifbindung stärken:

- Abschaffung des **Vetorechts** der Arbeitgeberseite gegen die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen
- Tarifvertrag muss **allgemeinverbindlich** erklärt werden, wenn **ein Drittel** der Beschäftigten der jew. Branche von diesem TV erfasst werden. TV auf Antrag einer TV-Partei allgemeinverbindlich erklären, wenn die Absicherung des TV gegen die Folgen wirtschaftlicher und sozialer Fehlentwicklungen erforderlich ist.
- Bei **Betriebsübergängen** in nicht-tarifgebundene Unternehmen und Auslagerungen müssen bisherige TVs in ihrer jeweils gültigen Fassung unbefristet geschützt bleiben und für Neueingestellte gelten.
- Einrichtung einer staatlichen **Beschwerdestelle/Staatsanwaltschaften** für Straftatbestände aus dem Arbeitsrecht und Betriebsverfassungsgesetz usw.
- Staat als Vorreiter für gute Löhne: öffentliche **Auftragsvergabe** daran knüpfen
- **Lohn im ÖD** muss steigen
- **Obergrenzen für Manager- und Vorstandsgehälter:** sie dürfen nicht mehr als das 20-fache des niedrigsten Gehalts im Unternehmen betragen, Jahresgehälter über einer halben Mio. Euro dürfen nicht mehr steuerlich abzugsfähig sein, niemand soll mehr als

Tarifsysteem stärken

- Einfachere **Allgemeinverbindlicherklärung** von Tarifverträgen für alle Betriebe und Branchen

					
		<p>Soziale Berufe aufwerten:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Beschäftigungs- und soziale Dienstleistungspolitik stärken, Träger, Dienste und Einrichtungen sind ebenso in der Verantwortung wie Bund, Länder und Kommunen. ▪ echte duale Ausbildung statt vorschulischer, nicht nur gebührenfrei machen, sondern zudem eine Ausbildungsvergütung schaffen ▪ Bundesrahmen für Gesundheitsfachberufe ▪ Allgemeinverbindlicher Branchentarifvertrag Soziales 	<p>das 40-fache wie das gesellschaftliche Minimum verdienen dürfen</p> <p>Unterstützung der Gewerkschaften beim Kampf um bundeseinheitliche Flächentarifverträge</p>		
<p>Stärkung der Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte zur Beschäftigungssicherung und Qualifizierung</p> <p>Stärkung der beruflichen Weiterbildung</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Einführung Weiterbildungsgesetz (mit Rahmen für Freistellung, Finanzierung, Beratung, Transparenz und Zertifizierung) ▪ Einführung geförderte Bildungsteilzeit <p>Einsetzung einer Kommission zur strategischer. Förderung guter Arbeit im digitalen Wandel</p> <p>Verbesserung der Beschäftigungssicherungsregelungen einschließlich Kündigungsschutz</p>	<p>Beschäftigungssicherung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Erhalt der Arbeitsplätze in Deutschland bei stabilen Lohnnebenkosten und Sozialabgaben, steuerliche Fairness zu anderen Ländern in Europa und weltweit ▪ Zusätzliche Anzahl zukunftsicherer Arbeitsplätze ansiedeln – Digitalisierung, Biotechnologie, Umwelttechnologie, Gesundheits- und Dienstleistungsbereich ▪ Mehr Frauen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ▪ Nachqualifizierung von jungen Menschen zwischen 25 und 35 Jahren ohne Abschluss ▪ „Nationale Weiterbildungsstrategie“ auflegen, erarbeitet gemeinsam mit Arbeitgebern, Gewerkschaften und zuständigen 	<p>Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung weiterentwickeln:</p> <p>Recht auf Weiterbildung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Arbeitslose, die innerhalb von 3 Monaten keine neue Beschäftigung finden, sollen von der Bundesagentur für Arbeit ein Angebot auf eine Qualifizierungsmaßnahme erhalten ▪ Umfassende Kompetenzerfassung aller Fähigkeiten und Begabungen, darauf aufbauende Beratung ▪ ggf. Berufsabschluss nachholen oder Umschulung beginnen ▪ Enge Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Betrieben vor Ort ▪ Arbeitslosengeld Q für die Dauer der Teilnahme an der 	<p>Kündigungsschutz stärken: für alle Betriebe ab 5 Beschäftigte; bes. Eltern-Kündigungsschutz (bis zur Vollendung des 6. LJ.)</p> <p>Versicherung gegen Erwerbslosigkeit:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Alg-I länger auszahlen (Anspruch auf Alg-I nach 6 Monaten, Rahmenfrist auf 3 Jahre verlängern, bei Bedarf Alg-I steuerfinanziert auf Höhe der Mindestsicherung aufstocken) ▪ Sperrzeiten und Sanktionen abschaffen ▪ An Qualifikationen angemessene Arbeitsangebote, kein Zwang zur Erwerbsarbeit gegen Überzeugungen ▪ Rechtsanspruch auf qualifizierte Förderung und Weiterbildung ▪ Öffentlicher Beschäftigungssektor: tariflich 	<p>Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung weiter entwickeln</p> <p>Bildungszeit Plus: Mix aus Zuschuss und Darlehen</p> <p>Berechnung und Erhöhung des Regelsatzes des ALG II, dass man davon würdig leben kann und soziale und kulturelle Teilhabe möglich ist, Sanktionen abschaffen, besonders auch für unter 25-Jährige und für die Kosten der Unterkunft</p> <p>Forderung nach einem verlässlichen sozialen Arbeitsmarkt</p> <p>Entgeltgleichheit zwischen</p>	<p>Weiterbildung im digitalen Wandel:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Versprechen an BürgerInnen, bessere Unterstützung der Arbeitsmarktpolitik für die Weiterbildung der Beschäftigten ▪ Im Rahmen des bestehenden Budgets der BA für alle Betriebe mit maximal 50 Prozent zu fördern – unbürokratisch, bedarfsgerecht und am Markt orientiert ▪ Modell Bildungs sparen steuerlich fördern <p>Einführung eines Digitalministeriums</p> <p>Einführung eines liberalen</p>

					
<p>Bessere Absicherung und Förderung bei Arbeitslosigkeit, u.a. Ausweitung des Versicherungsschutzes der Arbeitslosenversicherung</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Einführung „Überbrückungsgeld“ (Anschluss an ALG I für weitere 12 Monate) <p>Verbindliche Regelung der Teilhabe von Frauen an Führungsfunktionen in der dt. Wirtschaft bis zu den Vorständen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ gesetzliche Regelung zur Förderung des weiblichen Nachwuchses mit verpflichtenden Ziel- und Zeitvorgaben (Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft) <p>Bessere Durchsetzung der Entgeltgleichheit von Männern und Frauen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ gesetzliche Regelung sowie verbindlicher Einsatz von Prüfinstrumenten zur geschlechtergerechten Bewertung von Tätigkeiten <p>Dynamischer Ausbau und Beschleunigung der Arbeitsforschung</p> <p>Umsetzung Mindestlohngesetz</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Umkehrung Beweislastumkehr bei Milo-Ansprüchen ▪ Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz auf Einzelhandel und Bäckereihandwerk ausweiten ▪ Mehr Rechte für Beschäftigte bei neuen Arbeitsverträgen ▪ Streichung der Herausnahme von 	<p>Stellen</p> <p>Digitalisierung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Digitalisierung ist Chefsache, im Bundeskanzleramt eine Position eines Staatsministers Digitalisierung schaffen ▪ Kabinettsausschuss „Digitalpolitik“ einrichten ▪ „Nationalen Digitalrat“ einberufen <p>Langzeitarbeitslose:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Qualifizierung, Vermittlung und Re-Integration in den Arbeitsmarkt deutlich verbessern ▪ Sinnvolle und wertige Tätigkeiten schaffen für Menschen, die auf dem regulären Arbeitsmarkt keine Chance haben ▪ Finanzielle Mittel bereitstellen für junge Menschen, deren Eltern von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind, um ihnen einen Weg in Ausbildung und Arbeit zu ebnen <p>Frauenquote:</p> <p>Mehr Anstrengungen nötig, im Öffentlichen Dienst bis 2025 eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Leitungsfunktionen auf allen Ebenen verwirklichen)</p> <p>Entgelttransparenz-Gesetz</p> <p>Überprüfen und ggf. in enger Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern weiter Schritte unternehmen</p> <p>Mindestlohn hat sich bewährt,</p>	<p>Qualifizierungsmaßnahme (wird nicht auf das ALG angerechnet, Höhe entspricht dem ALG, nach Beendigung der Qualifizierungsmaßnahme setzt der Anspruch auf ALG nach bisherigen Regeln wieder ein</p> <p>Arbeitsversicherung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Umbau der Bundesagentur für Arbeit zu einer Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung ▪ Ansetzen nicht erst bei Arbeitslosigkeit , ggf. als berufsbegleitende Qualifizierungsmaßnahme – gefördert durch die Arbeitsversicherung (individuelles Entwicklungskonto mit einem öffentlich finanzierten Startguthaben) <p>Arbeitslosenversicherung wieder stärken:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Wer innerhalb von drei Jahren vor der Arbeitslosigkeit mindestens 10 Monate sozialversicherungspflichtig beschäftigt war, soll ALG erhalten. ▪ Für Selbständige, die sich in er AL-Versicherung versichern, sollen einkommensbezogene Beiträge erhoben werden <p>Jobcenter:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Personelle und finanzielle Ausstattung verbessern um individuelle Unterstützung und hohe Beratungs- und Förderqualität sicher zu stellen ▪ Interessen und Rechte der Arbeitslosen stärken 	<p>abgesichert</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Hartz-IV-System abschaffen und durch individuelle Mindestsicherung (1.050 Euro) ersetzen <p>Entgeltgleichheitsgesetz und Lohnbemessungsinstrumente sind wichtige Schritte, darüber hinaus Niedriglohnbereich abschaffen, durch mehr familiengerechte Arbeitszeiten, Umverteilung von Arbeit, Ausbau Ganztagsbetreuung, bessere Bezahlung von typischen Frauenberufen</p> <p>Gesetzlichen Mindestlohn auf 12 Euro erhöhen (jährliche Anhebung, Produktions- und Preisentwicklung berücksichtigen, soll vor Altersarmut schützen, flächendeckend und keine Ausnahmeregelungen mehr, mehr staatliche KontrolleurlInnen</p> <p>Ausbau der Prozesskosten- und Beratungshilfe</p> <p>Verbandsklagerecht: für Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbände</p>	<p>Männern und Frauen</p> <p>Für eine funktionierende Frauenquote</p> <p>Mindestlohn muss ausnahmslos für alle Angestellten gelten In der Mindestlohnkommission soll die Wissenschaft ein Stimmrecht bekommen</p> <p>Rückkehrrecht auf Vollzeit</p> <p>WhistleblowerInnen gesetzlich schützen</p> <p>Digitalisierung in der Bundesregierung besser koordinieren: soll im Kabinett eigenständig vertreten sein</p>	<p>Bürgergeldes:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Steuerfinanzierte Sozialleistungen, wie Regelleistungen und die Unterkunftskosten des ALG II, die Grundsicherung im Alter, die Sozialhilfe zum Lebensunterhalt, der Kinderzuschlag und das Wohngeld zu einer Leistung an einer staatlichen Stelle zusammenfassen. ▪ Selbstverdientes Einkommen/ Zuverdienst soll prozentual und geringer als heute angerechnet werden: es muss attraktiver werden vom Mini- zum Midijob zu wechseln und die Stunden auszuweiten Das ist der zentrale gesetzgeberische Hebel beim Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit <p>Langzeitarbeitslose:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Bereits vorhandene finanzielle Mittel in der Grundsicherung für Arbeitslose zusammenfassen und das Prinzip „Training on the Job“ ▪ Konkret sollen die finanziellen Leistungen von Bund und Kommunen (ALG I, Kosten der Unterkunft und Heizung, Krankenversicherungsbeitrag) mit einem produktivitätsgerechten Lohn des Arbeitgeber kombiniert werden ▪ Die Mittel der Arbeitsmarktintegration von Langzeitarbeitslosen sollen

					
<p>Jugendlichen und Langzeitarbeitslosen aus dem MiloG</p> <ul style="list-style-type: none"> Zusätzliche Schwerpunktstaatsanwaltschaften zur Unterstützung des Zolls Prüfdienst der Rentenversicherung aufstocken Kontrolllichte bei der Finanzkontrolle Schwarzarbeit verbessern Mindestlohn für alle, die in Deutschland arbeiten <p>Einführung Verbandsklagerecht</p> <p>Whistleblower-Gesetz schaffen</p>	<p>allerdings Regelungen zu bürokratisch und wenig alltagstauglich (Landwirtschaft, Gastronomie und andere Betriebe): Abbau unnötiger Bürokratie gleich zu Beginn der neuen Wahlperiode</p> <p>Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt für Alleinerziehende Mütter und Väter verbessern: regelmäßige Beratung</p>	<p>Öffentlich geförderte Beschäftigung ausbauen und dauerhaft einen sozialen Arbeitsmarkt schaffen; Bundesprogramm „Soziale Teilhabe“ als Regelleistung in das SGB II übernehmen</p> <p>Besondere Angebote für Eltern bzw. Alleinerziehende, ebenso Umgangsmehrbedarf einführen</p> <p>Langzeitarbeitslose Frauen: Beauftragte für Chancengleichheit im SGBII verankern; Weiterbildungsangebote auch bei Partnereinkommen (bisher ohne Anspruch)</p> <p>Sanktionen für unter 25-jährige im SGBII streichen</p> <p>Schonvermögen im SGB II verdoppeln</p> <p>Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen beenden: Mit Tarifpartnern soziale Berufe aufwerten, in denen v.a. Frauen arbeiten. Verschulte Berufe möglichst bald in das duale System überführen – mit Ausbildungsvergütung und Schulgeldfreiheit bzw. in duale Studiengänge</p> <p>Teilzeit- und Befristungsgesetz reformieren – Rückkehrrecht zur alten Arbeitszeit</p> <p>Entgeltgleichheitsgesetz mit Verbandsklagerecht weiterentwickeln, KMU einbeziehen, Transparenz mit Hilfe umfassender Auskunftsansprüche,</p>			<p>weiterhin zur begleitenden Förderung berufsspezifischer Kompetenzen und für Maßnahmen der psychosozialen Betreuung verwendet werden</p> <p>Mindestlohn:</p> <ul style="list-style-type: none"> Ausnahme vom gesetzlichen Mindestlohn für Geflüchtete, wie bei Langzeitarbeitslosen Mindestlohndokumentationspflichtenverordnung wegen bürokratischer Belastungen abwickeln <p>Lohnlücke</p> <ul style="list-style-type: none"> Lohnlücke verkleinern, indem Frauen ernuntert werden, klassische Männerbranchen zu erobern Entgeltgleichheitsgesetz ist zu bürokratisch <p>Mehr Frauen in Führungsverantwortung: in Wirtschaft und Öffentlichen Dienst: FDP erwartet von Unternehmen eine deutliche Verbesserung des Frauenanteils in Führungspositionen, einheitliche Quote wird abgelehnt, setzen auf Anreize, verbindliche Berichtspflichten und transparente Selbstverpflichtungen</p>

					
		<p>verpflichtendes Prüfverfahren der Entgeltstrukturen nach vorgegebenen Kriterien in Unternehmen ab 50 Beschäftigten</p> <p>Frauenquote von 50 Prozent in Führungsgremien in der Privatwirtschaft, in Körperschaften öffentlichen Rechts und in den Sozialversicherungen und alle Gremien wie Vorstände und Aufsichtsräte</p> <p>Mindestlohn: Ausnahmen für Langzeitarbeitslose abschaffen, Ausnahmen für unter 18-jährige auf Auswirkungen hin evaluieren und Anstreben der Aufhebung</p> <p>Verbandsklagerecht: für Gewerkschaften</p> <p>Whistleblower-Schutz schaffen</p>			
<p>Anforderung 2: <u>Arbeitszeitsouveränität für Beschäftigte schaffen</u></p> <p>Souveränität und Spielräume innerhalb des bestehenden gesetzlichen Rahmens für Beschäftigte schaffen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Recht auf befristete Teilzeit, Aufstockungsanspruch unabhängig von Betriebsgröße ▪ Entgeltersatzleistung bei Arbeitszeitreduzierung für gesellschaftlich notwendige Tätigkeiten einführen ▪ Stärkung des Rechts auf Bildungsteilzeit/ Anspruch auf 	<p>Arbeitszeit: Tarifpartner sollen im Rahmen von Tarifverträgen zusätzliche Spielräume für Flexibilisierung, wie sie die europäische Arbeitszeitrichtlinie eröffnet, bekommen (keine Erhöhung der Gesamt-Wochenarbeitszeit)</p> <p>Teilzeit: Rechtsanspruch auf Teilzeit erweitern um einen Rückkehranspruch in berufliche Vollzeit-Arbeit in Betrieben ab einer bestimmten Größe (befristete Teilzeit). Zügig mit Sozialpartner darüber sprechen.</p>	<p>Familienarbeitszeit und -geld:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ wenn beide Eltern ihre Arbeitszeit partnerschaftliche aufteilen, bekommen sie das Familiengeld (150 Euro/Monat bei jeweils 75 bzw. 90 Prozent der jeweiligen Vollzeitarbeit, Zahlung bis zu 24 Monate) <p>Präsenzkultur in Unternehmen und im öffentlichen Dienst ändern</p> <p>Arbeiten 4.0: Gesetzliche Rahmenbedingungen, tarifliche Regelungen und betriebliche Ausgestaltung müssen ineinandergreifen.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Mehr Wahlmöglichkeiten bei 	<p>Homeoffice und mobiles Arbeiten:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Rechtsanspruch für Beschäftigte, jedoch freiwillig und mit verbindlichem tarifvertraglichem Schutz vor Überlastung und Stress ▪ Anti-Stress-Verordnung ▪ Individuelles Veto gegen Überlastung, Mitbestimmungsrechte der BR und PR bei Personaleinsatz, Zielvorgaben und Arbeitsplanung ▪ Recht auf Feierabend, Reduzierung der wöchentlichen Höchstarbeitszeit auf 40h, stark begrenzte Ausnahmen <p>Überstunden: erfassen und ausgleichen</p>	<p>Flexible Vollzeit: innerhalb eines Korridors von 30 bis 40 Stunden die persönliche Vollzeit festlegen, mit Rückkehrrecht auf die ursprüngliche Stundenzahl nach einer Phase der Teilzeit</p> <p>Recht auf Homeoffice als Ergänzung zum festen Arbeitsplatz</p> <p>Kinderzeit Plus: löst das Elterngeld ab und macht es rechtliche möglich auch nach dem 1. Geburtstag des Kindes phasenweise die Arbeitszeit zu</p>	<p>Öffnungszeiten flexibilisieren Jedes Geschäft soll selbst entscheiden können wann es öffnet und schließt, Sonntagsverkaufsverbot aufheben, auch Dienstleistungsverbot an Sonn- und Feiertagen aufheben</p> <p>Flexible Arbeitszeitmodelle und digitale Arbeitsplätze: zeit- und ortsunabhängiges Arbeiten ermöglichen</p> <p>Datenschutz Selbstbestimmte Entscheidung schützen: niemand soll Daten ohne dessen Willen nutzen</p>

					
<p>Freistellung für Weiterbildung für Beschäftigte und Unterstützung für Arbeitslose, Arbeitssuchenden und Beschäftigte in Teilzeit</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Rechtsanspruch der Beschäftigten auf Bestimmung der individuellen Arbeitszeitlage einführen (im Rahmen von gesetzlichen und tariflichen Regelungen, sowie Betriebs- und Dienstvereinbarungen) ▪ Gestaltungsansprüche bei Homeoffice bzw. flexiblen Arbeitsorten (Anspruch der Beschäftigten, jedoch unter dem Gebot der Freiwilligkeit und ein Rückkehrrecht auf den betrieblichen Arbeitsplatz – unter Beachtung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, Erfassung der Arbeitszeit, Einhaltung täglicher Höchstarbeitszeit und Ruhezeiten nach dem Arbeitszeitgesetz bzw. Dienstrecht und der tarifvertraglichen Regelungen; Stärkung der Mitbestimmung bei Zielvorgaben) ▪ Verpflichtung zur Aufzeichnung der Zeit der außerbetriebliche erbrachten Arbeit durch den Arbeitgeber/Dienstherren, Anerkennung und Vergütung von Mehrarbeit in der Freizeit, Dienstreisen im Fortbewegungsmittel sind ausdrücklich und vollumfänglich als Arbeitszeit anzuerkennen <p>Schutzrahmen gegen Entgrenzung und Arbeitsverdichtung gestalten</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Stärkung der Mitbestimmungsrechte im Gesundheitsschutz zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen 	<p>Familien- und Lebensarbeitszeitkonten mit mehr Spielraum für Familienzeit schaffen – mit den Tarifpartnern</p> <p>Datenschutz: Datenschutzgesetz schaffen: generellen Zugang zu Daten für wirtschaftliche Zwecke und Befugnisse der Sicherheitsbehörden und Datenschutzinteressen der BürgerInnen</p> <p>Post: Bestehende Regulierungen überprüfen und ggf. anpassen</p>	<p>der Arbeitszeit und dem Arbeitsort für Beschäftigte, solange betriebliche Belange dem nicht entgegenstehen: Wahlarbeitszeitgesetz auf den Weg bringen (in enger Abstimmung mit Gewerkschaften und Unternehmen)</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Freiwillige Teilzeitarbeit und Rückkehrrecht auf frühere Arbeitszeit ▪ Betriebsübergreifende Langzeitkonten organisieren ▪ Rechtlichen Rahmen für mobiles Arbeiten schaffen, mit dem Ziel, dass die Tarifpartner Vereinbarungen dazu treffen ▪ Ruhezeiten: Recht auf Nicht-Erreichbarkeit ▪ Verringerung psychischer Belastungen am Arbeitsplatz: Arbeitsschutzrecht um verbindliche Regelungen erweitern (Gefährdungsbeurteilung und Ausbau Mitbestimmungsrechte der Betriebs- und Personalräte) ▪ Verbesserung der Kontrollen der Einhaltung des Arbeitsschutzes und des Arbeitsrechts: bessere Ausstattung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit ▪ Postdienstleistungsbranche: rechtliche Rahmenbedingungen anpassen ▪ Beschäftigtendatenschutzgesetz schaffen ▪ Daten-Ethikkommission schaffen 	<p>(Zuschläge oder Freizeit)</p> <p>Recht auf Nichterreichbarkeit außerhalb der Arbeitszeit, zeitnaher Ausgleich von Mehrarbeit</p> <p>Dienstreisen sind Arbeitszeit</p> <p>Arbeit auf Abruf beschränken</p> <p>Keine Ausnahmen von der gesetzlich zulässigen Tageshöchstarbeitszeit und erforderlichen Ruhezeiten</p> <p>Nacht- Schicht- und Wochenendarbeit streng regulieren, für Schichtarbeit gesundheitlich und sozial verträgliche Modelle verwirklichen</p> <p>Mindesturlaub von 24 auf 30 Werktage anheben</p> <p>Betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz verbessern</p> <p>Recht auf vorübergehende Arbeitszeitverkürzung – mit Rückkehrrecht auf vorherige vertragliche Arbeitszeit, Rechtsanspruch auf familiengerechte und kürze Arbeitszeit für alle, die Verantwortung für Familie und Pflege übernehmen</p> <p>Sabbatjahr für alle</p> <p>Sechs-Stunden-Tag ist genug, bei vollem Lohn und Personalausgleich</p> <p>Arbeitsschutz:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Gefährdungsbeurteilung schärfer durchsetzen, kontrollieren und 	<p>reduzieren</p> <p>Flexibilitätszuschlag für alle, die an Sonn- oder Feiertagen arbeiten müssen (steuer- und sozialabgabefrei)</p> <p>Arbeitsschutz stärken, damit er wirksam vor Stress, Burn-out, Mobbing und Entgrenzung der Arbeit schützt</p>	<p>können, Opt-In und Auskunftsrecht</p> <p>Langzeitkonten für Arbeitszeit fördern, auch Wertguthaben- oder Zeitwertkonto: Verbreitung erweitern: unabhängig vom Arbeitgeber machen, bestehende Einschränkungen, etwas Kombination mit Elterngeld beseitigen, seitens Unternehmen Bürokratieabbau und Vereinfachungen in der Durchführung (Berichtspflichten, Entstehung Urlaubsansprüche während Auszeiten), mehr Freiheit in der Kapitalanlage</p> <p>Arbeitszeitmodelle</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Mehr Flexibilisierung bei der Regulierung, Arbeitszeitgesetz flexibilisieren, indem bisherige Grenze der tätlichen Höchstarbeitszeit von acht bzw. zehn Stunden, sowie in den nicht sicherheitsrelevanten Bereichen die elfstündige Ruhezeit aufgehoben wird. ▪ Stattdessen nur die 48 Stunden wöchentliche Höchstarbeitszeit festschreiben, so wie es die Europäische Arbeitszeitrichtlinie vorsieht ▪ Arbeitsstättenverordnung schafft Hürden, wird nicht als sinnvoll erachtet, Arbeitsschutz für Homeoffice-Arbeitsplätze entbürokratisieren ▪ Öffentlicher Dienst soll

					
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Recht auf Log Off (Nicht-Erreichbarkeit) außerhalb der vereinbarten und festgelegten Arbeitszeit und Erreichbarkeitsregelungen, Verbot von Arbeitsanweisungen des Arbeitgebers/Dienstherren in Pausen- und Ruhezeiten sowie Entgegennahme „freiwilliger“ Arbeitsleistungen in Ruhezeiten/an Sonn- und Feiertagen durch neue Kommunikationstechnologien ▪ Schutz der Gesundheit und Förderung der Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit durch eine verbindliche Umsetzung des gesetzlich normierten Arbeitsschutzes (Arbeitsschutzverordnung zu psychischer Gefährdungen am Arbeitsplatz, Ausbau branchenspezifischer Vorschriftswerke und Aufnahme Sanktionsparagrafen; Berufskrankheitenrecht reformieren für erkrankte Beschäftigte) ▪ Stärkung der personellen Ressourcen in der Gewerbeaufsicht und der Aufsichts- und Präventionsdienste; Ausweitung der Sanktionsmöglichkeiten ▪ Verbesserung des Beschäftigten-Datenschutzes (eigenständig und zeitgemäß zum Schutz der Persönlichkeitsrechte, Trennung von privaten und Dienstlichen Daten (BYOD) und Rechtssicherheit für Beschäftigte bei der Kommunikation in sozialen Netzwerken 			<p>sanktionieren, Arbeitsschutzämter personell besser ausstatten</p>		<p>ebenfalls diesbezügliche Möglichkeiten eröffnen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Vertragsfreiheit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wahren, keine Einschränkungen vornehmen

					
<p>Anforderung 3: Gestaltung von Arbeitsformen neben dem Normalarbeitsverhältnis Gestaltung von Plattformarbeit (Crowdwork)</p> <ul style="list-style-type: none"> Anpassung Arbeitnehmer-, Arbeitgeber- und Betriebsbegriffs zur Vermeidung von Scheinselbständigkeit Modernisierung der Sozialversicherungssysteme für Solo-Selbständige (Kranken-, Arbeitslosen-, Rentenversicherung) unter Beteiligung an der Finanzierung durch Auftraggeber und Plattformbetreiber Anpassung des Ordnungsrahmens für die digitale Wirtschaft (faire Wettbewerbsbedingungen, die Geschäftsmodelle unterbinden, die auf Lohn- und Sozialdumping, fehlender sozialer Absicherung oder dem Unterlaufen bewährter Qualitätsstandards beruhen) <p>Mechanismen zur Normierung von Mindestbedingungen bei Solo-Selbständigen schaffen</p> <ul style="list-style-type: none"> hinsichtlich Vertragsinhalten und Honorarhöhen (wie Mechanismen im Urheberrechtsvertrag) Abschaffung sachgrundloser Befristung und bestimmter Kettenbefristungen Abschaffung von Arbeit auf Abruf, Verbot von „Kapovaz“ („Nullstunden-Verträge“) Regulierung Werkverträge und Leiharbeit: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Streikbruchverbot, Rechtsklarheit 	<p>Unbefristete nicht einfach durch befristete Arbeitsverhältnisse ersetzen: offenkundige Missstände abstellen Keine weitere Regelung bei Zeit-, Leiharbeit und Werkverträgen nötig</p> <p>Minijobs: Sollen an allgemeinen Lohnsteigerungen teilhaben, daher soll ein „mitwachsender Minijob“ geschaffen werden</p>	<p>Abschaffung sachgrundloser Befristung, Sachgründe für Befristung einschränken, Möglichkeiten für Kettenbefristungen begrenzen „Arbeiten auf Abruf“ eindämmen</p> <p>Leiharbeit/ Werkverträge: Weg in Richtung gleicher Lohn für gleiche Arbeit weitergehen: Leiharbeit soll ab dem ersten Tag genauso vergütet werden wie die Stammebelegschaft (Abweichungsmöglichkeit nur durch repräsentative Tarifverträge), Synchronisationsverbot einführen, Mitbestimmung der Betriebsräte beim Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen ausbauen, Missbrauch von Werkverträgen bekämpfen</p> <p>Geringfügige Beschäftigung abbauen, Missbrauch bekämpfen, Weg aus Minijobs in sozialversicherungspflichtige Arbeit öffnen</p>	<p>Crowd- und Cloud-Working</p> <ul style="list-style-type: none"> Begriffe Beschäftigte, Arbeitgeber und Betrieb neu anpassen, Schutzrechte und demokratische Mitbestimmung ausdehnen, Kommission einsetzen, EU-Rahmen schaffen, paritätische Beteiligung der Auftragsgeber an sozialer Sicherung, Recht auf Weiterbildung <p>Soloselbständige:</p> <ul style="list-style-type: none"> Mindestbeitrag soll sich nach Geringfügigkeitsgrenze bemessen (derzeit 450 Euro) und ab dieser Grenze soll sich der Beitrag nach dem tatsächlichen Einkommen richten. Einbeziehung in die Erwerbslosen-, Gesundheits-, Renten- und Pflegeversicherung. Branchenspezifische Mindesthonorar-regelungen schaffen, die bundesweit gelten sollen Befristungen: sachgrundlose Befristung aus dem Teilzeit- und Befristungsgesetz, Sachgründe strikt beschränken, Kettenbefristungen verbieten, Befristung höchstens ein Jahr, der zweite Arbeitsvertrag beim gleichen Arbeitgeber muss unbefristet sein. Sachgrundlose Befristung im öffentlichen Dienst ausschließen Leiharbeit und Werkverträge: Leiharbeit abschaffen, bis dahin bessere Bedingungen für Beschäftigte: gleicher Lohn wie Festangestellte plus eine Flexibilitätszulage von 10 Prozent, Höchstüberlassungsdauer 3 Monate, kein Austausch durch andere Leiharbeiter, 	<p>Online-Plattformen und Clickworker: Kein Lohndumping oder rechtsfreier Vertriebskanal, heutige Sozial- und Arbeitsstandards gelten weiterhin</p> <p>Sicherheit für Selbständige/GründerInnen:</p> <ul style="list-style-type: none"> Bessere und einfachere Absicherung ermöglichen Gesetzlich versicherte Selbständige bei Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen mit geringeren Mindestbeiträgen sehr deutlich entlasten Freiwillige Arbeitsversicherung Wahltarife Alle nicht anderweitig abgesicherten Selbständigen in die gRV einbeziehen, größere Beitragsflexibilität ermöglichen Ja zur Künstlersozialkasse Branchenspezifische Mindesthonorare ermöglichen <p>Befristungen: Sachgrundlose Befristung abschaffen</p> <p>Leiharbeit: Equal Pay ab dem ersten Tag, plus Flexibilitätsprämie, klare Abgrenzung von Werk- oder Dienstverträgen</p> <p>Scheinselbständigkeit: Mit rechtssicheren Kriterien unterbinden</p>	<p>FDP verteidigt flexiblen Arbeitsmarkt und Tarifautonomie, keine weitere Einschränkung bei Zeitarbeit oder Befristungen Abbau überflüssiger Regulierungen in der Zeitarbeit</p> <ul style="list-style-type: none"> Deutschland braucht flexiblen Arbeitsmarkt, Unternehmen und Beschäftigte profitieren Missbrauch wurde erfolgreich unterbunden, damit Equal Pay an Stammebelegschaft angeglichen wird Gesetzliche Vorschriften zur Überlassungsdauer und Entlohnung wollen wir ändern <p>Minijobs: Grenze soll auf das 60-fache des gesetzlichen Mindeststundenlohns festgesetzt werden (das wären von derzeit 450 Euro auf 530,40 Euro) und dynamische Entwicklung, Minijob-Grenze entsprechend anpassen.</p> <p>Positivkriterien für Selbständige Freelancer o.Ä. nicht als Scheinselbständige einordnen, dafür braucht es moderne Positivkriterien anstatt bisheriger Negativkriterien</p>

					
<p>bei Werkverträgen, Drehtüreffekte bei Höchstüberlassungsdauer vermeiden, Übernahme nach 18 Monaten, kein Austausch durch anderen Leiharbeiter, mehr Mitbestimmung und bessere Durchsetzung bestehender Informations- und Unterrichtsrechte, gesetzlich definiertes Equal-Pay darf nicht durch eine Vermutungsregelung ausgehöhlt und auf das alleinige Tarifentgelt begrenzt werden</p> <ul style="list-style-type: none"> Neugestaltung Minijobs: alle Jobs sollen ohne Ausnahme sozialversicherungspflichtig sein (DGB-Modell) Arbeit in Privathaushalten: Umstellung auf direkte Arbeitnehmerförderung, besondere Förderung von Modellen, die Arbeit bündeln und Beschäftigten höheres Einkommen und soziale Sicherheit ermöglichen, Schutz von Arbeitskräften, die in Haushalten leben, Anspruch auf Weiterbildung. Bestehende steuerliche Förderung uneingeschränkt fortsetzen Mobilität in Europa fair gestalten: Rechte mobiler Arbeitnehmer durch Verbesserung der Arbeitnehmerentsenderichtlinie stärken (gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort) 			<p>Zustimmung durch den Betriebsrat (auch bei Werkverträgen), Einhaltung der im Betrieb gültigen Tarifverträge, Beweislastumkehr bei Werkverträgen</p> <ul style="list-style-type: none"> Ersetzung von Mini- und Midi-Jobs durch unbefristete Arbeitsverträge und existenzsichernde Einkommen, Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro, Rechtsanspruch auf eine Mindeststundenzahl im Arbeitsvertrag von 22h/Woche (Ausnahmen nur für schwerwiegende wirtschaftliche Gründe, Beweispflicht beim Unternehmen, Mitbestimmung von Betriebsräten, mit Vetorecht) Beschäftigte in Privathaushalten: zertifizierte Agenturen, gemeinwohlorientierte oder kommunale Träger, Tarifverträge, unbefristete Beschäftigung, Recht auf Mindeststundenzahl, Bezahlung nach dem Mindestlohn, Beratung und Weiterbildung, Möglichkeit der Legalisierung für Menschen ohne Arbeits- und Aufenthaltsrechte Entsendung/ Saisonarbeit: gleicher Lohn für gleiche Arbeit ab dem ersten Tag 	<p>Arbeit auf Abruf: Nicht mehr ermöglichen, wenn die Tätigkeiten mit normalen Arbeitsverhältnissen erledigt werden können, etwa über die Nutzung von Arbeitszeitkonten</p> <p>Minijobs in sozialversicherungspflichtige Jobs umwandeln und dafür sorgen, dass die Beiträge durch Steuern, Abgaben und soziale Leistungen so aufeinander abgestimmt werden, dass sich Erwerbsarbeit immer rechnet</p>	
<p>Anforderung 4: Offensive Mitbestimmung</p> <p>Für eine erhöhte Reichweite der betrieblichen Mitbestimmung</p> <ul style="list-style-type: none"> Vereinfachtes Wahlverfahren in Betrieben bis 100 Wahlberechtigte 	<p>(Keine Aussagen zum Ausbau von Mitbestimmungsrechten)</p> <p>(Jedoch:</p> <ul style="list-style-type: none"> Wir wollen gesetzliche Regelungen so ausgestalten, dass zusätzliche Flexibilität, Spielräume und 	<p>Mehr Demokratie im Betrieb:</p> <ul style="list-style-type: none"> Mitbestimmung auf Augenhöhe Schwellenwert der paritätischen Mitbestimmung auf 1.000 Beschäftigte senken (Beschäftigte jenseits der Kernbelegschaften systematisch bei Schwellenwerten für die Drittel- und die 	<p>Mitbestimmung und Streikrecht ausweiten</p> <ul style="list-style-type: none"> Umfassendes Verbandsklagerecht für Gewerkschaften für Einhaltung von Tarifverträgen und gesetzlichen Bestimmungen 	<p>Mitbestimmung:</p> <ul style="list-style-type: none"> Wir brauchen starke Betriebsräte. Wir wollen sie besser schützen, ihre Mitbestimmungsrechte ausbauen. Gewährleistung von Koalitionsfreiheit und 	<p>(Keine Aussagen zur Mitbestimmung insgesamt.)</p>

					
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Sanktionierung illegaler Beeinflussung von Betriebsratswahlen, Bündelung der Kompetenzen bei Schwerpunktstaatsanwaltschaften ▪ Besserer Schutz für Wahlinitiatoren: früherer Kündigungsschutz ▪ Aktualisierung und Erweiterung von Betriebs- und Arbeitnehmerbegriff: erweitere Mitbestimmung und Zustimmungsverweigerungsrecht der Betriebe im Einsatzbetrieb zur Unterbindung des Missbrauchs von Werkverträgen ▪ Streichung Tendenzschutz bzw. die Bereichsausnahme für Religionsgemeinschaften (ersatzlose Streichung) <p>Für eine Anpassung der Rechte bestehender Interessenvertretungen an den Wandel der Arbeitswelt</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Erweiterung notwendiger Mitbestimmungsrechte, um die Digitalisierung zu gestalten ▪ Erzwingbare Mitbestimmung bei Personalplanung und geplantem Outsourcing ▪ Mehr Mitbestimmung bei Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter ▪ Initiativrechte und eine Erweiterung der Mitbestimmung bei Weiterbildung ▪ Beschäftigtendatenschutz ist Aufgabe von Betriebs- und Personalräten ▪ Unbürokratische Hinzuziehung von 	<p>Experimentierräume für Unternehmen entstehen, für die ein Tarifvertrag gilt oder angewendet wird, oder eine Vereinbarung mit dem Betriebsrat erfolgt.)</p> <p>(Keine Aussagen zur Unternehmensmitbestimmung)</p>	<p>paritätische Mitbestimmung berücksichtigen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Deutsches Mitbestimmungsrecht auf Unternehmen ausländischer Rechtsform mit Sitz in Deutschland bzw. auf dt. Zweigniederlassungen erstrecken ▪ Schließung von Schlupflöchern, etwa bei der Europäischen Aktiengesellschaft (SE): Mitbestimmung neu verhandeln; das Drittelbeteiligungsgesetz an die Regelungen zur Konzernanrechnung im Mitbestimmungsrecht und hinsichtlich der Erfassung der KapitalgesellschaftCo.KG mit Mitbestimmungsgesetz anpassen ▪ Mehr Mitwirkungsrechte bei Weiterbildung und beruflicher Qualifizierung – Ausbau des bestehenden Vorschlags- und Beratungsrechts zur Sicherung und Förderung der Beschäftigung und durch ein generelles Initiativrecht auf die Einführung betrieblicher Berufsbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen ▪ Offizialdelikt Betriebsratsbehinderung konsequent verfolgen und Bildung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften ▪ Vereinfachung des Wahlverfahrens und besonderer Kündigungsschutz für Betriebsratswahl-Initiatoren ▪ Mitbestimmungsrechte beim Einsatz von Fremdbeschäftigung, etwa Werkverträge, stärken ▪ Rechte der Personalräte ebenso stärken und ausbauen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Streikrecht: Rücknahme des Tarifeinheitsgesetzes, Ausweitung des Streikrechts: Solidaritätsstreiks mit Beschäftigten anderer Betriebe und Branchen und politische Streiks zur Durchsetzung sozialer Verbesserungen und zur Verteidigung der Demokratie und Frieden im Streikrecht einschließen (§160 SGB III abschaffen) ▪ Keine Ausnahmen für Religionsgemeinschaften und Tendenzbetriebe (Streichung §118 Betriebsverfassungsgesetz), Allgemeiner Gleichbehandlungsgrundsatz auch in kirchlichen Einrichtungen, auch Arbeitsrecht/ Kündigungsschutz muss vollumfänglich gelten ▪ Wahl von Betriebsräten erleichtern: vereinfachtes Wahlverfahren ▪ Betriebe mit mehr als fünf Beschäftigten ohne Betriebsrat müssen jährliche Mitarbeiterversammlungen durchführen, auf denen Gewerkschaften über das BetrVG informieren ▪ Kündigungsschutz auf alle Organe der Betriebsverfassung ausweiten und ab dem Zeitpunkt der Bewerbung für eine Betriebsratswahl von 12 auf 24 Monate verlängern (im ÖD gleiche Rechte) ▪ Freistellungen von Betriebsräten im Verhältnis zur Mitarbeiterzahl unter BetrVG § 38 deutlich anheben. ▪ Strafverfolgung bei Union-Busting erleichtern, schärfere Sanktionen gegen Arbeitgeber und Anwaltskanzleien, die sich auf die Verhinderung von gewerkschaftlicher Organisation 	<p>Streikrecht bei den Kirchen gewährleisten. Die Rechte der kirchlichen Arbeitnehmer*innen sollen gestärkt und Ausnahmeregelungen beschränkt werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Für Betriebsräte soll es möglich werden, Betriebsvereinbarungen zu Vereinbarkeitsfragen zu verhandeln. ▪ Anpassung des Arbeitsschutzes an die digitale Arbeitswelt, betriebliche Mitbestimmungsrechte stärken. ▪ Auch die Mitbestimmung braucht ein Update. Wenn durch Vertrauensarbeitszeit ständig Mehrarbeit entsteht, sollen Betriebsräte ein Mitbestimmungsrecht über die Arbeitsmenge ▪ Absenkung des Schwellenwertes für die paritätische Unternehmensmitbestimmung auf 1.000 Beschäftigte. ▪ Eigenständiger Beschäftigtendatenschutz vor umfassender Leistungskontrolle 	

					
<p>externem Sachverstand</p> <ul style="list-style-type: none"> Demokratisierung der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst <p>Für eine Stärkung der Unternehmensmitbestimmung</p> <ul style="list-style-type: none"> Mitbestimmungsvermeidung verhindern (Lücken im dt. und europäischen Recht schließen: Europäische Aktiengesellschaft (SE) usw. <ul style="list-style-type: none"> Reichweite der Unternehmensmitbestimmung erhöhen: Schwellenwerte senken: 1.000 Beschäftigte im Mitbestimmungsgesetz, 250 Beschäftigte im Drittelbeteiligungsgesetz), Wahlverfahren zum Aufsichtsrat vereinfachen, gesetzlichen Mindestkatalog zustimmungspflichtiger Geschäfte aufstellen (Betriebsschließungen Standortverlagerung, Unternehmensverkauf), keine Sonderregelungen für Tendenzunternehmen, Unternehmensmitbestimmung auch in öffentlich-rechtlichen Rechtsformen ermöglichen Europäische Rahmenrichtlinie zur Mitbestimmung: für die europäischen Gesellschaftsformen, europaweite, dynamisierte Schwellenwerte; Paritätische Vertretung der ArbeitnehmerInnen in Aufsichts- oder Verwaltungsräten ab 1.000 Beschäftigte 		<ul style="list-style-type: none"> Gewerkschaftliche Vertrauensleute brauchen Schutz vor Diskriminierung am Arbeitsplatz 	<p>spezialisiert haben</p> <ul style="list-style-type: none"> Verstöße gegen die Betriebsverfassung strafrechtlich stärker verfolgen, zentrales Melderegister schaffen Verpflichtung der Betriebsräte auf Wahrung des Betriebsfriedens im Betriebsverfassungsgesetz abschaffen. Zwingende Mitbestimmungs- und Vetorechte der Beschäftigten und der Betriebsräte in allen wirtschaftlichen Fragen, sowie Gestaltung der Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen 2 Stunden/Monat während der Arbeitszeit für Beratung über Fragen zur Arbeitsgestaltung und Arbeitszeit <p>Unternehmensmitbestimmung:</p> <ul style="list-style-type: none"> Paritätische Mitbestimmung in allen Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten Wege finden, die öffentliche Hand an Unternehmensentscheidungen mit erheblichen gesellschaftlichen Auswirkungen zu beteiligen Zustimmung des Aufsichtsrats bei allen wichtigen Entscheidungen der Unternehmensführung mit vorheriger Belegschaftsabstimmung Konzernverlegungen und –verlagerungen erschweren, Unternehmensmitbestimmung muss ausnahmslos auf internationale Unternehmen mit Standortniederlassungen in Deutschland ausgeweitet werden 		



2. Gute Bildung für gute Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe

Anforderung 1: Für Chancengleichheit in der frühkindlichen Bildung und in den Schulen

Ausbau der Kindertagesbetreuung fortsetzen

- Gewährleistung unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern

Fachkräfte sichern

- Gemeinsame Fachkräfteoffensive Bund/Länder

In Qualität investieren

- Dauerhafte fin. Beteiligung des Bundes am qualitativen Ausbau der Kitas
- Bundeseinheitliche Qualitätsstandards (Kita-Qualitätsges.) für alle Einrichtungen unabh. von der Trägerschaft

Inklusive Bildung und Betreuung an Kita-Einrichtungen und Schulen

- Bund-Länderprogramm auflegen
- Verbindliche Standards der UN-Behindertenrechtskonvention

Rechtsanspruch auf einen qualifizierten hochwertigen Ganztagsschulplatz

- Neues Bundes-Ganztagsschulprogramm mit einheitlichen Qualitätsstandards

Für mehr Schulsozialarbeit

- Neues Bundesprogramm für den Ausbau flächendeckender und hochwertiger Schulsozialarbeit (nach § 11 Abs. 3 Nr. 3 SGB VIII)

Bildung:

Frühkindliche Bildung und Betreuung:

- Wahlfreiheit für Eltern, setzt voraus, dass es Betreuung gibt, wo sie von Eltern gewünscht oder benötigt wird
- Rechtsanspruch auf Betreuung im Grundschulalter einführen, Anreize für Unternehmen setzen (Steuerbefreiung für Zuschüsse von Arbeitgebern für Betreuungskosten bis zum Ende der Grundschule)
- Qualität ausbauen: Ausstattung und Personal

„Digitale Bildungsoffensive“

- Für alle Altersgruppen, von der Schule bis zur Weiterbildung
- „Digitalpakt“: Anbindung aller Schulen und Hochschulen an das schnelle Internet, erforderliche Ausstattung, Schaffung neuer „Bildungs-Clouds“

Schulen:

- Bisherigen Weg weitergehen
- Durchlässigkeit zwischen den Schultypen und Ausbildungswegen erhöhen
- Gymnasien als eigene Schulform erhalten
- Länder bei der Weiterbildung bei digitalen Kompetenzen der LehrerInnen unterstützen

Bildung:

Kitas:

- Gebühren schrittweise abschaffen
- bundesweites Kita-Qualitätsgesetz: Kitas besser ausstatten, gesunde Ernährung, zusätzliche ErzieherInnen, Beruf aufwerten und Ausbildung verbessern (Fachkräfteoffensive)
- Kindertagespflege professionalisieren und aufwerten

Rechtsanspruch auf

Ganztagsbetreuung in Kita und Grundschule unter finanzieller Beteiligung des Bundes

Schulen:

- „Nationale Bildungsallianz“ schaffen: Grundgesetzartikel 104 c/ Aufbrechen des Kooperationsverbots v.a. für finanzschwache Kommunen, darüber hinaus vollständige Aufhebung des Kooperationsverbotes
- Schulmodernisierungsprogramm
- Schulsozialarbeit ausbauen
- Unterrichtsqualität verbessern, begleitende Bildungsforschung unterstützen
- Kompetenzen bei digitalen Medien und Technik fördern

Bildung:

- Unbefristete **Beschäftigung** im Bildungssektor als Regel

Kitas:

- Bundesweit einheitlicher Betreuungsschlüssel
- Gebührenfreiheit
- Kostenloses, gesundes Essen
- mehr ErzieherInnen
- Sozial- und Erziehungsberufe aufwerten

Schulen:

- Eine Schule für alle/ Gemeinschaftsschulen
- Rechtsanspruch auf Ganztagschule in der Grundschule
- Inklusive Schule, Umsetzung der UN-Behindertenkonvention
- Investitionsprogramm: Bund-Länder-Sofortprogramm
- Schulsozialarbeit im Jugendhilferecht verankern
- Lobbyismus an Schulen unterbinden
- Bildung ohne Bundeswehr
- Alle Lehrämter gleich stellen

Bildung:

- 7 Prozent der Wirtschaftsleistung in die allgemeine Bildung und mindestens 3,5 Prozent in Forschung und Entwicklung investieren
- Aktionsplan Bildung für nachhaltige Bildung

Frühkindliche Förderung:

- Mindestens 3 Milliarden Euro/Jahr
- Anspruch auf einen Ganztagsplatz in einer guten Kita
- Eine ErzieherIn soll künftig höchstens drei Kinder unter drei Jahren bzw. höchstens zehn ältere Kinder betreuen
- Mindeststandards und Qualität sichern
- ErzieherInnenbildung neu gestalten und attraktiver machen, besser bezahlen
- Ziel der beitragsfreien Bildung von Anfang an bzw. sozial gestaffelte Elternbeiträge in der Kita-Betreuung

Schulen:

- Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung bis zum Ende der vierten Klasse, 4 Mrd. Euro Bundeszuschuss für Ganztagsschulplätze
- Förderprogramm zur Sanierung von maroden Schulen:

Bildung:

- Ausgaben erhöhen, sodass Deutschland zu den fünf führenden Ländern in den 35 OECD Ländern gehört
- Schulabschlüsse über einheitlich gestellte Abschlussprüfungen vergleichbarer machen
- Bildungsföderalismus grundlegend reformieren

Digitalisierung der Bildung:

- 1.000 Euro Technik-Investition pro SchülerIn
- Staatsvertrag zwischen Ländern und Bund zum Ausbau der digitalen Infrastruktur
- Verankerung digitaler Bildung in der Lehrerausbildung
- Medienkompetenz in Bildungsstandards aufnehmen

Kitas:

- Bessere Bezahlung und Ausbildung des Kita-Personals
- Sprachförderung der Kinder vor der Einschulung
- Flexiblere und verlässlichere Kitas

Schulen:

- Schulen sollen selbst über ihren Haushalt, Profil und Personal entscheiden, einheitliche Bildungsstandards und

					
				<p>10 Mrd. Euro für die nächsten 5 Jahre und so 10.000 Schulen für die Zukunft fit machen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Kooperationsverbot komplett aufheben, Bildungsföderalismus entkrusten ▪ Gemeinsame Bildungs-offensive der Ländern ▪ Bundesprogramm Schulen in benachteiligten Stadtquartieren oder Regionen ▪ Kulturtechniken der Digitalisierung in den Regelbetrieb der Schulen integrieren 	<p>Überprüfungen/Evaluationen/ Qualitätsanalysen ob die Standards erreicht werden, Veröffentlichung dieser Ergebnisse</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Besondere Unterstützung für Brennpunkt-Schulen ▪ Unterrichtsgarantie, überbordende Bürokratie in Schulen abbauen ▪ Finanzierung der Schulen, Kitas schrittweise auf Bildungsgutscheine umstellen ▪ Unterstützung freier Schulen ▪ Rahmenbedingungen für LehrerInnenausbildung verbessern: bessere Anreize, Auswahl und Ausbildung von LehrerInnen, Lehrer besser bezahlen, Digitalkompetenz ▪ Integration: Förderschulen-Abschaffung war Fehler, jedoch braucht es Basisstandards (wenn diese nicht erreicht werden, darf kein inklusives Lernen gemacht werden) ▪ Sofortiges Teilnahmerecht von Flüchtlingskindern am Unterricht in ganz Deutschland ▪ Kooperation mit außerschulischen Partnern in MINT Fächern
<p>Anforderung 2: Für eine moderne und gute berufliche Bildung</p> <p>Ausbildungs-garantie einführen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Übergangsbereich, besonders Warteschleifen ohne sichere Perspektive auf einen Abschluss, abbauen 	<p>Berufliche Bildung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Weiter stärken und gemeinsam mit Ländern, Kammern und Sozialpartnern das Modell „Höhere Berufsbildung“ etablieren 	<p>Ausbildung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Flächendeckende Jugendberufsagenturen ▪ Mindestausbildungsgütung (Vorrang tariflicher Lösungen, besonders Allgemeinverbindlicherklärungen) 	<p>Ausbildung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Recht auf vollqualifizierende gebührenfreie Ausbildung ▪ Solidarische Umlagefinanzierung ▪ Mindestausbildungsgütung, Unterstützung der Gewerkschaften für 	<p>Ausbildung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Ausbildungs-garantie ▪ Branchen- und regionsspezifische Umlagen zur solidarischen Finanzierung der Berufsausbildung 	<p>Berufliche Bildung:</p> <p>Duale Ausbildung stärken</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Aufwertung und Ausweitung ▪ Analogen Unterricht durch digitale Medien und Informatik

					
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Pfade zum Ausbildungsabschluss ausbauen ▪ Schaffung mehr betrieblicher Ausbildungsplätze ▪ Staatliche Garantie zum Einstieg in das erste Ausbildungsjahr eines anerkannten Ausbildungsberufs mit Übergang in betr. Ausbildung ▪ Assistierte Ausbildung (AsA) als Regelinstrument nach 2018 fortführen ▪ Bei AsA mehr in den SGBII-Bereich investieren <p>Finanzierung der beruflichen Bildung</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Unterstützung von Branchenfonds/Umlage <p>„Zukunftsprogramm Ausbildung“ starten</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ 2018-2022 steuerfinanziertes Programm starten ▪ In besonders betroffene Regionen KMUs beim Ausbau von Ausbildungsplätzen strukturell und finanziell unterstützen ▪ Ergänzend marktbenachteiligte Jugendliche über außerbetriebliche Ausbildung einen Berufsabschluss in mind. einem 3-jährigen anerkannten Ausbildungsberuf ermöglichen ▪ Außerbetriebliche Ausbildung und Betriebe enger verzahnen, Einbeziehung der Sozialpartner vor Ort, für einheimische Jugendliche und Geflüchtete <p>Berufsschulpakt schmieden</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Ähnlich wie das 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zusätzliche Beratung, passgenaue Unterstützungsangebote sowie Qualifizierung 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ BAföG-Leistungen verbessern ▪ Investitionen in Auszubildendenwohnheimen ▪ Übernahme nach der Ausbildung: Ankündigungsfrist der Unternehmen einführen, wenn sie nicht übernehmen wollen ▪ Gezielte Förderung statt schärfere Sanktionen für unter 25-jährige im SGB II (Streichung der Sanktionen bei Kosten der Unterkunft) <p>Berufliche und akademische Ausbildung sind gleichwertig, beide Wege stärken: Duale Ausbildung modernisieren und attraktiver machen</p> <p>MINT-Bildung in der gesamten Bildungskette stärken; mehr Frauen durch Berufs- und Studienberatung gewinnen</p> <p>„Allianz für Aus- und Weiterbildung“ von Gewerkschaften, Wirtschaft, Bund und Ländern fortführen</p> <p>Ausbildungsplatzgarantie</p> <p>Branchenbezogene Ausbildungsfonds von Gewerkschaften und Arbeitgebern stärken</p> <p>Assistierte Ausbildung bundesweit ausbauen, ausbildungsbegleitende Hilfen stärken, Initiative zum Ausbau der Teilzeitausbildung</p> <p>Berufsschulpakt von Bund und</p>	<p>bessere tarifliche Lösungen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Verbindliches Ausbildungsangebot ▪ Altersunabhängigkeit ▪ Berufsbildungsgesetz /BBiG) reformieren: Ausbildungsqualität und Rechtsanspruch in Mittelpunkt ▪ Mitbestimmung/ Personalvertretung verbessern ▪ Berufsschulpakt für Investitionen in Qualität ▪ Politische Bildung in die berufliche Ausbildung integrieren 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stärkung der Tarifautonomie und ergänzend zu den einzelnen Tarifverträgen eine Mindestausbildungvergütung ▪ Berufsausbildungsbeihilfe einfacher in Anspruch zu nehmen, Höhe an realen Lebenskosten orientieren ▪ Kostengünstiges Auszubildendenticket 	<p>ergänzen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Abschlüsse Höherer Beruflichen Bildung ▪ Exzellenzinitiative berufliche Bildung ▪ Austauschprogramm für Auszubildende „ERASMUS plus“ <p>Elternunabhängige Ausbildungsförderung (Schüler, Auszubildende, Studierende):</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Zuschuss i.H.v. 500 Euro sowie ein Darlehensangebot, Refinanzierung über die Verlagerung von Steuervergünstigungen der Eltern hin zu den Kindern <p>Nachholdende duale Berufsausbildung : hier müssen spezielle Regelungen gefunden werden</p>

					
<p>Ganztagsschulprogramm</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Qualitätsoffensive für die Ausbildung von Berufsschullehrkräften <p>Allianz für Aus- und Weiterbildung weiterentwickeln</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Integrationskraft des dualen Systems stärken ▪ Qualität weiterentwickeln ▪ Geregelter Weiterbildung stärken <p>Qualität der Ausbildung ausbauen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Belastbares System der Qualitätssicherung in den Kammern etablieren ▪ Betriebl. Ausbildungspersonal durch Ausbildungsseignerverordnung und Anspruch auf Qualifizierung und Freistellung stärken ▪ Ausbildungsstätteneignungsverordnung schaffen ▪ Konkretisierung der Aufgaben der Ausbildungsberater ▪ Anhörungsrechte der Berufsbildungsausschüsse in den Kammern bei Fragen der Ausbildungsqualität ▪ Qualitätsstandards für betriebliche Praxisphasen des Dualen Studiums im Berufsbildungsgesetz verankern <p>Ordnung der beruflichen Bildung verbessern</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Sozialpartnerschaft und Ehrenamt in der Berufsbildung stärken ▪ Anrechnungsmöglichkeiten systematisieren ▪ Überbetriebliche Ausbildung als Teil der betr. Ausbildung, und damit 		<p>Ländern zur Modernisierung und Qualität der Lehrenden</p> <p>BBiG novellieren mit Schwerpunkt auf Verbesserung der Ausbildungsqualität</p> <p>Ausbildungsstrategie 4.0</p>			

					
<p>Voraussetzung für den Beginn von Neuordnungsverfahren, darf nicht durch einseitige ministerielle Blockadehaltung verhindert werden</p> <p>Durchlässigkeit verbessern</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Verbindlicher Durchstieg von 2- in 3-jährige Ausbildungsberufe schaffen 					
<p>Anforderung 3: Für eine demokratische und soziale Hochschule</p> <p>Das BAföG stärken</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ zu einem Instrument des lebenslangen Lernens weiterentwickeln ▪ Altersgrenzen abschaffen ▪ Berufsbegleitendes und Teilzeitstudium förderfähig machen ▪ Regelmäßigen Inflationsausgleich verankern ▪ Darlehensanteil bis zur Vollförderung senken <p>Öffnung der Hochschulen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Mehr Studienplätze schaffen ▪ Hürden beim Übergang vom Bachelor zu Master abbauen ▪ Studienaufnahme für beruflich qualifizierte erleichtern ▪ Bundesförderung von Fernstudiengängen einführen ▪ Hochschulzugang für Menschen mit mind. 3-jähriger, abgeschlossener Berufsausbildung ohne Einschränkung öffnen ▪ Vorbereitungskurse und berufsbegleitende Studienkonzepte ausbauen 	<p>Hochschulen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Auslaufenden Hochschulpaket: in der Folge Ländern gute Lehre und digital innovative Universitäten und Fachhochschulen stärken 	<p>Hochschulen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ BAföG-Leistungen verbessern: bedarfsgedeckte Erhöhung der Fördersätze, regelmäßig überprüft und angepasst ▪ Investitionen in Studierendenwohnheimen ▪ Gute Arbeitsbedingungen schaffen ▪ Grundfinanzierung der Hochschulen stärken ▪ Befristete Hochschulpakete auch nach 2019/2020 erhalten und in eine dauerhafte, verlässliche Finanzierung überführen ▪ Anreize für vernachlässigte Karrierewege schaffen: Frauenanteil von mindestens 40 Prozent in Führungspositionen ▪ Qualität der Lehre verbessern, Zahl der Studienabbrecher reduzieren ▪ Digitalisierung der Hochschulen fördern ▪ Open Access ▪ Bund-Länder-Programm für Personalgewinnung/ Internationalisierungsstrategie ▪ Bologna-Prozess sichern ▪ Masterstudienplatzzahl 	<p>Hochschulpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Zugangs- und Zulassungsbeschränkungen abschaffen, statt dessen ein Hochschulzulassungsgesetz ▪ Zulassungsfreier Master ▪ Studiengebühren abschaffen ▪ Fehler des Bologna-Prozesses beheben ▪ Hochschulen für Geflüchtete öffnen ▪ Demokratisierung der Hochschulen ▪ Gute Arbeitsbedingungen an Hochschulen, Dumpingstellen abschaffen, Schluss mit Ketten-Befristungen, Anschlagprogramm mit 100.000 unbefristeten Stellen, Tarifvertrag für studentische Beschäftigte, 50-Prozent-Quote auf jeder Karrierestufe, Ausbildungsverträge und Mindestvergütung für dual Studierende ▪ Hochschulpaket entfristen und zu einem Dauerzuschuss weiterentwickeln, Exzellenz-Initiative einstellen, öffentliche Ausfinanzierung sicherstellen <p>Forschung: div. Forderungen</p> <p>Digitale Bildung: div. Forderungen</p>	<p>Hochschulen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Studienfinanzierung grundlegend verändern: das BAföG muss zum Leben reichen und altersunabhängig werden (automatische und regelmäßige Erhöhung, ortsabhängige Wohnpauschale), Teilzeit ermöglichen; mittelfristig soll die Studienfinanzierung aus einem Studierendenzuschuss für alle und einem Bedarfszuschuss für Studierende als armen Elternhäusern bestehen, anders als das jetzige BAföG nicht zurück zu zahlen ▪ Alters- und Semestergrenzen bei der studentischen Krankenversicherung anpassen ▪ Ablehnung von Studiengebühren ▪ Bundesprogramme und Bund-Länder-Pakte zu einem Gesamtpaket weiterentwickeln und verstetigen ▪ Bund-Länder-Aktionsplan für studentisches Wohnen ▪ Wissenschaftszeitvertragsgesetz überarbeiten und ein Aufbruch für zusätzliche 	<p>Hochschulen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Absicherung des finanziellen Grundbedarfs der Hochschulen, die den Wettbewerb um Studierende anregt/ Bildungsgutscheine ▪ Bundesweiten Fonds einrichten, in den jedes Land einzahlt (nach dem Königsteiner Schlüssel) ▪ Leistungsorientierte Förderung von mind. 15 Prozent der Studierenden mit Stipendien, u.a. private Initiativen unterstützen und das Deutschlandstipendium ausbauen ▪ Studienbeiträge: erst nach Überschreiten einer angemessenen Einkommensschwelle <p>Forschung: div. Forderungen, u.a. Zugänglichkeit Forschungsergebnisse, zu Lernmaterialien, Gründerkultur</p>

					
<p>Hochschulen gut ausstatten</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Mittel der Hochschulpakete in dauerhafte Unterstützung der Hochschulen überführen ▪ Mitfinanzierung der sozialen Infrastruktur (Studierendenwerke) <p>Bezahlbaren Wohnraum schaffen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Bund-Länder-Programme müssen 25.000 Plätze in Studierendenwohnheimen schaffen <p>Karriereweg in der Wissenschaft berechenbarer machen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Frühzeitige Evaluierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes ▪ Bei Problemen Anpassung des Gesetzes 		<p>erhöhen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Zugang zum öffentlichen Dienst für Bachelor-AbsolventInnen oder mehrjähriger beruflicher Erfahrung öffnen ▪ Hochschulsozialpakt 		<p>Stellen; WissenschaftlerInnen brauchen faire Arbeitsverträge, weniger Abhängigkeiten und weniger Befristungen</p>	
<p>Anforderung 4: Für eine Weiterbildung mit System</p> <p>Für ein Weiterbildungsgesetz</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Bundes-Weiterbildungsgesetz mit Rahmen für ein Recht auf geförderte Weiterbildung ▪ Sichere Finanzierung ▪ Mehr Beratung und Transparenz ▪ Bessere Qualität und Zertifizierung <p>Finanzarchitektur Lebenslanges Lernen schaffen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ BAföG, Meister-BAföG und Bildungsprämie stehen nebeneinander ▪ Studienfinanzierung, das Nachholen schulischer und beruflicher Abschlüsse und berufliche Aufstiegsfortbildung sollen in einem 	<p>„Nationale Weiterbildungsstrategie“ auflegen, erarbeitet gemeinsam mit Arbeitgebern, Gewerkschaften und zuständigen Stellen</p>	<p>Berufsbegleitende Weiterqualifizierung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Duale Studiengänge bundesweit vergleichbar machen und mit Ländern und Hochschulen Qualitätskriterien definieren ▪ Stipendien für BerufsbildungsabsolventInnen verdoppeln ▪ Meisterbrief soll Zulassungsqualifikation zum Masterstudium werden ▪ Meister-BAföG weiterentwickeln und stärken ▪ BAföG-Plus für Aus- und Weiterbildungsqualifizierung <p>Zweite und dritte Chance</p> <p>Weiterbildungsoffensive:</p>	<p>Betriebliche Weiterbildung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Arbeitgeber müssen Fortbildungsmaßnahmen, die im Interesse des Unternehmens sind, bezahlen. ▪ Recht auf Weiterbildung und zeitweise Arbeitszeitreduzierung oder zeitlich begrenzte Auszeit. ▪ Bildungsteilzeit mit einem teilweisen Lohnausgleich von mind. 70 Prozent des Netto Gehalts und Sozialversicherungsbeiträge. <p>Bildungsteilzeit stärker bei Renten und bei der Höhe von Ansprüchen auf ALG-I berücksichtigen. Geringverdiener: vollständiger Lohnausgleich durch staatliche Zuschüsse.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Weiterbildungsfonds, in den alle Unternehmen einer Branche einzahlen ▪ Arbeitsverhältnisse in der 	<p>Weiterbildung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Digitale Kompetenzen zum Teil der Allgemeinbildung machen ▪ Bildungszeit Plus: Mix aus Zuschuss und Darlehen ▪ Gute Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung für Lehrkräfte in der Erwachsenenbildung 	<p>Lebenslanges Lernen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Unterstützung innovativer Bildungsplattformen wie „Open University“, jeder Bürger soll dazu Zugang erhalten ▪ Bildungssparen: für jeden Euro, der für Bildung zur Seite gelegt wird, gibt es einen staatlichen Zuschuss <p>Zweite Chance – Unterstützung zum (Wieder-)Einstieg „Arbeitslosengeld Weiterbildung“ ist heute schon möglich</p>

					
<p>Bildungsförderungsgesetz zusammengeführt werden</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Gebühren bei vollzeitschulischer Ausbildung abschaffen <p>Für eine Kultur der zweiten Chance</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Für Menschen ohne formale Ausbildung Instrumente und Finanzierung der abschlussorientierten Nachqualifizierung verbessern und ausbauen <p>Für eine nationale Validierungsstrategie</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Kompetenzerwerb im Prozess der Arbeit (non-formal und informell) validieren ▪ Nationale Validierungsstrategie im Bildungs- und Qualifizierungssystem ergänzen <p>Weiterbildung strukturell befördern</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Weiterbildungsfonds für Branchen einrichten ▪ Tarifverträge und Sozialpartnervereinbarungen zur Weiterbildung durch zusätzliche Mittel für das ESF-Programm „Fachkräfte sichern: weiter bilden und Gleichstellung fördern“ stärken <p>Für gute Arbeit in der Weiterbildung</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Sicherstellung einer qualifikationsadäquaten und vorrangig sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung der Lehrkräfte in der öffentlich finanzierten Weiterbildung durch Bund und Länder 		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Rechtsanspruch und Freistellungsanspruch ▪ qualifizierte, unabhängige Beratung der Beschäftigten ▪ Faire Aufteilung der Kosten zwischen Betrieb, Gesellschaft und der Einzelnen ▪ Kinderbetreuung im Bedarfsfall ▪ Schlüssige Weiterbildungsförderung durch den Bund, das gemeinsam mit den Tarifpartnern umgesetzt werden soll ▪ Nationale Weiterbildungskonferenz: Abstimmen der Instrumente aufeinander, regionales Fachkräftemonitoring, Innovation- und Beratungszentren für Unternehmen zum Arbeiten 4.0 ▪ Digitale Kompetenzen einbauen 	<p>Weiterbildung: tariflich allgemeinverbindlich absichern, Honorarverträge in feste Stellen umwandeln, bessere Bezahlung im Rahmen öffentlicher Auftragsvergabe, Volkshochschulen besser finanziell und personell ausstatten</p> <p>BAföG:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Fördersatz regelmäßig und automatisch anpassen ▪ Altersgrenzen abschaffen ▪ Bezugsdauer anpassen ▪ Leistungsüberprüfungen abschaffen ▪ breiterer Zugang zur Förderung ▪ Bundesmittel des Deutschlandstipendiums anders verwenden 		

					
<p>Anforderung 5: Für einen leistungsfähigen Bildungsföderalismus</p> <p>Reformkommission Bildung</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Bund und Länder richten diese unter Beteiligung der Sozialpartner ein, ▪ Entwicklung einer gesellschaftlichen Bildungsstrategie <p>Gemeinsame Bildungsplanung</p> <p>Kooperationsverbot für das gesamte Bildungssystem abschaffen</p>		<p>Grundgesetzartikel 104 c/ Aufbrechen des Kooperationsverbots v.a. für finanzschwache Kommunen, darüber hinaus vollständige Aufhebung des Kooperationsverbotes</p>	<p>Kooperationsverbot komplett aufheben, Bildung als Gemeinschaftsaufgabe ins Grundgesetz</p> <p>Bildungsrahmengesetz: Standards der Lehr- und Lernbedingungen</p>	<p>Kooperationsverbot komplett aufheben, Bildungsföderalismus entkrusten</p>	



3. Handlungsfähiger Staat

Anforderung 1: Mehr Investitionen in Infrastruktur und Personal

Pakt zur gerechten Finanzierung und Umsetzung öffentlicher Investitionen

- Öffentliche Investitionen vorrangig aus Steuermitteln finanzieren, d.h. konjunkturbedingte Steuermehreinnahmen vorrangig für Zukunftsinvestitionen einsetzen
- Bisherige Steuerprivilegien für sehr hohe Vermögen, Einkommen und Erbschaften wieder rückgängig machen
- Kreditfinanzierung angesichts eines historisch einmaligen Niedrigzinsumfeldes (Verschuldungsspielräume der Schuldenbremse ausschöpfen)
- Schuldenbremse modernisieren (Vorschlag des Sachverständigenrats: öffentliche Investitionen in die Infrastruktur von der Schuldenbremse ausnehmen)
- Einrichtung einer haushaltsrechtlichen Verpflichtung zu öffentlichen Investitionen in einer bestimmen Höhe (zumindest die Abschreibungen auf das Vermögen der öffentlichen Hand kompensierend)

Wirtschaftspolitik

wie bisher:

- Stetiges und nachhaltiges Wirtschaftswachstum wichtig für Wohlstand und Lebensqualität
- Handlungsfähiger Staat sorgt für Freiheit und Sicherheit, Union steht hinter Arbeit von Polizei, Nachrichtendiensten, Sicherheitsbehörden und Bundeswehr

Sicherheit:

- Ausübung des Dienstes der Polizei, Sicherheitsbehörden und Nachrichtendienste verbessern
- Bei Terror- und Verbrechensbekämpfung besser werden: gemeinsames Musterpolizeigesetz auf den Weg bringen, Gemeinsames Terrorabwehrzentrum in Absprache mit den Ländern weiterentwickeln, Bundeswehr unter Führung der Polizei bei besonderen Gefährdungslagen unterstützende zum Einsatz bringen
- Zahl der Polizisten in Bund und Ländern nochmal um 15.000 erhöhen, Polizeipräsenz erhöhen, intelligente Videotechnik, Schleierfahndung ermöglichen usw.
- Zivil- und Katastrophenschutz weiter verbessern

Öffentlicher Dienst:

- Leistungsfähig und motivierte Mitarbeiter, ausreichend Personal und zeitgemäße Ausstattung

Investitionsoffensive:

Zusätzliche **Zukunftsinvestitionen** aus Überschüssen im Bundeshaushalt bis 2021 finanzieren:

- Beste Schulen
- Kinderbetreuung: gebührenfrei und besseres Angebot
- Investitionen in Fachkräfte
- Neue bezahlbare Wohnungen
- Moderne Verkehrswege
- Schnelles Internet
- Investitionen in Innovationen
- Zusammenhalt
- Energieeffizienz und Klimaschutz
- Sicherheit und Polizei

- Unternehmen, Bund, Länder und Kommunen unterstützen, mehr zu investieren
- Mehr Geld für Forschung und Entwicklung

Sicherheit:

Breiter Begriff von Sicherheit: 15.000 Stellen mehr bei der Polizei, Bundeskriminalamt stärken, Gerichte und Staatsanwaltschaften personell und technisch besser ausstatten, Zoll stärken und zu einer effektiven Finanzpolizei des Bundes weiterentwickeln, kein Einsatz der Bundeswehr im Inneren, Terrorabwehr, Reform Nachrichtendienste, moderner Katastrophenschutz, Straftaten im Netz bekämpfen, Hasskriminalität und Fakenews im Netz bekämpfen, Soziale

Zukunftsinvestitionen:

- jährlich über 120 Milliarden Euro in öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur investieren

Privatisierungsstopp statt Schuldenbremse:

- **Schuldenbremse** zurücknehmen, bis dahin aussetzen
- **Daseinsvorsorge** in öffentlicher Hand, Stopp aller Privatisierungen und Public-Private-Partnerschaften, bis dahin Volksentscheide für Privatisierungsvorhaben; Re-Kommunalisierungsfonds einrichten
- Kein Personalabbau im Öffentlichen Dienst und in öffentlichen Unternehmen
- Mehr Mitbestimmung für BürgerInnen in Öffentlichen Unternehmen, Änderung des Gesellschaftsrechts, Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten ausweiten: Personalvertretungsrecht für alle, die in einer Dienststelle tätig sind, Aufsichtsgremien öffentlicher Unternehmen reformieren, Vorbildfunktion als Arbeitgeber
- **Kommunen** entlasten: Solidarpakt III für benachteiligte Kommunen, Altschuldenfonds unter Beteiligung von Bund und Ländern, Konnexitätsprinzip umsetzen

Mehr und nachhaltiger in die Zukunft investieren:

- **Schwarze Null** trägt nicht zur Generationengerechtigkeit bei, es müssen neben der Begrenzung der Verschuldung auch **Investitionen** getätigt werden
- Mindestens **12 Mrd. Euro/Jahr zusätzlich investieren**
- Neue **Investitionsregel** soll Schuldenbremse ergänzen: Bilanzierungsregeln für das öffentliche Vermögen umstellen
- **Sicherheit und Freiheit:**
 - Eine gut ausgestattete, fachkundige und bürgernahe Polizei braucht neben moderner Technik, v.a. mehr Personal
 - Gegen den Rechtsruck und gegen rechtsextreme Straftaten, Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements gegen rechts
 - Verfassungsschutz: grundlegend reformieren, Neustart
 - Prävention ausbauen: Radikalisierung von Jugendlichen vorbeugen
 - Cybersicherheit: Entwicklung umfassender Sicherheitskonzepte vorantreiben und fördern; durchgängige Ende-zu-Ende-Verschlüsselung zum Standard machen

Haushaltspolitik:

- **Altschuldenabbau** anstatt sich auf der schwarzen Null auszuruhen
- Jeder haftet für seine **Schulden** selbst – Kommune, Bundesland, Bund: Insolvenzordnung für Gebietskörperschaften nach Schweizer Vorbild schaffen
- Maßnahmen zur Vermeidung von Verstößen gegen die **Schuldenbremse:** Gewerbesteuer sollte langfristig durch einen kommunalen Zuschlag mit eigenem Hebesatzrecht auf die Körperschaftsteuer und die zuvor abgesenkte Einkommensteuer sowie einen höheren Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer ersetzt werden, Zwischenschritte dahin setzen
- **Generationenbilanzierung** von Gesetzen parlamentarisch verankern: Leistungen und Lasten der Gesellschaft für nachfolgende Generationen gegenüberstellen
- **Schuldenbremse 2.0 für die Sozialversicherungssysteme** im Grundgesetz verankern: versicherungsfremde Leistungen künftig vollständig aus dem Bundeshaushalt und nicht mehr aus den Sozialversicherungskassen finanzieren, kein Verstecken sozialer Leistungen durch Griff in

					
	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stehen zu beiden Säulen des ÖD: Tarifangestellte und Berufsbeamtentum ▪ Justiz stärken: mehr Personal, effizienteres Verfahrensrecht 	Netzwerke in Verantwortung nehmen, Kampf gegen Wirtschaftskriminalität usw.			<p>Sozialkassen</p> <p>Sicherheit:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Cybersicherheit und Internet der Dinge ▪ Keine anlasslose Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten <ul style="list-style-type: none"> ▪ Gegen lückenlose Überwachung unbescholtener Bürger ▪ Verkehrsdaten bei konkretem Anlass statt Vorratsdatenspeicherung ▪ Sicherheitsbehörden: angemessene Ausstattung und professionelle Organisation <ul style="list-style-type: none"> ▪ Haushaltspriorität für Polizei und Justiz ▪ Ausrüstung und Technik auf den neuesten Stand bringen ▪ Von Nebensächlichkeiten entlasten ▪ Reform der Sicherheitsarchitektur Deutschlands: bisherige Strukturen straffen, klare Kompetenzabgrenzung, Koordinierungsstelle, einheitliche Standards, Arbeitsteilung untersuchen ▪ Kontrolle der Sicherheitsbehörden: parlamentarisches Kontrollgremium, G10-Kommission stärken, Parlamentarischer Geheimdienstbeauftragter, Recht

					
					<p>auf Untersuchungsausschuss usw.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Videoüberwachung verantwortungsvoll einsetzen ▪ Respekt vor Grundrechten und dem Rechtsstaat ▪ Terrorbekämpfung ▪ Modernisierung Bundeswehr: u.a. Attraktivität des Dienstes verbessern, moderne Ausrüstung, Arbeitszeitbelastung, Weiterbildung, Versetzung, Versorgung im Falle der Verwundung und Vereinbarkeit ▪ Keine Waffenlieferungen in Krisengebiete
<p>Anforderung 2: Steuerpolitische Forderungen Spitzenverdiener, Vermögende und Unternehmen müssen ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend wieder stärker an der Finanzierung des demokratischen Gemeinwesens beteiligt werden. Eine Entlastung der breiten Arbeitnehmerschaft ist als Gebot der Steuergerechtigkeit nur folgerichtig.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ einen konsequent linear-progressiv ausgestalteten Tarifverlauf der Einkommensteuer (Deutliche Anhebung des Grundfreibetrags, Erhöhung des Spitzensteuersatzes und Ausgestaltung, dass nicht bereits mittlere Einkommen belastet werden.) ▪ Ablehnung der Abgeltungsteuer. Kapitaleinkünfte müssen wieder dem persönlichen Einkommensteuersatz unterworfen werden. (Besteuerung von Gewinnen aus 	<p>Staatsfinanzen und Steuerpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Schuldenbremse einhalten ▪ Keine neuen Schulden für den Bundeshaushalt ▪ Finanzielle Spielräume für staatliche Aufgaben, Investitionen und für Steuersenkungen nutzen ▪ Mittel- und langfristig Schulden tilgen <p>An bisherigen Kurs in der Steuerpolitik halten wir fest, keine Steuererhöhungen, keine Erhöhung der Steuerquote</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Solidaritätszuschlag zur Einkommenssteuer für alle ab dem Jahr 2020 schrittweise schnellstmöglich abschaffen, in kommender Wahlperiode mit 4 Milliarde Euro ▪ Einkommensteuer um 15 Mrd. Euro senken: 	<p>Entlastungen bei Steuern und Abgaben: ArbeitnehmerInnen mit mittleren und kleinen Einkommen entlasten, Schwerpunkt Familien und Alleinerziehende:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ 3 Milliarden Euro für schrittweise Abschaffung der Kita-Gebühren und einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter ▪ Familienarbeitszeit und Familiengeld von 300 Euro/Monat ▪ Bildung, Ausbildung und Erststudium gebührenfrei, Verbesserungen beim BAföG ▪ Familientarif: für Zukunft Familientarif mit Kinderbonus einführen: jedes Elternteil soll künftig 150 Euro pro Kind von seiner Steuerlast abziehen/ auch Alleinerziehende ▪ Erweitertes Kindergeld: Kinderzuschlag für alle, für die er gedacht ist 	<p>Steuerpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Vermögenssteuer ab einem Vermögen von einer Million Euro (Freistellung betriebsnotwendiges Vermögen von bis zu 5 Mio. Euro) ▪ Erbschaftsteuer: Steuerschlupflöcher schließen, Erbschaftsteuer auf hohe Erbschaften erhöhen, Freistellung von Wohneigentum ▪ Unternehmenssteuern: Erhöhung der Körperschaftsteuer auf 25 Prozent, europaweite Mindestsätze für Unternehmenssteuern einführen ▪ Umsatzsteuer-Ermäßigungen für arbeitsintensives Handwerk, Produkte für Kinder und Arzneimittel ▪ Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Subventionsbetrug wirksamer bekämpfen ▪ Finanztransaktionsteuer ▪ Gewerbesteuer in Gewerbewirtschaftsteuer umwandeln 	<p>Steuerpolitik: Um den Investitionsstau aufzulösen braucht es größerer finanzieller Spielräume – besonders für die Kommunen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Kapitalerträge wie alle übrigen Einkünfte besteuern, dem normalen persönlichen Einkommensteuersatz unterlegen ▪ Steuertricks; Bankgeheimnis und Steuerdumping Kampf ansagen, steuerliche Vorteile durch Wohnsitzverlagerung ins Ausland beenden ▪ Offenlegungspflicht von Gewinnen und Steuerzahlungen von allen international tätigen Unternehmen ab einer gewissen Größe ▪ Tricks mit Lizenzgebühren und Zinsen unterbinden 	<p>Steuern und Abgaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Staat soll sparsamer mit dem Geld der Bürger umgehen ▪ Grundlegendes Umdenken in der Steuerpolitik erforderlich, Umverteilung beenden ▪ Entlastungsvolumen von Mindestens 30 Mrd. Euro als Zielgröße ▪ Gesamtbelastungsgrenze (max. 50 Prozent) für direkte Steuern und Sozialabgaben im Grundgesetz festschreiben ▪ Keine neuen Steuern einführen: keine Vermögensteuer oder Finanztransaktionsteuer ▪ Einkommensteuer: Tarif „nach rechts verschieben“, sodass der jeweils nächste Steuersatz erst bei einem höheren Einkommen steigt, Mittelstandsbau abflachen,

					
<p>Veräußerung von Wertpapieren unabhängig von der Haltedauer. Steuerpauschbetrag von 802 auf 1.000 Euro (Einzelveranlagung) anheben.)</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Förderung von Familien mit Kindern (Kinderfreibetrag abschaffen, Mehreinnahmen sollen allen Kindern durch ein höheres Kindergeld zu Gute kommen) <ul style="list-style-type: none"> ▪ Angemessenere steuerliche Berücksichtigung der Aufwendungen zwischen Wohn- und Arbeitsstätte (keine Abhängigkeit mehr von der Höhe des Einkommens bei der Entlastung von Kosten des Arbeitsweges) ▪ Höhere Besteuerung großer Erbschaften: Vorzugsbehandlung bestimmter Vermögensarten ausschließen (Großzügige Stundungsregelungen für jene Fälle, in denen Erben und Beschenkte Liquiditätsschwierigkeiten nachweisen können, die ihnen die Fortführung eines Betriebes erheblich erschweren würde. Wenn es für die Begünstigten ausgeschlossen ist, den Verkehrswert zu erzielen, kann in bestimmten Fällen eine geringere Bewertung als nach dem Verkehrswert gerechtfertigt sein.) ▪ Umgehende Wiedererhebung der Vermögensteuer (Unterbewertung oder Ausschluss bestimmter Vermögenswerte aus der Bemessungsgrundlage konsequent vermeiden. Kredite von Bemessungsgrundlage in Abzug bringen, Altvorsorgevermögen nicht belasten, Möglichkeit bei Betriebsvermögen die Zahllast aus den erwirtschafteten 	<p>„Mittelstandsbauch“ verringern</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Spitzensteuersatz erst bei einem steuerpflichtigen Jahreseinkommen von 60.000 Euro ▪ Kinderfreibetrag in zwei Schritten auf das Niveau des Erwachsenenfreibetrags angeben und Kindergeld entsprechend erhöhen: <ol style="list-style-type: none"> 1. Schritt Kindergeld um 25 Euro/Kind erhöhen, gleichzeitig Kinderfreibetrag erhöhen, 2. Schritt abhängig von der wirtschaftlichen Lage in der darauffolgenden Legislaturperiode ▪ Pauschale Abgeltungsteuer durch individuelle Steuer ersetzen, soweit Kapitalerträge schon steuerlich vorbelastet sind, soll diese beim Anlegen nicht zu Nachteilen führen ▪ Finanztransaktionssteuer einführen, in verstärkter Zusammenarbeit mit anderen EU-Staaten ▪ Steuervermeidung und Steuerhinterziehung: schädlichen Steuerwettbewerb eindämmen ▪ Erbschaftsteuer: Verschlechterungen werden abgelehnt ▪ Vermögensteuer wird ausgeschlossen ▪ Steuerbetrug wirksamer bekämpfen ▪ Steuererklärungen vereinfachen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Entlastung bei Sozialabgaben: Wiedereinführung der paritätischen gesetzlichen Krankenversicherung ▪ Niedrige Einkommen: Beitragsentlastung für ArbeitnehmerInnen, die zwischen 451 und 1.300 Euro verdienen (allmählicher Anstieg des Arbeitnehmerbeitrags in den Sozialversicherungen in dieser Zone, bei gleichzeitigen vollen Rentenansprüchen – Erstattung aus Haushaltsmitteln, um die vollen Leistungen bei Rente, Gesundheit, Pflege und Arbeitslosigkeit zu garantieren) <p>Abschaffung des Solidaritätszuschlags für untere und mittlere Einkommen ab 2010 (Entlastungsvolumen bei 10 Milliarden Euro), dafür auch Freigrenzen für Singles und Eheleute anheben</p> <p>Solidaritätszuschlag auslaufen lassen und restlichen Solidaritätszuschlag (bei sehr hohen Einkommen) stufenweise abschmelzen</p> <p>Einkommensteuer:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Entlastung bei Aufkommensneutralität: Grenze bei Singles heute von 54.000 Euro auf 60.000 Euro zu versteuerndem Einkommen anheben, ▪ Dafür den Spitzensteuersatz linear-progressiv auf 45 Prozent anheben (Singles ab 76.200 Euro/ Ehepaare ab 152.400 Euro) ▪ Erhöhung Grundfreibetrag 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Einkommen bis 12.600 Euro im Jahr steuerfrei stellen, Steuerverlauf abflachen, höhere Einkommen stärker besteuern (ab 70.000 Euro Steuersatz 53 Prozent) ▪ Zwei Stufen in der Reichensteuer: 60 Prozent aber der aktuellen Reichensteuergrenze von 260.533 Euro und 75 Prozent für Einkommen oberhalb von einer Million Euro zu versteuerndem Einkommen. Einkommen aus Kapitalerträgen nicht weiter bevorzugen, sondern wie alle Einkommen versteuern. Abgeltungssteuer von 25 Prozent abschaffen ▪ Ehegattensplitting durch familienfreundliche Steuermodell ersetzen ▪ Steuerfreibeträge für Abfindungen wieder einführen <p>Kindergeld für alle Kinder auf 328 Euro erhöhen</p> <p>Steueroasen trocken legen, organisierte Finanzkriminalität stoppen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Strafverfolgungsbehörden und Finanzämter personell, technisch und vom gesetzlichen Rahmen aufstocken, Bundesfinanzpolizei gegen Steuerhinterziehung und Geldwäsche ▪ Briefkastenfirmen und andere Konstrukte durch Transparenzregister – unmöglich machen ▪ Verbindliche Mindeststeuersätze für Konzerne in der EU usw. 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Für eine verfassungsfeste, ergiebige und umsetzbare Vermögensteuer für Superreiche ▪ Erbschaftsteuer: sollte sie vom Bundesverfassungsgericht abermals scheitern, wird ein einfaches gerechtes Erbschaftsteuermodell entwickelt ▪ Einkommensteuer: Erhöhung des Grundfreibetrags für kleinere und mittlere Einkommen und Spitzensteuersatz oberhalb von 100.000 Euro (Single-Haushalt) erhöhen ▪ Buchführungs- und Steuerklärungspflichten vereinfachen, Vereinfachung bei der Umsatzsteuer (Handel innerhalb der EU), überprüfen, ob Kleinunternehmergrenzen bei der USt und Gewerbesteuerfreibetrag angemessen angehoben werden sollten <p>Geringverdiener bei den Sozialabgaben entlasten</p> <p>KindergeldBonus: Eltern mit geringen Einkommen erhalten ihn in voller Höhe, bei höheren Einkommen wird er abgeschmolzen</p> <p>Vorstandsvergütungen: Rechte der AktionärInnen stärken, Unternehmen sollen verpflichtend die Vorstandsvergütung in Relation zur Normalbelegschaft veröffentlichen müssen</p>	<p>Splitting für Ehe- und Lebenspartnerschaften beibehalten, Familien und Alleinerziehende entlasten, in dem der Kinderfreibetrag angehoben und die Betreuungskosten bis zum Höchstbetrag steuerlich voll absetzbar werden, zusätzliche steuerliche Berücksichtigung von Leistungen im Haushalt (besonders Pflege- und Betreuungsleistungen), für anfallende Kosten eine Steuerermäßigung von 50 statt 20 Prozent als Abzug von der Steuerschuld, steuerliche Absetzbarkeit von gesetzlichen Unterhaltsleistungen einführen, ArbeitnehmerInnen-Pauschbeträge erhöhen, Steuererklärung insgesamt vereinfachen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ „Tarif auf Rädern bei der Kalten Progression“: regelmäßige Anpassung des Tarifs inklusive Freibeträge, Freigrenzen und Pauschbeträge an der Inflation ▪ Solidaritätszuschlag abschaffen, bis Ende 2019 ▪ Keine Verschärfung der Erbschaftsteuer, wollen dass bei Erbschaften zwischen Ehegatten oder eingetragenen Lebenspartnern künftig keine Erbschaftsteuer anfällt ▪ Freibetrag bei Grunderwerbsteuer beim Erwerb von Wohneigentum (500.000 Euro)

					
<p>Erträgen zu begleichen)</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Gewerbesteuer zu einer Gemeindegewerbesteuer fortentwickeln (Keine willkürliche Begrenzung auf gewerblich tätige Unternehmen, sondern auch Freiberufler. Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer in vollem Umfang auf gezahlte Dauerschuldzinsen sowie Finanzierungsanteile von Mieten, Pachten und Leasingraten ausdehnen. Empfangene Zahlungen steuerfrei stellen. Freibetrag von 24.500 auf 30.000 € anheben) ▪ Finanztransaktionsteuer: umfängliche Besteuerung von Aktien, Anleihen und Derivaten – ohne Ausnahme für einzelne Spekulationsinstrumente. Steuersatz bei einheitlich 0,1 Prozent. Durchsetzung von Gesetzen gegen Steuerungsbekämpfung und –hinterziehung. Personalbestand in den Finanzverwaltungen an den Bedarf anpassen. Grenzüberschreitend tätige Unternehmen durch ein Country-by-Country Reporting verpflichten, länderbezogene Offenlegungspflichten erfüllen. Finanzverwaltungen müssen Kenntnis über die eigentlichen wirtschaftlich Berechtigten hinter den Konten und Vermögensgegenständen erhalten. 		<p>Reichensteuer: Drei Prozent ab zu versteuerndes Einkommen für Ledige von 250.000 Euro</p> <p>Abgeltungsteuer abschaffen und Kapital wie Arbeit besteuern</p> <p>Erbschaftsteuerreform: mit wenigen Ausnahmen schaffen</p> <p>Subventionen überprüfen und Privilegien zurücknehmen</p> <p>Vorstandsvergütungen in Unternehmen: steuerliche Absetzbarkeit von Managergehältern auf 500.000 Euro begrenzen</p> <p>Steuerbetrug und –vermeidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Gerechter Steuervollzug mit personell vernünftiger Aufstellung ▪ Alle rechtswidrigen Gewinne konsequent einziehen ▪ Manipulierte Kassen unterbinden ▪ Einführung gemeinsamer Bemessungsgrundlage für Körperschaftsteuer und von Mindeststeuersätzen innerhalb Europas ▪ Bekämpfung von Geldwäsche und Steuerbetrug ▪ Europäisches Transparenzregister ▪ Steueroasen austrocknen, inklusive harte Sanktionen für Banken bis zum Entzug der Banklizenz <p>Finanztransaktionsteuer im Rahmen europäischer Kooperation mit breiter Bemessungsgrundlage und niedrigen Steuersätzen</p>		<p>Steuerliche Abzugsfähigkeit von Abfindungen: auf eine Million Euro pro Kopf deckeln</p> <p>Erfolgsbeteiligungen sollen grundsätzlich an den langfristigen Erfolg des Unternehmens anknüpfen</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kindergeld 2.0: alle bisherigen Leistungen zusammenfassen und eigenständigen Anspruch des Kindes schaffen

					
Anforderung 3: Notwendige Zukunftsinvestitionen					
<p>Wohnungspolitik</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Masterplan für in die Zukunft gerichtete Wohnungspolitik ▪ 30 Millionen Wohnungen, die Energiefresser sind, energetisch sanieren ▪ Altersgerechten Umbau stärker fördern ▪ Mix aus verstärkten Investitionen in den Mietwohnungsbau, bessere Abschreibungsmöglichkeiten (auf 4 Prozent erhöhen) und Wiederbelebung des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau ▪ Stärkere Gemeinwohlorientierung im Wohnungsbau ▪ 400.000 bis 450.000 Neubaupwohnungen, um Mangel bei Sozialwohnungen zu kompensieren. Dauerhafte Sozialbindung bei staatlich geförderten Wohneinheiten einführen. Kompensationsmittel für den sozialen Wohnungsbau für die Bundesländer über 2019 hinaus verstetigen und erhöhen ▪ Energetische Sanierung des aktuellen Gebäudebestands: bessere finanzielle Förderung und verlässlich politische Rahmenbedingungen ▪ Leerstehende Büroflächen in Ballungsräumen in Wohnungen umwidmen, um kurzfristig Abhilfe zu schaffen. ▪ Bemessungszeiträume der Mietspiegel von 4 auf 10 Jahre verlängern 	<p>Wohnen:</p> <p>Wohneigentum für Familien: Baukindergeld i.H.v. 1.200 Euro/je Kind und Jahr (Zeitraum von 10 Jahren, gültig ab 1.7.2017)</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Grunderwerbsteuer: Freibeträge für Erwachsene und Kinder einführen <ul style="list-style-type: none"> ▪ Bestehende Förderangebote der KfW bei Umwelt- und Klimaschutz prüfen und ggf. junge Familien entlasten ▪ Städtebauförderung zu einem Instrument der Städte- und Gemeindeförderung weiterentwickeln ▪ Stadtentwicklungsfonds weiterführen ▪ Sozialer Wohnungsbau: 1,5 Mio. Wohnungen von 2017-2021 neu bauen, dies entlastet Wohnungsmarkt erheblich ▪ Mieterschutz: setzen nicht auf überbordende Regulierung, sondern auf Belebung des öffentlichen und privaten Wohnungsbaus, auch Schaffung von studentischem Wohnraum <ul style="list-style-type: none"> ▪ Keine Maßnahmen, die Schaffung von Wohnraum verteuern wird, prüfen inwieweit durch Abschaffung von überflüssigen Vorschriften Kostensenkung möglich ist ▪ Neubau von Mietwohnungen steuerlich fördern (degressive AfA) ▪ Wohngeld reformieren und 	<p>Wohnungspolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Mietpreisbremse verbessern ▪ Bessere und verbindlichere Mietspiegel ▪ Begrenzung zulässiger Mieterhöhung nach einer Modernisierung ▪ Wohngeld-Höhe regelmäßig anpassen ▪ Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen fortsetzen ▪ Fortsetzung des sozialen Wohnungsbaus und der Stadtentwicklungspolitik nach 2019 in gemeinsamer Verantwortung von Kommunen, Bund, Ländern ▪ Mehr Wohnungen im öffentlichen und betrieblichen Eigentum ▪ Gemeinwohlorientierten Wohnungsmarkt stärken ▪ Wohnraum für alle Generationen ▪ Spekulation mit baureifem Boden begrenzen ▪ Sozial gestaffeltes Familienbaugeld ▪ Programm „Jung kauft Alt“ ▪ Stadt-Land-Partnerschaften 	<p>Wohnungspolitik: Neustart im sozialen Wohnungsbau, mindestens 250.000 Sozialwohnungen/Jahr, 5 Milliarden Euro</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ neue Wohngemeinnützigkeit ▪ Mieterhöhungen stoppen: echte Mietpreisbremse ▪ Verdrängung und Gentrifizierung stoppen ▪ Kündigungsschutz für MieterInnen verbessern ▪ Lebenswerte soziale Städte ▪ Sozial und Ökologisch Sanieren ▪ Wohngeld erhöhen, Mietendeckel und Klima-Komponente beim Heizkostenzuschlag (Wiedereinführung) ▪ Kollektives Vorverkaufsrecht ▪ Besserer Schutz für soziale TrägerInnen ▪ Wohnen auf dem Land ▪ Ökologischer Umbau des Gebäudesektors 	<p>Wohnen: Eine Million zusätzliche preiswerte Wohnungen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Konzept Neue Wohngemeinnützigkeit: Genossenschaften, kommunale Wohnungsunternehmen und private Investoren für den sozialen Wohnungsbau gewinnen, Prinzip: Zulagen und Steuerförderung im Tausch gegen günstigen Wohnraum ▪ Mietpreise bremsen, unnötige Ausnahmen abschaffen ▪ Mietrecht stärken: niemand darf wegen Luxus-Modernisierungen verdrängt werden, jetzige Modernisierungsumlagekappen und senken und eine neue, faire Kostenverteilung schaffen ▪ Mietspiegel soll ökolog. Gebäudequalität berücksichtigen ▪ Zeitspanne ohne Mieterhöhungen ausdehnen ▪ Mieterschutzverbände stärken ▪ Verdoppelung des Wohngeldes, dynamische Anpassung und Berücksichtigung der Heizkosten (Klimazuschuss für energetisch modernisierte Wohnungen) 	<p>Wohnen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Mehr Wohnraum schaffen, Neubau von Wohnungen attraktiver machen, z.B. jährliche Abschreibungsrate für Gebäude von zwei auf drei Prozent erhöhen ▪ Mietpreisbremse abschaffen ▪ 1:1-Umsetzung der EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie ▪ Zweckbindung der Bundesmittel zur Wohnbauförderung, Wohnbauförderung ▪ Freibetrag bei Grunderwerbsteuer beim Erwerb von Wohneigentum (500.000 Euro)

					
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bildungsinfrastruktur: umfassendes Sanierungs- und Modernisierungsprogramm für allgemeine und berufsbildende Schulen des Bundes zur Entlastung der Länder. Jedoch Verpflichtung der Länder, frei werdende Mittel für qualitative Verbesserungen wie zusätzliches pädagogisches Personal einzusetzen. 	<p>verbessern</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Grundbesitzer, die landwirtschaftliche Flächen für Bauland zur Verfügung stellen, steuerbegünstigen ▪ Verbilligten Verkauf von Grundstücken des Bundes an Städte und Gemeinden weiter erleichtern ▪ Energetische Sanierung steuerlich fördern ▪ Im 1. HJ 2018 einen „Wohnungsgipfel“ einrichten 				
<p>Energie, Klima- und Umweltpolitik</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Klimaneutrale Zukunft bedarf einer aktiven politischen Steuerung ▪ Schrittweise Reduzierung der Verbrennung fossiler Brennstoffe in allen Sektoren mit konsistenten Zwischen- und Sektorenzielen ▪ Qualitatives Wachstum braucht solide zukunftsfähige industrielle Basis (von energieintensiver Grundindustrie bis zu vollständigen Wertschöpfungsketten) ▪ Für eine aktive Energie- und Industriepolitik, die Rahmenbedingungen setzt, damit Innovationen entlang der Wertschöpfungsketten in Deutschland gefördert werden. Besonders Wettbewerbsfähigkeit industrieller Wertschöpfung stärken, um eine Abwanderung in Länder mit geringen Umweltstandards zu vermeiden. ▪ Für eine gerechte Strukturentwicklung („Just-Transition-Strategie“), d.h. Energiewende zu einem qualitativen Beschäftigungsaufbauprogramm 	<p>Klima:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Stehen zum weltweiten Klimaabkommen von Paris von 2015 ▪ Dekarbonisierung bis zum Ende des Jahrhunderts gemäß G7-Beschluss von 2016 ▪ Klimaschutzziele der Agenda 2030 sollen in Deutschland umgesetzt werden ▪ Notwendige Regelungen zum Umwelt- und Klimaschutz dürfen nicht zur Verlagerung von Arbeitsplätzen in Länder mit geringeren Umwelt-Auflagen führen <p>Energie:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Sichere, bezahlbare und saubere Energieversorgung ▪ Atomausstieg 2023 gut und richtig ▪ Endlagersuchgesetz abgeschlossen ▪ Umbau auf Erneuerbare Energien durch bisherige Politik 	<p>Umweltpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Klimaschutzpolitik ist immer aus Friedenspolitik und Ausdruck internationaler Solidarität ▪ Klimaziele von Paris einhalten, Deutschland will bis 2020 um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 senken, bis 205 Treibhausgasneutralität erreichen – im Dialog mit Unternehmen, Gewerkschaften und Beschäftigten in den betroffenen Sektoren; SPD setzt auf Technologieneutralität und Innovationsoffenheit, Ergebnisse dieses Dialogs im Rahmen eines nationalen Klimaschutzgesetzes umsetzen <p>Energiepolitik:</p> <p>Drei gleichrangige Ziele: umweltfreundlich, bezahlbar und verlässlich.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Energiewende weiterführen, Erneuerbare Energien aus Windkraft und Sonnenenergie weiter ausbauen, Energiesektoren stärker verbinden. <p>Sektorenkopplung soll Wärme- und</p>	<p>Klimapolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Weltweite Erderwärmung deutlich unter 2 Grad, möglichst auf 1,5 Grad, begrenzen ▪ Ausstoß von Treibhausgasen in Deutschland bis 2020 um 40 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 verringern, bis 2030 um 60 Prozent und 2050 um 95 Prozent ▪ Klimaschutzziele festschreiben, diesen Klimaschutzplan (UN-Klimaschutzabkommen von Paris entsprechend) umsetzen, universellen UN-Agenda 2030 und darin formulierten „17 Nachhaltigkeitsziele“ umsetzen. <p>Energiepolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Milliarden-Investitionen in den Ausbau erneuerbarer Energie stecke, Strukturwandel ermöglichen, durch: ▪ Strom- und Wärmenetze in öffentliche Hand überführen und demokratisch kontrollieren ▪ Strukturelle Reform des Erneuerbaren Energien-Gesetzes 	<p>Umweltpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Weg in die ökologische Erneuerung gehen, freiwillige Selbstverpflichtungen helfen wenig ▪ Ausbau der erneuerbaren Energien, Kohleausstieg und Umstieg auf Elektromobilität ▪ Ablehnung Fracking ▪ Wasserschutz, Düngerecht ▪ Unterstützung Mehrwegsysteme und Entwicklung abbaubarer Kunststoffe, Internationale Plastikkonvention fördern ▪ Hersteller in die Verantwortung nehmen um Schäden zu beseitigen bei problematischen Medikamenten, Chemikalien, umweltschädlichen Pestiziden ▪ Überkapazitäten europäischer Fangflotten abbauen, Fischereiabkommen ökologisch und sozial verträglich gestalten, Ölbohrungen in 	<p>Umweltschutz:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Marktwirtschaftliches Prinzip der Produktverantwortung stärken, vertrauen voll auf Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit der privaten Entsorgungsunternehmen ▪ Blaues Wachstum: innovative Technologien und effektive Produktionsprozesse ▪ Meeresverschmutzung bestehende Gesetze konsequent verfolgen ▪ Wasserschutz <p>Nachhaltigkeitsagenda 2030 der UN und Pariser Klimaabkommen, zügige Umsetzung der Agenda 20130, Partnerschaften insbesondere mit Privatwirtschaft</p> <p>Energiepolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Neustart der Energiewende

					
<p>(Tarifbindung, Beschäftigungsaufbau, Gute Arbeit) zu entwickeln. Mindestausbauziele der Erneuerbaren Energien, Netz- und Speicherausbau vorantreiben, Konventionelle Kraftwerke für den Übergang und die Versorgungssicherheit mit sicherer Ertragsperspektive, Kraft-Wärme-Kopplung im öffentlichen und industriellen Bereich ausbauen, Wärmenetze im urbanen Raum</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Energie- und Ressourceneffizienz: KMUs mehr einbinden, Energetische Gebäudesanierung mit Förderprogramm (5 Mrd./ Jahr) ausstatten, Betriebliche Energieeffizienz ausbauen, Bundesenergiespargesetz kann ein Rahmen dafür sein ▪ Energiepreise müssen für Privathaushalte, Gewerbe und Industrie bezahlbar bleiben. Ausnahmeregelungen für energieintensive Unternehmen erhalten, umfassende Debatte anstoßen über Finanzierungs- und Verteilungsaspekte der Energiewende (Haushaltsmittel einsetzen), EEG-Umlage durch Energiewendefonds dauerhaft stabilisieren ▪ Belastungssituation sozialer Gruppen in Erfolgsmonitoring der Energiewende einbeziehen für gerechte Finanzierungsansätze ▪ Bundesregierung soll einen Weg in eine echte Kreislaufwirtschaft einschlagen – für einen effizienten Umgang mit begrenzten natürlichen Ressourcen, Wiederverwertung, geschlossene Recyclingketten Stärkung 	<p>stabilisiert</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Energiewende marktwirtschaftlich organisieren, Ablehnung dirigistischer staatlicher Eingriffe beim Klimaschutzplan ▪ Bezahlbarkeit von Strom: bisherigen Pfad fortführen ▪ Netzausbau hat Priorität, es dürfen keine Nachteile für Grundstückseigentümer, Investitionen und Arbeitsplätze entstehen ▪ Stromspeichertechnologien: Forschung und Förderung fortsetzen ▪ Sektorenkoppelung weiterentwickeln <p>Umwelt: Mit deutscher Ressourceneffizienz und grüner Technologie auch andere Länder unterstützen</p>	<p>Verkehrssektor ebenfalls stärker in den Fokus nehmen, Energieeffizienz ausbauen.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Stromleistungen besser auslasten, öffentlichen Gebäudebestand und ÖPNV einbeziehen ▪ Europäischen Emissionshandel weiterentwickeln – unterschiedliche Wettbewerbsbedingungen im Klimaschutz berücksichtigen und „Carbon-Leakage“ verhindern. ▪ Konventionelle Energieträger ergänzen und Energiemix ausbauen, Kraft-Wärme-Kopplung fördern ▪ Trinkwasserschutz und unbefristetes Verbot für unkonventionelles Fracking ▪ 2022 das letzte Atomkraftwerk abschalten, Endlagerung des Atomabfalls auf ewig sicher machen, internationale Fördermöglichkeiten zum Bau neuer Atomkraftwerke abschaffen ▪ Mieterstrommodelle: Unterstützung für energetische Sanierung ▪ Bürger-Energiegenossenschaften fördern: Netzinfrastruktur rekommunalisieren ▪ Stadtwerke einbeziehen ▪ Strukturwandel in Kohlerevieren bewältigen: Regionalwirtschaftliche Strukturen auf- und ausbauen, die an die industrielle Tradition dieser Regionen anknüpfen und gute, tarifvertraglich gesicherte Arbeit fördern 	<p>(EEG) mit sozialen Komponenten, Ökostromanteil auf 43 Prozent bis 2020, 70 Prozent bis 2030 und 100 Prozent bis 2040 erhöhen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Regionale Verankerung der Energiewende: Energiegenossenschaften Bioenergiedörfer, usw. sollen Recht zum Kauf von Energie-Eigenversorgungsnetze erhalten; kommunale Stadtwerke in direkte demokratische Mitgestaltung der Bevölkerung bringen ▪ Einsatz von Bioheizkraftwerken und anderer Formen von Kraft-Wärme-Kopplung ▪ Strompreise kontrollieren und bezahlbar machen ▪ Saubere Energie: Fracking verbieten, aus Kohle und Atomkraft aussteigen: Verursacherprinzip, Übergänge sozial gestalten ▪ Nationaler Kohleausstieg durch Gesetz: Beginn 2018, 2035 geht der letzte Kohlenmeiler vom Netz, Verbot für den Neubau und den Neuaufschluss oder Erweiterung des Braunkohletagebaus; Strukturwandelfonds i.H.v. 250 Millionen Euro für die Absicherung der im Bergbau Arbeitenden und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze; Reform des Bundesberggesetzes ▪ Atomausstieg im Grundgesetz festschreiben, im Betrieb befindliche Atomkraftwerke unverzüglich abschalten (Regelungen zum Schacht Konrad/Salzgitter) und Gorleben festschreiben ▪ Keine Investition öffentlicher Gelder: Pensionsrücklagen und Rentenkassen in Anlagen Unternehmen 	<p>Nationalparks und UNESCO-Weltkulturerben beenden</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Manipulierte Dieselaautos: auf Kosten der Hersteller nachrüsten und Hersteller an Kosten von Folgeerkrankungen beteiligen, Blaue Plakette einführen (für Kommunen), emissionsfreie Mobilität fördern (v.a. in Innenstädten), Großteil der Beförderungsleistung auf ÖPNV und das Rad verschieben ▪ Anlassbezogene Luftschadstoffmessungen für Innenräume und Schadstoffsanierungen im Gebäudebestand (Wohn- und Arbeitsräume) ▪ Null-Hektar-Ziel, Flächenfraß stoppen ▪ Pflanzen- und Tierschutz ▪ Kreislaufwirtschaft ▪ Naturschutz übergreifend in allen Politikbereichen verankern, finanziell und personell besser ausstatten <p>Klima:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Klimaschutzgesetz einführen: nationale Reduktionsziele rechtsverbindlich festlegen und Ziele für alle relevanten Sektoren definieren: Stromerzeugung, Verkehr, Landwirtschaft, Industrie und Gebäudeenergie ▪ Klimaverschmutzung einen Preis geben: CO2-Zertifikate sind zu billig, Reform des EU- 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vollendung des europäischen Energiebinnenmarktes ▪ Energiemix und neue Technologien, auf fossile Energieträger nicht verzichten ▪ EEG-Ziele sind längst erreicht (30 Prozent Anteil Erneuerbare im dt. Strommarkt) ▪ Erneuerbare in Zukunft nach den Regeln des Marktes, subventionsfreie Geschäftsmodelle ▪ Keine politischen oder gesetzlichen Ausbauziele für die Energieträger und Technologie zur Energieversorgung, stattdessen soll Auswahlverfahren des Marktes Leitplanken der Investitionen in Netz und Kraftwerkskapazitäten setzen, daher EEG mit Einspeisevorrang und –vergütung beenden (bei Bestandsschutz für Förderzusagen) ▪ Strommetze: Im Sinne des Verursacherprinzips mehr Verantwortung für Netzstabilität für alle Energieerzeuger, Netzfinanzierung reformieren ▪ Offene Leistungsmärkte: keine staatliche Intervention zur Bereitstellung ausreichender Kraftwerkskapazitäten, keine staatlichen Reserven, Energieträger müssen Verantwortung übernehmen, Handelbarkeit der Versorgungsgarantien ▪ Windkraft: gesetzliche Mindestanforderungen für die

					
<p>von Siegeln zur Verbraucherinformation; Verabschiedung eines Wertstoffgesetzes, dabei die kommunale Entscheidungsfreiheit bei öffentlicher Ausschreibung und Vergabe nicht beeinträchtigen.</p>			<p>fossiler Energiebranchen zurückziehen</p>	<p>Emissionshandels, Verursacher müssen Kosten tragen, gesetzlichen CO2-Mindestpreis festlegen, Einnahmen generieren, die weitere Klimaschutzmaßnahmen finanzieren, etwa kohlenstoffarme Industrieprozesse und sozial verträgliche, energetische Gebäudesanierung</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Kohleausstieg jetzt: unverzügliche Abschaltung der 20 dreckigsten Kohlekraftwerke und den CO2-Ausstoß der verbleibenden Kohlekraftwerke analog zu den Klimazielen deckeln, Kohleausstieg bis 2030, Fahrplan festlegen, keinen neuen Tagebau zulassen, Strukturwandel in Regionen mit allen Beteiligten gestalten – ökologisch und sozial verträglich, Einrichtung eines Fonds für Bergbaufolgeschäden <p>Energie:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Förderprogramm „Faire Wärme“ auflegen: energetische Sanierung mit 2 Mrd. Euro/Jahr unterstützen ▪ Mietpreisbremse stärken ▪ Klimawohngeld für WohngeldempfängerInnen einführen ▪ 400 Millionen Euro für 10.000 Wärmespeicher für Kommunen ▪ 100 Prozent Erneuerbare bei der Stromerzeugung bis 2030 ▪ 100 Prozent Erneuerbare bei 	<p>Errichtung ändern</p> <p>Klima: Keine nationalen Alleingänge, Emmissionshandel als globales Klimaschutzinstrument weiterentwickeln, auch in der EU Stromsteuer senken Wettbewerb neuer Technologien</p>

					
				Gebäuden, Mobilität und Prozesswärme in der Industrie, Sektorenkoppelung <ul style="list-style-type: none"> Atom: Europas Atomreaktoren nicht mehr mit Brennelementen versorgen 	
<p>Mobilitäts- und Infrastrukturpolitik</p> <ul style="list-style-type: none"> Sozial-ökologische Verkehrswende ist nötig, „Masterplan Verkehr“ zur Vernetzung der Verkehrsträger, betriebliches Mobilitätsmanagement und fairer intermodaler Wettbewerb. Verkehr soll in Deutschland ab 2050 kein Kohlendioxid mehr produzieren – Zwischenziele und Maßnahmenpakete in den Masterplan Verkehr einarbeiten und überwachen; Wettbewerbspolitik muss flankiert werden durch gezielte staatliche Maßnahmen und öffentliche Investitionen. Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene, Förderung von anderen Verkehrsträgern, soweit sie CO2-frei betrieben werden können. Unterfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur beenden: Investitionen aus erhöhtem Haushalt und Lkw-Maut, grundsätzliche Ablehnung von ÖPP; Bundesverkehrswegeplan brauchen überprüfbare Prioritäten und Grundlagen für Dekarbonisierung bis 2050 schaffen; Reform der Auftragsverwaltung der Bundesfernstraßen unter Einbeziehung der Interessen der Beschäftigten; 	<p>Verkehrsinfrastruktur:</p> <ul style="list-style-type: none"> Straßen, Schienen und Wasserwege stärken <ul style="list-style-type: none"> Hohe Mittel für Infrastruktur mindestens auf heutigem Niveau verstetigen, mit Bundesverkehrswegeplan Weniger Stau, pünktlichere Züge, Vernetzung von Verkehrsträgern Straßen, Autobahnen und Brücken sanieren, Erleichterungen bei Planung und Durchführung sowie beim Abrufen von Fördermitteln, Dauer von Planungsverfahren durch Entbürokratisierung verkürzen (Planungsbeschleunigungsgesetz), Bei Ersatzbauten die Verwaltungsgerichtsverfahren auf eine Instanz beschränken, bei wichtigen Projekten einzelfallbezogene Planungs- und Genehmigungsverfahren verkürzen Kein generelles Tempolimit, Sicherheit im Verkehr erhöhen Lärmschutz fortsetzen Schiene: verbesserte Wettbewerbsbedingungen schaffen für umwelt- und klimafreundliches System, Trassenpreise im Schienengüterverkehr weiterverfolgen, Maßnahmenkatalog (u.a. 	<p>Mobilitätspolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> „Bündnis für bezahlbare und nachhaltige Mobilität“ gründen: verbindlichen Fahrplan erarbeiten, um Mobilität in Deutschland bis 2050 digital, schadstofffrei, barrierefrei und sicher zu gestalten ÖPNV attraktiver machen, Finanzhilfen des Bundes weiter zur Verfügung stellen und an steigenden Bedarf anpassen, Erwartung an Länder, dass sie auch ab 2019 ÖPNV mit zweckgebundenen Mitteln ausstatten; Sicherung von Sozialstandards für die Beschäftigten im ÖPNV: Tarifverträge und Anordnung eines Personalübergangs im Falle eines Betreiberwechsels. Im Personenbeförderungsgesetz klarstellen, dass dies auch für eigenwirtschaftliche Verkehre gilt Neue Mobilitätskonzepte wie Car-Sharing weiter fördern, ebenso Ruf- und Bürgerbusse Elektromobilität: Förderung ambitionierter Grenzwerte auf europäischer Ebene, Ausbau Ladeinfrastruktur fördern, Forschung und Entwicklung von Brennstoffzellenantrieben LKW-Maut für Fahrzeuge über 7,5 Tonnen auf alle Bundesstraßen 	<p>Verkehrspolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> Ablehnung des Bundesverkehrswegeplans 2030 in der jetzigen Form, Verkehrswegeplan für sozial-ökologische Mobilitätswende mit Ausbau ÖPNV und schienengebundenen Personen- und Güterverkehr sowie Rad- und Fußverkehr keine Infrastruktur-GmbH, Beteiligung an Protesten Keine PKW-Maut Keine staatliche Subvention für Dieseltreibstoff, Flugbenzin und „Biotreibstoff“, internationale Flugtickets nicht von der MwSt. befreien (frei werdende Mittel in MwSt.-Ersatz für Bahntickets) Steuerliches Dienstwagenprivileg umgestalten Pendlerpauschale in Mobilitätszulage umwandeln Autoindustrie: Spritverbrauch und Abgaswerte nach Verursacherprinzip den Herstellern in Rechnung stellen Tempolimits 120km/h auf Autobahnen, Regelgeschwindigkeit 30 km/h in Ortschaften Rückbau von Straßen ÖPNV flächendeckend und barrierefrei ausbauen 	<p>Verkehrspolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> MobilPass einführen: mit App oder Smartcard sämtliche Angebote des öffentlichen Verkehrs abrufbar machen Günstige Angebote für Menschen die mit wenig Geld auskommen müssen Barrierefreiheit Investitionsprogramm „Zukunftsprogramm Nahverkehr“ Fernverkehr verknüpfen mit Anschlüssen des Regional- und Nahverkehrs (Deutschland-Takt) Ab 2030 nur noch abgasfreie Autos neu zulassen: jetzt die steuerlichen, fiskalischen und infrastrukturellen Voraussetzungen schaffen Radverkehr ausbauen: Infrastruktur verbessern, Bund muss Verantwortung übernehmen, Radschnellwege und -fernwege bauen, Fahrradmitnahme in allen Zügen durchsetzen, Kaufanreize für elektrisch unterstützte Lastenräder einführen, fahrradfreundliche Straßenverkehrsordnung schaffen 	<p>Verkehrsinfrastruktur:</p> <ul style="list-style-type: none"> Bundesinvestitionen erhöhen, Unterfinanzierung beenden, sowohl für Bundesautobahnen und –fernstraßen als auch für den ÖPNV <ul style="list-style-type: none"> Bund soll in den nächsten 20 Jahren jeweils 2 Milliarden Euro in einen Fonds zur Sanierung der Verkehrsinfrastruktur einzahlen Planungsprozesse optimieren, mehr Transparenz beim Verbandsklagerecht Ablehnung der PKW-Maut Schiene: Netzsparte der Deutschen Bahn AG unabhängig machen, Netz und Betrieb eigentumsrechtlich trennen, im Anschluss Betreibergesellschaften an die Börse bringen, während Infrastruktur- und Netzgesellschaften Eigentum des Bundes bleiben; Gewinne der Infrastruktur- und Netzgesellschaften dienen der Reinvestition und nicht dem Ausgleich des Bundeshaushalts Intelligente Verkehrssysteme und Mobilität 4.0 durch Monopolregelungen

					
<p>Öffentliche Infrastruktur muss in öffentlicher Hand bleiben, Parlament brauchen weiterhin Mitwirkungsrechte.</p> <ul style="list-style-type: none"> Verkehrswende braucht Verlagerung auf die Eisenbahn, Realisierung des Deutschland-Takts, Halbierung der Schienenmaut, Förderung von Innovationen und verbesserte Rahmenbedingungen (Abschaffung der Stromsteuer für die Schienenbahnen) Bahnindustrie: Branche spielt strategisch besonders wichtige Rolle für klimafreundliches Verkehrssystem. Innovationen fördern, ausbauen und modernisieren. Straßen-, Schiffs- und Luftverkehr: strategisch wichtig, auch bei ihrem Beitrag ihren jeweiligen Verkehrsträger auf CO2-freien Betrieb umzustellen Digitalisierung und Elektromobilität: bessere staatliche Förderung, Ladeinfrastruktur und Batterieforschung ausbauen, öffentliche Hand als Vorreiter für Beschaffungswesen ÖPNV hochfahren, Regionalisierungsmittel sollen stetiges Wachstum des Schienenpersonennahverkehrs in allen Bundesländern ermöglichen, GVFG-Bundesprogramm erhalten und Entflechtungsmittel über das Jahr 2019 hinaus zweckgebunden für den ÖPNV sichern, dem Ausbaubedarf entsprechend jährlich erhöhen Luftverkehrsbranche: soziale Standards einhalten Deutsche Seehäfen stärken, 	<p>bedarfsgerechte Erweiterung und Modernisierung des Parkplatzangebots für LKW und Bundesautobahnen)</p> <ul style="list-style-type: none"> Seefahrt, Binnenschifffahrt und Luftfahrt: faire internationale Wettbewerbsregeln nötig, deutsche Flagge erhalten, Unterstützung Modernisierung und Digitalisierung der Häfen Mobilitätskonzepte durch Digitalisierung unterstützen Digitalisierung im ÖPNV: deutschlandweit einheitliches Ticket, Verkehrsverbünde vernetzen und in einem System zusammenführen, Elektrifizierung wichtiger Bahnstrecken voranbringen Deutschlandtakt und moderne Bahnhöfe, Investitionsschwerpunkt auf Modernisierung der Schieneninfrastruktur, Barrierefreiheit Umweltbelastung in den Städten schnell und deutlich reduzieren, bis 2020 erreichen (Reduktionspläne für jede betroffene Stadt), Fahrverbote für bestimmte Fahrzeugtypen werden abgelehnt Tank- und Ladeinfrastruktur weiter ausbauen Elektromobilität in Städten erhöhen Automatisiertes Fahren Förderung der Fahrrad-Mobilität <p>Breitbandausbau: Flächendeckender Ausbau modernster</p>	<p>ausdehnen</p> <ul style="list-style-type: none"> Ausschließen einer Privatisierung der Straßeninfrastruktur und der Infrastrukturgesellschaft Verkehr, ÖPP im Straßenbau nur realisieren, wenn Wirtschaftlichkeit vom Bundesrechnungshof transparent nachgewiesen worden ist. Fahrradverkehr-Infrastruktur verbessern Regionalisierungsmittel für attraktiven Schienepersonennahverkehr sicherstellen, Schienenpakt von Politik und Wirtschaft: bis 2030 Verdoppelung der Bahn-KundInnen, Schienenmaut für Personen- und Güterverkehr absenken, „Deutschlandtakt“-Fahrplan zügig vorlegen, Schienenwege modernisieren Fernbusse: gute Arbeitsbedingungen schaffen Digitale Mobilitätsplattform und automatisiertes Fahren Mehr Güterverkehr über Schiene und Wasser, Binnenschifffahrt fördern, für eine funktionierende Wasser- und Schifffahrtsverwaltung Innovationskraft von Häfen, Reedereien und Schiffbauer im internationalen Wettbewerb stärken Luftverkehr: trägt Mitverantwortung für Erreichung der Klimaziele, bessere Vernetzung der Flughäfen, Fluglärmkommission stärken, Entwicklung alternativer Antriebe fördern Lärm und Luft: Umweltbelastung in Innenstädten reduzieren: Anschaffung von Bussen und Taxis mit alternativen Antrieben, Lastenräder, Umrüstung 	<ul style="list-style-type: none"> Mobilitätsgarantie im ländlichen Raum Sozialtickets Fuß und Fahrrad Bahn für alle, Nein zum Abbau von Eisenbahninfrastruktur, europäisches Nachtzugnetz, Halbierung Trassenpreise, teure und unsinnige Projekte wie Stuttgart 21 stoppen Güterverkehr: LKW-Maut auf alle Straßen ausweiten und erhöhen, LKW-Fahrverbot ab Freitagnachmittag und nachts, längere Ruhezeiten und bessere Arbeitsbedingungen für LKW-FahrerInnen, Kontrollen ausweiten, weniger Lieferverkehr in Innenstädten Schiffahrt: staatliche Hilfen an soziale und ökologische Kriterien knüpfen, Hafen-Konkurrenz auflösen Flugverkehr: reduzieren und Nachtflugverbot von 22-6 Uhr, Verlagerung auf die Schiene Lärm- und Umweltschutz: Lärmschutzgesetz, CO2-Grenzwerte ab 2025 unter 60 Gramm, ab 2030 Null-CO2-Emissions-PKW; keine Kaufprämie für E-Autos, aber E-Mobilität im öffentlichen Verkehr fördern; Import von „Biokraftstoffen“ verbieten 	<p>Digitale und mobile Infrastruktur:</p> <ul style="list-style-type: none"> Glasfaserausbau für alle: eine öffentliche Netzgesellschaft soll den flächendeckenden Glasfaserausbau unterstützen, der Bund bringt mindestens den Verkaufserlös der Telekom-Aktien ein, Kommunen und weitere PartnerInnen sollen mitmachen können 5G-Mobilfunknetz aktiv unterstützen WLAN: offen, frei und flächendeckend Vertraglich zugesicherte Mindestbandbreiten müssen Bußgeldbewährt und Schadensersatzzahlungen an KundInnen durchsetzbar werden Netzneutralität absichern Fairer Wettbewerb statt Machtmissbrauch in den digitalen Märkten 	<p>nicht behindern, Pro autonomes Fahren, Drohnen als Chance für Rettungseinsätze, Fahrplandaten des ÖPNV digitalisieren, intelligente Ampeln</p> <ul style="list-style-type: none"> Pro Zulassung von Lang-LKW Keine Tempobeschränkungen Für ÖPP im Verkehrsbereich, kein Umgehen der Schuldenbremse Barrierefreiheit Breitband/ Gigabit: Bund soll direkte und indirekte Aktienbeteiligungen an Deutsche Telekom AG und Deutsche Post AG vollständig verkaufen, mit den Erlösen aus der Privatisierung Infrastruktur für die Gigabitgesellschaft/Glasfasernetze investieren Flächendeckende Glasfasernetze Digitale Infrastruktur auf dem neuesten Stand Freies WLAN im öffentlichen Raum Nutzerfreundliche Identifizierung mit dem Personalausweis E-Health – Ausbau digitaler Gesundheitsdienstleistungen

					
<p>Nationales Hafenkonzept zügig umsetzen, der fortschreitenden Automatisierung mit arbeitspolitischen Maßnahmen begegnen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Ausbau digitaler Infrastruktur mit mehr öffentlichen Investitionen für eine flächendeckende Versorgung, Breitbandausbau in der Fläche durch regionale Masterpläne gestalten. 	<p><i>Glasfasernetze</i> bis 2015 realisieren Leitmarkt für 5G-Mobilfunk</p> <p>Elektronisches Bürgerportal und Bürgerkonto schaffen</p>	<p>Lieferfahrzeuge; Lärm im Schienenverkehr bis 2020 halbieren</p> <p>Investitionen in schnelle Glasfaserverbindungen Offenes freies Internet überall in Deutschland, Breitband für alle: Versorgung mit Datengeschwindigkeit von mind. 50 Megabit/sec bis 2018, bis 2025 mehr als 90 Prozent aller Gebäude daran anschließen, Investitionen dafür fördern</p> <p>Offenes und freies WLAN Netzneutralität</p>			
<p>Industrie- und Dienstleistungspolitik</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Innovationen, private und öffentliche Investitionen und gute Arbeitsplätze als Ziele der Stärkung der Wirtschaft ▪ Forschungspolitik der Bundesregierung muss fundierte Produktionsforschung beinhalten, umfassende Forschung von Gestaltung von Dienstleistungen ▪ Dafür Programm „Innovationen für die Produktion, Dienstleistung und Arbeit für morgen“ umsetzen, fortführen und ausbauen ▪ Eine aktive Industrie- und Dienstleistungspolitik mit gezielten Impulsen und Anreizen für zentrale Sektoren der deutschen Volkswirtschaft unter Einbeziehung von Beschäftigung und Guter Arbeit ▪ Bestehende Wertschöpfungsstrukturen in 	<p>Industrie- und Dienstleistungspolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Volle Bandbreite an Wertschöpfung sichern: von Grundstoffindustrie über industrielle Produktion bis zu Dienstleistungen ▪ Automobilindustrie: Fehler der Vergangenheit korrigieren, es sollen die besten und saubersten Autos in Deutschland hergestellt werden, Deutschland soll führend werden bei der Produktion alternativer umweltfreundlicher Antriebe und Elektromobilität, autonome Fahrzeuge: staatliche Rahmenbedingungen dafür verbessern ▪ Fachkräfte: Anstrengungen in Bereichen Bildung, Ausbildung und Weiterbildung erheblich verstärken ▪ Selbständigkeit und Mittelstand: Leistung noch stärker öffentlich anerkennen und fördern, Schaffung neuer Gründerkultur, bis 	<p>Handwerk, Mittelstand, Industrie:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Automobilindustrie: Standort Deutschland erhalten, elektronisch machen, Aufbau einer Batteriezellenfertigung ▪ Sozial verträgliche Gestaltung der 4. Industriellen Revolution gemeinsam mit Gewerkschaften, Unternehmen und Verbänden gestalten ▪ Programm Innovationsmotor Mittelstand fördern ▪ Fachkräftesicherung ▪ „Smart Services“ – neue Geschäftsmodelle für neue Dienstleistungen entwickeln, Förderprogramme wie Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) ▪ Regionale Innovationsagenturen gründen ▪ Zuschüsse für KMU für digitale Ausrüstung ▪ „Forschungsbonus“ für KMU ▪ Mittelstands-Innovations- 	<p>Genossenschaften und solidarische Ökonomie:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Gleichberechtigung in allen Bereichen der staatlichen Wirtschaftsförderung ▪ Steuererleichterungen und Bevorzugung bei Vergabe öffentlicher Aufträge ▪ Weiterführen von Unternehmen durch Belegschaften <p>Industrie- und Dienstleistungspolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Zukunftsfonds für den Übergang zu sozialökologischer Industrie, Genossenschaften und Übernahme von Betrieben in kollektives Belegschaftseigentum und Gemeinwohl orientierte, regionale Wirtschaftsstrukturen; dessen Leitungsgremium soll neben Vertretern des Bundes hälftig aus GewerkschafterInnen, Umweltverbänden und Akteuren 	<p>Wirtschaftspolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Umweltschädliche Subventionen abbauen (Dienstwagen, Flugverkehr, Diesel) und 12 Mrd. Euro einsparen ▪ Ökologische Umgestaltung der Wertschöpfungsketten und Anreize für grüne Innovationen, Klimaschutz, nachhaltige Mobilität und Landwirtschaft schaffen ▪ Öffentliche Gelder aus klimaschädlichen Geschäftsmodellen abziehen, öffentliche Geldanlagen des Bundes sollen vorangehen, Länder, Kommunen und Pensionsfonds helfen, klimafreundlich zu investieren, Transparente Zertifizierung für AnlegerInnen ▪ Jahreswohlstandsbericht: misst neben ökonomischen auch ökologische, soziale, 	<p>Gründerkultur:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Zentrale behördliche Anlaufstelle ▪ Bürokratiefreies Jahr für Start-ups ▪ Steuerliche Bestimmungen ▪ Befreiung von Mehrfach Kammerzugehörigkeit ▪ Wagniskapital/ Venture-Capital-Gesetz, auch im Steuerrecht <p>Rahmen für Unternehmensfinanzierung verbessern</p> <p>Rechtsrahmen für moderne Geschäftsmodelle/ Share-Economy, u.a. im Personenbeförderungsgesetz Leistungen außerhalb einer Taxi-Konzessionsvergabe zu gestatten, Home-Sharing ermöglichen</p>

					
<p>Deutschland erhalten und zugleich ökologisch modernisieren.</p> <ul style="list-style-type: none"> Strukturwandel durch Digitalisierung analysieren und politisch gestalten. 	<p>2019 einen „Masterplan Selbständigkeit“ erarbeiten (Förderung und Bürokratieabbau), Wagniskapital und steuerliche Förderung verbessern</p> <ul style="list-style-type: none"> Bürokratie: Öffentliche Verwaltung soll bürger- und anwenderfreundlichste Europas werden: Einführung digitaler Bürgerportals und elektronische Bürgerkonten; Wirtschaft und Verbraucher von Bürokratie entlasten, „one in – one out“-Regel fortsetzen, neue Gesetzgebungs- und Verwaltungskultur, bei der Vermeidung und Begrenzung im Vordergrund steht. Bei neuen Gesetzgebungsvorhaben soll – soweit vertretbar – auf Kontrolle und Regulierung verzichtet werden, bis die Notwendigkeit dafür eindeutig nachgewiesen ist. Gesetzentwürfe in der kommenden Wahlperiode um 10 Prozent reduzieren. <p>Forschungspolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> Bis 2025 Ausgaben für F&E auf insgesamt 3,5 Prozent des BIP erhöhen Steuerliche Forschungsförderung in Höhe von 2 Milliarden Euro ermöglichen Künstliche Intelligenz, Hoch- und Höchstleistungsrechner, Quantentechnologie und Robotik als Schwerpunkte der Regierungsarbeit Zur „Digitalen Agenda“ eine „Biotechnologie-Agenda“ erarbeiten Forschung in der Medizin 	<p>Check für Gesetze einführen</p> <ul style="list-style-type: none"> Einzelhandel: Ergebnisse der Dialogplattform auswerten und Strategien erarbeiten Freie Software in Verwaltung und Bildungseinrichtungen erhöhen Nachfrage nach umweltfreundlichen Produkten, Technologien und Dienstleistungen fördern <p>Bürokratie abbauen</p> <ul style="list-style-type: none"> KMU von Statistik-, Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten befreien Digitalisierung der Verwaltung vorantreiben <p>Innovation und Gründergeist durch vereinfachte Firmengründungen und E-Government-Lösungen, Rahmenbedingungen für Wagniskapital verbessern, „Gründer-Sabbatical“ für Hochschul-Beschäftigte, Kultur der „nächsten Chance“ im Insolvenzrecht überprüfen, Förderprogramme für Genossenschaften, technische und soziale Innovationen fördern</p> <p>Forschung und Entwicklung:</p> <ul style="list-style-type: none"> Verlässliche Finanzierung in Höhe von 3,5 Prozent des BIP bis 2025 aufwenden Pakt für Forschung und Innovation weiterentwickeln Forschungsförderung des Bundes für Fachhochschulen verdoppeln Nationale Strategie für Hochleistungsrechner Zukunftsweisende Technologien 	<p>gemeinwohlorientierter Ökonomie bestehen</p> <ul style="list-style-type: none"> Milliarden schwere Wirtschaftsförderung verbinden mit guter Arbeit und Löhnen, Tarifverträge, ökologisch sinnvolle Produktion, Förderung solidarischer Ökonomie Digitalisierung und Umbau der Autoindustrie brauchen Rahmenkonzepte Einführung von Wirtschaftsräten mit Initiativrecht 	<p>gesellschaftspolitische und gesellschaftliche Entwicklungen</p> <ul style="list-style-type: none"> Unternehmensgründungen fördern: diese Menschen fördern Forschungsaktivitäten in KMU: steuerlich begünstigen Grünes Gründungskapital One-Stop-Shops 	<p>Öffnungszeiten flexibilisieren Jedes Geschäft soll selbst entscheiden können wann es öffnet und schließt, Sonntagsverkaufsverbot aufheben, auch Dienstleistungsverbot an Sonn- und Feiertagen aufheben</p> <p>KMU: Einfachere Regeln im</p> <ul style="list-style-type: none"> Sozialversicherungsrecht : Rücknahme der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge IST-Besteuerung bei der Umsatzsteuer durchsetzen Subventionsbremse für den Bundeshaushalt Mittelstandsklausel für den Bund: neue Gesetze und Verordnungen auf Auswirkung für den Mittelstand überprüfen Außenwirtschaftspolitik für den Mittelstand: „Small Ticket“-Lösung für Hermesbürgschaften Mittelstandsfinanzierung sichern <p>Wettbewerbsrecht für Digitalisierung fit machen</p> <p>Englisch als zweite Verwaltungssprache erproben, um ausländische Fachkräfte und UnternehmensgründerInnen nicht abzuschrecken</p> <p>Verbesserte Abschreibungsbedingungen</p>

					
	<p>ausbauen</p> <p>Industrie 4.0 auf Wirtschaft 4.0 (erweitert um Dienstleistungen und Verwaltung) ausbauen, u.a. Schwerpunkte Daten, Auto, Mikroelektronik, Gesundheit (ggf. Anpassung Kartellrecht), Plattformen, Start-ups (Einführung zentraler Anlaufstelle, one-stop-shops)</p>	<p>fördern</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Wissenschaftliche Autonomie und finanzielle Planungssicherheit für ForscherInnen 			<p>Technologieoffene steuerliche Forschungsförderung</p> <p>Industriepolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Überbordende Auflagen und Beschränkungen belasten Deutschlands Schlüsselbranchen, energieintensive Industrien gehen Deutschland verloren <p>Bürokratie abbauen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ bei Mindestlohndokumentationspflichtenverordnung, Arbeitsstättenverordnung und Entgeltgleichheitsgesetz ▪ Ausbau der Behörden zu „One-Stop-Shops“ ▪ Einführung „Once-Only-Prinzip“ ▪ „one in, two out“ <p>Internationale Wettbewerbsfähigkeit erhalten: Weiterentwicklung europäischer und weltweit gültiger Wirtschafts- und Regulierungsstandards</p>



4. Rente/Soziales

Anforderung 1: Solidarische Alterssicherung stärken

- Für eine **nachhaltige, solidarisch finanzierte und starke Alterssicherung, welche sich am Ziel der Lebensstandardsicherung** orientiert.

- Basis: eine **verlässliche gesetzliche Rentenversicherung (gRV) mit einem stabilen und ausreichenden Rentenniveau.**

Ergänzung durch eine vom Arbeitgeber anzubietende und von ihm hinreichend mitfinanzierte **betriebliche Altersversorgung (BAV)** als Ergänzung. Dies vermeidet den sozialen Abstieg sowie Armut im Alter und im Falle der Erwerbsminderung.

- Dafür bedarf es eines Kurswechsels in der Rentenpolitik.**

BAV kann zu einer guten Versorgung im Alter und bei Erwerbsminderung beitragen. Sie kann und soll jedoch die staatliche Sozialpolitik nicht ersetzen. Die Bedingungen für BAV zu verbessern, befreit nicht von der Notwendigkeit die gRV wieder zu stärken. Zusätzlich bedarf es guter Arbeitsbedingungen als Rahmen für eine gute Alterssicherung (siehe Kapitel Gute Arbeit der Zukunft)

Forderungen:

- GRV stärken und Leistungen verbessern
- Rentenniveau** auf dem heutigen

Rentenpolitik:

- Union steht zur großen **Rentenreform** von 2007: Rente mit 67 Jahren, Rentenniveau und Rentenbeiträge bis zum Jahr 2030 wie vorgehabt weiterverfolgen

- Rentenniveau** ist heute besser als in den Prognosen, es liegt bei 48,2 Prozent

- Rentenbeiträge** über 2020 hinaus stabil halten

- Erwerbsminderungsrente:** in nächster Wahlperiode weitere Verbesserungen durchsetzen

Bisheriges **Konzept** fortführen und verstetigen:

- Weiterentwicklung der Rente nach 2030 in einem partei- und fraktionsübergreifenden gesellschaftlichen Konsens unter Einbeziehung der Tarifpartner regeln**

- Gesetzliche Rentenversicherung** als zentraler Pfeiler der Altersvorsorge, daneben **Betriebsrenten und private Vorsorge**, sollte sich vor 2030 aufgrund der Empfehlungen der Kommission Handlungsbedarf bei betrieblichen oder privaten Vorsorge ergeben, werden die notwendigen Maßnahmen ergriffen

Zentrale Ziele der Alterssicherungspolitik:

- Sicherung des Jahrzehntlang erarbeiteten und verdienten **Lebensstandards** im Rentenalter
- Keine Anhebung der jetzigen **Rentaltersgrenze**
- Altersarmut** verhindern
- Gerechte **Finanzierung** der Rente

Das heißt konkret:

Doppelte Haltelinie: Gesetzlich festgelegtes **Rentenniveau** von mindestens **48 Prozent** und **Beitragsatz** von **22 Prozent** Gesetz auf den Weg bringen, das dies festlegt und absichert.

Dialog über neuen Generationenvertrag beginnen: brauchen nationale Kraftanstrengung und gesamtgesellschaftlichen Konsens für:

- Erwerbsbeteiligung** durch Qualifizierung, kinderfreundliche Infrastruktur und familienfreundliche Lebensarbeitszeitmodelle erhöhen, Anstieg der Geburtenzahlen
- Systematische **Einwanderungspolitik**
- Zusätzliche **Steuermittel** ab Mitte der 20er Jahre und Verbreiterung der Versichertenbasis
- Beschleunigte Digitalisierung und Produktivitätssteigerung, Stärkung der Tarifbindung für gute Löhne, Vereinbarkeit verbessern, Investitionen in

Rentenpolitik:

- Rentenniveau** anheben (Sicherungsniveau der gRV auf **53 Prozent**)

- Solidarausgleich** für Niedriglohn: Zeiten niedriger Löhne ausgleichen „Rente nach Mindestentgeltpunkten“

- Ausbildungszeiten** rentenrechtlich besser anerkennen

- Zeiten der **Erwerbslosigkeit, Kindererziehung und Pflege** besser absichern

- Für jedes **Kind** 3 Entgeltpunkte auf dem Rentenkonto gutschreiben, staatlich finanziert

- Freiwillige und unbezahlte Arbeit** von BürgerInnen im organisierten anerkannten Rettungsdienst, Brandschutz, Katastrophenschutz und THW durch den Staat angemessene Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt
- Erwerbstätigenversicherung:** Einbeziehung PolitikerInnen, Selbständige, FreiberuflerInnen, BeamtInnen und ManagerInnen in die gRV, auch für Langzeitarbeitslose Beiträge in die Rentenkasse einzahlen

- Beitragsbemessungsgrenze** vereinheitlichen, dann in mehreren Schritten drastisch angeben, schließlich aufheben.

- Riester-Rente** in die gRV überführen: individuell erworbene Rentenansprüche freiwillig auf das persönliche Rentenkonto bei der Rentenversicherung übertragen, staatliche

Rentenpolitik:

Das Drei-Säulen-System der Alterssicherung auf eine solide Basis stellen.

- Gesetzliche RV** ist und bleibt wichtigste Säule

- Eine **Stabilisierung des Rentenniveaus** ist dringend notwendig, es darf nicht weiter fallen, es muss in eine angemessenen Verhältnis zum Beitragsatz stehen

- Garantierente** für alle, die den größten Teil ihres Lebens rentenversichert waren, gearbeitet, Kinder erzogen oder andere Menschen gepflegt haben, als Mindestniveau: steuerfinanziert, Höhe oberhalb der Grundsicherung, ohne Bedürftigkeitsprüfung, betriebliche und private AV nicht angerechnet

- Versicherungsfremde Leistungen in der gRV aus Steuern bezahlen**

- Alle nicht anderweitig abgesicherten **Selbständigen** in die gRV einbeziehen, größere Beitragsflexibilität ermöglichen

- Erster Schritt in eine **Bürgerversicherung** und hierfür die nicht anderweitig abgesicherten Selbständigen, MinijobberInnen und Abgeordnete in die gRV einbeziehen, später auch FreiberuflerInnen und BeamtInnen einbeziehen, auch

Flexibler Übergang in den Ruhestand:

- Politisch festgelegtes **Renteneintrittsalter und Hinzuverdienstgrenzen** abschaffen

- Ab **60 Jahren** entscheidet jeder selbst, wann er in Rente geht, Voraussetzung ist nur, dass das Einkommen aus gesetzlicher Rente und sonstiger Altersvorsorge über dem Grundsicherungsniveau liegt

- Höhe der Rente** berechnet sich anhand der durchschnittlichen Lebenserwartung der jeweiligen Generation und kann sich verändern (Jahrgangsindividueler Faktor)

- Keine politischen Eingriffe in die langfristige **Rentenformel**, auch eine sog. Rentengarantie

- Erwerbsminderungsrenten** stärken

Altersvorsorge nach dem

Baukastenprinzip:

- Als einzige Alternative zu drastisch steigenden Beitragsätzen ist die **ergänzende Vorsorge** unverzichtbar.

- Betriebliche und private Altersvorsorge** attraktiver machen: in allen Bereichen geförderte AV auch für Investitionen in Infrastruktur,

					
<p>Stand von 48 Prozent stabilisieren und in einem weiteren Schritt auf 50 Prozent anheben. Individuelle Versorgung durch eine tarifvertraglich vereinbarte und vom Arbeitgeber mitfinanzierte Betriebsrente zusätzlich verbessern.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Basis an Beitragszahlern (Einbeziehung Selbständige), mehr Steuermittel, Beitragssatz bis 2040er Jahre bis voraussichtlich 25 Prozent. Begleitmaßnahmen am Arbeitsmarkt und in der Wirtschaftspolitik. ▪ Erwerbsminderungsrente durch Abschaffung der Abschläge verbessern ▪ Rehabilitation durch Anheben des Budgetdeckels stärken ▪ Bildungszeiten besser anrechnen ▪ Rentenerhöhende Beitragszahlung für Alg-II-Bezugszeiten/ Langzeitarbeitslosigkeit ▪ Rente nach Mindestentgeltpunkten fortsetzen <p>Die Rahmenbedingungen für abgesicherte Übergänge aus der Arbeit in den Ruhestand sind auszubauen und zu verbessern.</p> <p>Forderungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Teilrente vor dem 63. Lebensjahr ▪ Verbesserter Rechtsanspruch auf 		<p>Weiterbildung, Wachstumsfreundliche Wirtschafts- und Finanzpolitik</p> <p>Solidarrente: Anspruchsberechtigt ist, wer 35 Jahre oder länger Beiträge gezahlt hat und /oder Kindererziehungs- und Pflegezeiten angerechnet bekommt, sofern kein umfangreiches sonstiges Einkommen im Haushalt vorhanden ist</p> <p>Selbständige: Einbeziehung in die Solidargemeinschaft der gesetzlichen Rentenversicherung, so wie nicht in einem Versorgungswerk abgesichert sind.</p> <p>Erwerbsminderungsrente: Verbesserungen für alle</p> <p>Flexible Übergänge fördern, die unterschiedliche berufliche Belastungen und Erwerbsverläufe berücksichtigen</p> <p>Betriebliche Altersvorsorge: bisherigen Weg weitergehen</p> <p>Private Altersvorsorge: Anhebung der Grundzulage und transparente, verständliche Produktinformationen, Standardprodukt soll ergänzend eingeführt werden</p> <p>Fonds für Menschen, die bei der Überleitung der Alterssicherung der DDR in das bundesdeutsche Recht erhebliche Nachteile erlitten haben.</p>	<p>Subvention abschließen und Zuschüsse in der gRV erhöhen, Erleichterung für Versicherte und ihre ArbeitgeberInnen, bis zu einer bestimmten Grenze zusätzliche Beiträge in der gRV einzuzahlen.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Kapitalgedeckte betriebliche Altersvorsorge und sog. „Zielrenten“ aus der Haftung zu entlassen, wird abgelehnt. Das gilt auch für den Verzicht auf Rentengarantien zugunsten einer reinen Beitragszusage. ▪ Arbeitgeber-finanzierte bAV ja, Entgeltumwandlung als Alibi für sinkendes Rentenniveau nein, Doppelverbeitragung mit Krankenversicherungsbeiträgen beenden, Betriebsrenten dürfen nicht frei von Sozialabgaben sein. ▪ Rente mit 67 Jahren zurücknehmen, noch höheres Rentenalter ist unverantwortlich. Jeder und jede muss spätestens ab 65 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen dürfen. Nach 40 Jahren Beitragszahlungen auch Möglichkeit schaffen ab 60 Jahren in die Rente zu gehen. Perspektivisch Rente mit 60 Jahren für alle. ▪ Erwerbsminderungsrente: Zugang erleichtern, Abschläge für alle abschaffen, Zurechnungszeiten in einem Schritt von 62 auf 65 Jahre anheben. ▪ Ost-West-Rente: sofortige Angleichung an das Westniveau, ohne zukünftige RentnerInnen zu benachteiligen ▪ Solidarische Mindestrente: jeder, der weniger als 1.050 Euro Nettoeinkommen hat – als Zuschlag oder Vollbetrag (einkommens- und 	<p>Langzeitarbeitslose wieder versichern</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Festhalten an der Rente mit 67 Jahren ▪ Echte Altersteilzeit ab 60 Jahren, insbesondere für ArbeitnehmerInnen in belsenden Berufen ▪ Einfachere Hinzuverdienstregeln einführen für Menschen, die länger arbeiten wollen; Erleichtern Teilrente und Erwerbseinkommen zu kombinieren ▪ Abschaffung der Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente <p>Private und betriebliche Altersvorsorge stärken:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ BürgerInnenfonds in öffentlicher Verwaltung einführen ▪ Alle Arbeitgeber sollen künftig ihren Beschäftigten eine Betriebsrente anbieten und mit einem eigenen Arbeitgeberbeitrag unterstützen, Haftungsregeln für Kleinbetriebe (Ablehnung der Entgeltumwandlung) ▪ Rentenlücke für Frauen mittelfristig schließen: Kinderbetreuung ausweiten, Minijobs zu soz.vers.pflicht. Beschäftigung umwandeln, Rückkehrrecht auf Vollzeit, echte Pflegezeit, faire Abbildung von Pflegezeiten bei der Rente, gleicher Lohn für gleiche Arbeit ▪ Benachteiligung von 	<p>Aktien und andere Unternehmensbeteiligungen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Mitnahme zwischen verschiedenen AV erleichtern wenn sich berufliche Situation ändert. Berufsständische Versorgungswerke und Gründung weiterer Versorgungswerke erhalten ▪ Basisabsicherung für Selbständige mit Wahlfreiheit <p>Freiwilliges Vorsorgekonto</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Für jede BürgerIn, übersichtliche Zusammenstellung wie viel Rente später aus allen 3 Säulen zusammenkommen <p>Betriebliche Altersvorsorge</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Aktuelle Reform auf alle Beschäftigten aller Unternehmen ausweiten, keine doppelte Kranken- und Pflegeversicherungs-pflicht und für Riester-geförderte AV; dasselbe auch für die private AV ▪ Wartezeiten bei Arbeitgeberwechsel auf zwei Jahre beschränken, Arbeitgeber, die garantierte Direktzusagen geben, für die bestehenden Pensionsverpflichtungen entlasten, Abzinsungssatz von 10 auf 12 Jahre verlängern und Pensionsrückstellungen in der Handels- und Steuerbilanz vereinheitlichen

					
<p>sozialversicherungspflichtige Teilzeitarbeit</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Staatlich-finanziell unterstützte Übergangsmodelle (wie z.B. „Altersflexi“-Vorschlag), besonders für Beschäftigte in Kleinbetrieben, mit besonders belastenden Tätigkeiten/ erheblich gesundheitlichen Einschränkungen, mit unsteter Beschäftigung, mit unterdurchschnittlichem Arbeitseinkommen ▪ Regelaltersgrenze so ausstatten, dass Beschäftigte sie regelmäßig auch gesund in Arbeit erreichen können; solange dies nicht der Fall ist, wird eine Rente mit 67 Jahren, genau wie jede weitere Erhöhung der Regelaltersgrenze abgelehnt. ▪ Neue, öffentlich geförderte Altersteilzeit ▪ Abschlagsfreie Altersrente für besonders langjährige Versicherte für alle Jahrgänge ab 63 Jahren und die Anrechnung von Zeiten schulischer Ausbildung und des Mutterschutzes <p>„Nein“ zum Leitbild des „arbeitenden Rentners, keine Fehlanreize, keine Legitimation für weitere Leistungskürzungen in der GRV, kein Dumpinglohnbereich für ältere Beschäftigte</p>			<p>vermögensgeprüft, finanziert aus Steuern, deutlich höhere Vermögensfreibeträge)</p>	<p>jüdischen und ehemals sowjetischen Zuwanderinnen gegenüber SpätaussiedlerInnen im Rentenrecht beenden</p>	

					
<p>Gesetzliche Rentenversicherung nachhaltig finanzieren durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Aufbau einer Rücklage in der GRV, Anheben des Beitragssatzes in moderaten Schritten ▪ Vollständige Erstattung der versicherungsfremden / nicht beitragsgedeckten Leistungen aus (zusätzlichen) Steuermitteln (z.B. „Mütterrente“) ▪ Weiterentwicklung der GRV zu einer Erwerbstätigenversicherung <p>Betriebliche Altersversorgung (bAV) ausbauen (GRV ergänzen, nicht ersetzen):</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Verbreitung der bAV durch bessere Rahmenbedingungen: AVE von TV über BAV erleichtern (Überwiegensprinzip) ▪ Doppelverbeitragung ausschließen ▪ Besitzstand der bisherigen Modelle garantieren ▪ Ausgestaltung finanzielle verbessern: gesetzlich verpflichtender Kostenzuschuss der Arbeitgeber bei Entgeltumwandlung, Förderung von Versorgungswerken der Sozialpartner, Zuschuss für Arbeitgeber bei Beteiligung an den Kosten, tarifexklusive Erhöhung der steuerlichen Dotierungsrahmen 					

					
<p>Anforderung 2: Solidarische Pflege- und Gesundheitspolitik</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Rückkehr zur paritätischen Finanzierung in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ▪ Gerechte Verteilung der Lasten und Entscheidungskompetenzen in der GKV ▪ Steigende Belastungen durch private Krankenvollversicherung für abhängig Beschäftigte lösen ▪ Langfristige Weiterentwicklung der Krankenversicherung zu einer Bürgerversicherung ▪ Umstellung in der Pflege zu einer Bürgerversicherung Pflege <p>Forderungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Ausweitung der Finanzierungsbasis von Pflegeversicherung und GKV in Richtung Bürgerversicherungen ▪ Abschaffung der Arbeitnehmer-Zusatzbeiträge von bis zu 1,7 Beitragssatzpunkten (Stand: Juni 2016) ▪ Umfassende Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung der GKV ▪ Seriöse Aufteilung der Finanzierungsverantwortung in der gesundheitlichen Versorgung ▪ Vollständige Gegenfinanzierung 	<p>Gesundheit und Pflege:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Weiter wie bisher, keine Einführung einer Bürgerversicherung ▪ Bessere Vernetzung für Versorgung ▪ Krankenhäuser auskömmlich finanzieren, voller Ausgleich der Tarifsteigerung bei der Krankenhausvergütung ▪ Garantie für ärztliche Versorgung durch Ärzte und Apotheken im ländlichen Raum, kein Apotheken-Versandhandel ▪ Modernisierung der Ausbildung in Pflegeberufen, bessere Personalausstattung umsetzen ▪ Schulgeld für Ausbildung der Physiotherapeuten, Ergotherapeuten und Logopäde und weiterer Heilberufe abschaffen ▪ „Masterplan Medizinstudium 2020“ verwirklichen ▪ Stärkung der Rechte von PatientInnen: „Nationales Gesundheitsportal“ ▪ Freiheit der Arztwahl und Wettbewerb unter Krankenkassen ▪ Innovationsfonds weiterentwickeln ▪ Krankenhausreform 	<p>Gesundheit und Pflege:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Paritätische Bürgerversicherung schaffen anstatt bisheriger Zwei-Klassen-Medizin inkl. Abschaffung des Zusatzbeitrages der Versicherten ▪ Einbeziehung aller erstmalig und bislang gesetzlich Versicherten, BeamtInnen, Privatversicherte (freiwillig), Selbständige (einkommensabhängig), Entlastung von Zuzahlungen für Menschen mit chronischen Krankheiten ▪ Einheitliche Honorarordnung für ÄrztInnen schaffen ▪ Schaffung einer integrierten Bedarfsplanung der gesamten medizinischen Versorgung ▪ Mehr und besser bezahltes Pflegepersonal in Krankenhäusern mit verbindlichen Personalstandards, Pflegeberufegesetz, Sofortprogramm für mehr Personal in der Altenpflege, usw. ▪ Programm „Gesunde Stadt“ auflegen zur Bewältigung des demografischen Wandels <p>Familienarbeitszeit für Pflegende einführen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Freistellung von der Arbeit mit Lohnersatzleistung (bis zu 3 Monate ganz oder zum Teil Arbeitszeit reduzieren/ Höhe der 	<p>Solidarische Pflege- und Gesundheitsversicherung und mehr Personal in Pflege und Gesundheit</p> <p>Gesundheit:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Paritätische Finanzierung wiederherstellen, Zuzahlungen abschaffen ▪ Solidarische Gesundheitsversicherung: alle zahlen entsprechend ihres gesamten Einkommens ein, Beitragsbemessungsgrenze abschaffen, Beitragssatz dauerhaft unter 12 Prozent absenken (ohne Leistungskürzungen), private Vollversicherung abschaffen, auf Zusatzleistungen beschränken ▪ Bessere Personalversorgung im Krankenhaus: Einsparungen und Outsourcing stoppen, Besetzung fehlender Stellen, Rücknahme von Ausgliederungen, gesetzliche Personalbemessung, Abschaffung Fallpauschalen, Investitionsstau abbauen, weitere Privatisierungen verhindern ▪ Ambulante Versorgung ausbauen: Polikliniken als Rückgrat ausbauen, usw. ▪ Bezahlbare Medikamente ▪ Gesundheitsförderung statt Wettbewerbsdruck <p>Pflege:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Gute Pflege als verbindliches Recht 	<p>Gesundheitspolitik: Gesetzliche und private Krankenversicherung zu einer BürgerInnenversicherung weiterentwickeln</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Alle BürgerInnen, auch Beamte, Selbständige und Gutverdienende beteiligen sich, auf Aktiengewinne und Kapitaleinkünfte werden ebenfalls Beiträge erhoben, Paritätische Finanzierung durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber ▪ keine Zusatzbeiträge für ArbeitnehmerInnen ▪ Keine Unterscheidung von privaten oder gesetzlich Versicherten bei Arzthonoraren ▪ Zuzahlungen abschaffen ▪ Psychische Prävention und Behandlung verbessern ▪ Alternativmedizin besser erforschen <p>Pflege:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Bundesweit verbindliche Bemessungsinstrumente bei der Personalbesetzung in der Pflege, auch in der Altenpflege ▪ Gesetzliche Haftpflichtversicherung für Hebammen und andere Gesundheitsberufe 	<p>Krankenkassen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Mehr Wettbewerb zwischen den Krankenkassen, der durch wettbewerbs- und kartellrechtlichen Rahmen flankiert ist ▪ Instrument der Qualitätsverträge einführen und bisherige Beschränkungen aufheben ▪ Freie Wahl der Krankenversicherung, PKV und GKV – einfacheren Wechsel ermöglichen und Reformbedarf in beiden Systemen (Basistarif in der PKV, Altersrückstellungen portabel machen usw.) ▪ Morbiditätsorientierten Risikoausgleich auf andere Basis stellen ▪ Keine Bürgerversicherung ▪ In der Gesetzlichen Krankenversicherung die Beitragsbemessung für Selbständige an den tatsächlichen Einnahmen orientieren ▪ Ambulante Versorgung stärken ▪ Abschaffung der Budgetierung ▪ Geburtshilfe und Hebammen

					
<p>der gesamtgesellschaftlichen Aufgaben der GKV über Steuern</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Auskömmliche Finanzierung der Investitionskosten der Krankenhäuser durch die Bundesländer ▪ Keine Finanzierung von Bundesbehörden durch GKV-Beiträge 	<p>weiterführen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Volkskrankheiten besser behandeln ▪ Digitalisierung im Gesundheitswesen <p>Pflege:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Bisherigen Weg weitergehen ▪ „Konzertierte Aktion Pflege“ ins Leben rufen ▪ Reha auch für Selbständige ▪ Rückgriff auf Kinder im Pflegefall erst ab einem Einkommen i.H.v. 100.000 Euro ▪ Ausbau Palliativ- und Hospizversorgung ▪ Gesundheitswirtschaft stärken und ausbauen 	<p>Lohnersatzleistung wie Elterngeld)</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Darüber hinaus Familiengeld für Pflege (150 Euro monatlich für Beschäftigte, die 75 bis 90 Prozent der jeweiligen regulären Vollzeit arbeiten) ▪ 24-Stunden-Pflege im Haushalt regeln ▪ Pflegestützpunkte ausbauen 	<p>für alle: Pflegeversicherung, die alle pflegebedingten Leistungen umfasst, solidarische Pflegeversicherung, Pflege als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, selbstbestimmte Pflege</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Sofortmaßnahmen gegen den Pflegenotstand: Pflegevorsorgefonds auflösen und in Pflegepersonalfonds umwandeln, Fachkraftquote von 50 Prozent in Pflegeeinrichtungen, Pflegemindestlohn i.H.v. 14,50 Euro <p>Cannabis: nicht-kommerzielle Bezugsmöglichkeiten organisieren, Besitz und Anbau zum eigenen Gebrauch legalisieren Weitere Themen zur Entkriminalisierung von Drogen in einem Unterkapitel</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Pflegestützpunkte und Hilfenetze in den Kommunen unterstützen ▪ Dreimonatige PflegeZeit Plus und 10 Tage für Notsituationen mit Lohnersatzleistung und Freistellung von der Arbeit ▪ Bessere Bezahlung der PflegerInnen, unabhängiges Institut für Qualität in der Pflege ▪ Pflegeversicherung zu einer Bürgerversicherung umbauen <p>Weiters:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Gute und zahlenmäßig ausreichende kostenlose Ausbildung aller Gesundheitsberufe ▪ Ausbildungsvergütung für PsychotherapeutInnen ▪ Bessere Mitsprache für die Pflege- und Gesundheitsberufe in den Gremien der Selbstverwaltung ▪ Zusätzliche Ausbildungsplätze für die Gesundheitsberufe an Hochschulen und Universitäten, auch für ArztInnen ▪ Solide Vergütung für Universitätskliniken ▪ Notfallversorgung 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stationäre Versorgung <p>Pflege:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Weniger Bürokratie in der Pflege ▪ Gesellschaftliche Wertschätzung der Pflege: Vergütung angemessen gestalten, Integrative Ausbildung der Pflegekräfte/ keine generalisierte Einheitsausbildung, familienfreundliche Arbeitszeitmodelle fördern <p>Apotheken: Gesetze anpassen, Wege für ausländische Versandapotheken schaffen</p> <p>Palliativmedizin/ Hospizwesen ausbauen</p> <p>Kontrollierte Freigabe von Cannabis</p>

					
				reformieren <ul style="list-style-type: none"> ▪ Rechtsanspruch auf sichere und vernetzte elektronische Patientenakte ▪ Hospiz und Palliativmedizin verbessern Cannabiskontrollgesetz einführen	
<p>Anforderung 3: Keine Regionalisierung/ Föderalisierung der Sozialgesetzgebung</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Abweichungsrechte der Länder für Art und Umfang der Leistungsgewährung im Sozialbereich lehnt der DGB ab, insbesondere bei der Eingliederungshilfe sowie der Kinder- und Jugendhilfe. ▪ Eine Regionalisierung der Sozialgesetzgebung widerspricht dem Ziel des Grundgesetzes „zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet“. 				Breite gesellschaftliche Debatte vorantreiben und Fragen von einer Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens (in einem Modellprojekt erproben), das gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht, über die Frage einer Wertschöpfungsabgabe bis hin zu institutionellen Reformen der Sicherungssysteme in den Blick nehmen.	<p>Reform der Sozialgesetzbücher</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Verknüpfung, Verzahnung und Verschlinken ▪ Sozialwahlen: Einheitslisten abschaffen, Möglichkeit der online-Beteiligung schaffen, einfach Aufstellung der Listen gewährleisten ▪ Schuldenbremse 2.0 für die Sozialversicherungssysteme im Grundgesetz verankern: versicherungsfremde Leistungen künftig vollständig aus dem Bundeshaushalt und nicht mehr aus den Sozialversicherungskassen finanzieren, kein Verstecken sozialer Leistungen durch Griff in Sozialkassen



5. Querschnittsthemen

5.1. Europapolitik

Anforderung 1: Für eine Neuausrichtung der Europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik

Sozialen Zusammenhalt fördern und zugleich Gestalter einer fairen Globalisierung sein. Primat der Politik vor Primat des Marktes. Sozialer Zusammenhalt und soziale Demokratie ins Zentrum der Politik rücken. Nachhaltige Verbesserung der Lebens- und Arbeitssituation der Menschen, Stärkung der demokratischen Prozesse in der EU.

Deutschland hat als größter Mitgliedsstaat besondere Verantwortung, daher muss die künftige Bundesregierung in ihrer Europapolitik folgende Punkte beachten:

- **Bekämpfung der Krise** indem Konzentration auf staatliche Ausgabenkürzungen, Erhöhung der Verbrauchssteuern und Arbeitsmarktreformen aufgegeben werden und durch eine **expansive Politik des Aufbaus** ersetzt wird.
- Leistungsstarkes europäisches **Investitionsprogramm** auflegen: Wachstumsimpulse v.a. für den Süden Europas, Abbau der Jugendarbeitslosigkeit, Brexit abfedern.

Europapolitik:

- Unterstützung für den Vorschlag einer Europäischen **Verteidigungsunion** und einen Europäischen Verteidigungsfonds
- Beim Abbau von **Jugendarbeitslosigkeit** solidarisch helfen
- Erfolg ist nur möglich, wenn gemeinsam vereinbarte Regeln wie der **Stabilitätspakt** eingehalten werden
- Stabilisierung der **Euro-Zone**, keine Vergemeinschaftung von Schulden, gemeinsame Weiterentwicklung der Euro-Zone gemeinsam mit Frankreich (z.B. Schaffung eigenen Währungsfonds)
- **Brexit**: negative Auswirkungen für die Menschen und Wirtschaft in Grenzen halten, aber auch: wer EU verlässt kann nicht von allen Vorteilen der Gemeinschaft profitieren
- **Türkei**: Beziehungen weiter vertiefen, strake Kooperation und strategische Zusammenarbeit in außen- und sicherheitspolitischen Fragen (Ablehnung Vollmitgliedschaft)

Europapolitik:

Für mehr europäischen Zusammenhalt und Solidarität

Flexiblere EU:

Gruppen von Mitgliedsstaaten sollen bei gemeinsamen Projekten vorangehen können

Demokratische Rechte

 in der EU ausbauen:

Europäisches Parlament soll vollständig an Wirtschafts- und Währungspolitik mitwirken könne, vollständiges Budgetrecht haben, Kommissionsmitglieder wählen, Initiativrecht bekommen, einheitliches Wahlrecht; Reform der Kommission, gemeinsame SpitzenkandidatIn für Kommissionspräsidentschaft dauerhaft verankern

Mittelfristige Überarbeitung des Vertrags von **Lissabon** mit dem Ziel einer Europäischen Verfassung

Investitionen in Arbeit und Ausbildung:

- Europäisches **Wohlstandsversprechen** erneuern
- Deutschland ist „Nettozahler“ und Nettogewinner, Europa aus Wachstumsschwäche herausführen, Arbeitslosigkeit in Süd- und Westeuropa bekämpfen:

Europäische Union:

Neustart der Europäischen Union mit einer sozialen und demokratischen Alternative zu dieser neoliberalen EU: mit neuen Verträgen, neuen Strukturen und neuen Hoffnungen

- In allen Mitgliedsstaaten müssen neue Verträge mit **Volksabstimmungen** entschieden werden
- **Austerität** stoppen: öffentliches europäisches Investitionsprogramm ohne Privatisierungen durch die Hintertüre, Kreditaufnahme vom Finanzmarkt abkoppeln, keine Bankenrettung auf Kosten der Gesellschaft, europäische Schuldenkonferenz einrichten, Schuldenschnitt für Griechenland, Steuerliche Mindeststandards, für einen europäischen Mindestlohn (60 Prozent des nationalen Durchschnittslohns)
- **Steuerflucht** und Steueroasen bekämpfen
- **Eurobonds** auflagen
- **Fiskalpakt und Troika** haben Eingriffsmöglichkeiten in Entscheidungen gewählter Volksvertretungen

Europa:

- **Zukunftsfonds** für ökologische und soziale Modernisierung im EU-Haushalt einrichten, für öffentliche Investitionen, Mitgliedsstaaten in Notsituationen und zur Bekämpfung von Wirtschaftskrisen
- **Steuerpakt**: Maßnahmen gegen aggressive Steuervermeidung und –hinterziehung
- Einführung von **Mindeststandards** gegen die soziale Spaltung Europas, Stärkung der europäischen **Jugendgarantie**: jeder junge Mensch in der EU soll spätestens vier Monate nach dem Schulabschluss einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz erhalten

Demokratie

 in der EU stärken – Europa der BürgerInnen schaffen:

- Direkt gewähltes EU-Parlament mit Initiativrecht
- MinisterInnenrat und seine Gremien sollen öffentlich tagen

Reformen für eine bessere EU:

Institutionelle Reformen:

- EP mit einheitlichen Wahlrecht mit staatsübergreifenden Listen und Spitzenkandidaten, Vollparlament mit Initiativrecht,
- EU-Kommission auf 16 Kommissare verkleinern,
- Rat als moderne zweite Kammer
- Subsidiaritätsprinzip stärken (nicht zielführend sind die Vorschläge der EU-KOM zu einer sozialen Säule Europas, das muss jeder Mitgliedsstaat selbst verantworten, keine gesamteuropäische Arbeitslosenversicherung)
- Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten, mehr Gebrauch von der „Verstärkten Zusammenarbeit“ machen
- EU hin zu einer dezentral und bundesstaatlich verfassten EU

Euro nachhaltig stabilisieren

- Nichtbeistandsklausel

					
<ul style="list-style-type: none"> ■ Mittelaufstockung des EFSI (Europäischer Fonds für strategische Investitionen) bis 2020 ist richtig, darüber hinaus zu einer dauerhaften Investitionsagentur aus- und umbauen, dass er auch direkte öffentliche Investitionen – ohne ÖPP – finanzieren kann. ■ Wirtschafts- und Währungsunion weiter vertiefen, aber nur im Rahmen geltender Verträge und in Einklang mit dem europavertraglichen Leitbild der sozialen Marktwirtschaft. Zwingende verstärkte Koordinierung der nationalen Wirtschafts- und Fiskalpolitiken innerhalb des Euroraums – bis hin zu einer demokratischen Wirtschaftsregierung. Tarifautonomie dabei nicht in Frage stellen! ■ Künftige „Economic Governance“ intensiv ausrichten, keine längere Begrenzung von Sozialausgaben und Lohnkosten. Im Fiskalpakt und im Stabilitäts- und Wachstumspakt müssen öffentliche Investitionen grundsätzlich von der Defizitberechnung ausgenommen werden („goldene Regel“. Leistungsbilanzüberschüsse durch Stärkung der Binnenmärkte 	<p>Türke in EU)</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Frankreich: deutsch-französische Freundschaft neu beleben, Körperschaftsteuern harmonisieren, gemeinsame Technologiepolitik, im Rahmen des Weimarer Dreiecks Polen integrieren ■ Bestehendes europäisches Sozialmodell gut und vorbildlich 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Durch ein breit angelegtes europäisches Investitionsprogramm für Verkehrs- und Energienetze, Internet, Bildung und Ausbildung, Forschung und Entwicklung, Bekämpfung Jugendarbeitslosigkeit ■ Bedingungen für Risikokapital verbessern ■ Stabilitäts- und Wachstumspakt weiterentwickeln, dass Verschuldung verringert und Freiräume für langfristig wirkende Reformen und nachhaltiges Wachstum geschaffen werden ■ Gründung eines permanenten Jugendbeschäftigungsfonds ■ Europäischer Freiwilligendienst, europäisches Mobilitätsprogramm <p>Europäische Sozialunion:</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Soziale Mindeststandards, Lohn- und Sozialdumping unterbinden ■ Grundsatz verankern, dass es in allen Mitgliedsstaaten der EU soziale Grundsicherungssysteme geben muss ■ Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ ■ Keine Toleranz gegenüber Sozialdumping ■ Stärkung der sozialen Grundrechte: 	<p>Für gleiche Lebensverhältnisse:</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Fonds (Kohäsionsfonds, Sozialfonds, für ländliche Entwicklung, für Regionale Entwicklung, usw.) deutlich stärken und weiterführen <p>Keine Europäische Union der Aufrüstung und Militarisierung</p> <p>Sichere Fluchtwege und Schutz der Menschenrechte statt Krieg gegen Flüchtlinge</p> <p>Klausel für sozialen Fortschritt in den EU-Verträgen</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Soziale Grundrechte und Tarifautonomie müssen Vorrang vor der Binnenmarktfreiheit haben, Sozialstaatlichkeit in den EU-Verträgen neben Demokratie und Rechtsstaatlichkeit schützen <p>EU grundlegend demokratisieren, Rechte des Europäischen Parlaments stärken:</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Initiativrecht, EP gleichberechtigt zu Rat und Eurogruppe, EP wählt Kommission und Kommissions-Präsidenten ■ Subsidiaritätsprinzip stärken <p>EZB unter demokratische Entscheidungen und Kontrolle bringen</p> <p>Ablehnung der Entmachtung von Parlamenten und Eingriffe in Tarifautonomie</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Verbindliches Lobbyregister und legislativen Fußabdruck ■ Beteiligungsinstrumente wie Europäische BürgerInnen-Initiative und europäische BürgerInnen-Foren ausbauen ■ Gesellschaftlichen Austausch fördern ■ Europäischen Friedensdienst für alle 	<p>stärken, nur so kann der Zins als ökonomische Schuldenbremse wirken</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Vermischung von Verantwortung durch gemeinschaftliche Haftung ausschließen, Europäischer Stabilitätsmechanismus darf kein ständiger Nothelfer sein, Ausleihkapazität zurückfahren, langfristig auslaufen lassen, ■ Staatsinsolvenzordnung für die Eurozone schaffen und geregeltes Austrittsverfahren aus dem Euro-Währungsgebiet ■ Keine Privilegierung von Staatsanleihen in der Bankenregulierung, Bankenabwicklungsmechanismen anwenden, ■ Automatische Sanktionen für Stabilitäts- und Wachstumspakt <p>Digitaler Binnenmarkt für Europa Regulierungsbedingte Barrieren zwischen den Mitgliedsstaaten der EU abbauen</p> <p>Sowohl auf internationaler Ebene der G20 als auch in der EU Konzepte entwickeln für eine faire Besteuerung aller</p>

					
<p>ausbauen, ständige Koordinierung der Einnahmeseite, Mindestsätze bei der Körperschaftssteuer, abgestimmter Kampf gegen Steuerflucht und Steuervermeidung, Finanzmarkt-Transaktionssteuer</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Makroökonomische Ungleichgewichte wirksam bekämpfen: Leistungsbilanzüberschüsse und eine zu schwache Lohnentwicklung in den Blick nehmen, Neugestaltung des Mechanismus ▪ Staatsfinanzen der Euroländer vor Spekulationen schützen: z.B. Europäischen Stabilitätsmechanismus mit einer Banklizenz ausstatten und als „Gläubiger der letzten Instanz“ für Staaten einsetzen; gemeinsame Anleihen in der Eurozone einführen („Eurobonds“) ▪ Ziel der sozialen Aufwärtskonvergenz verbindlich festschreiben: zusätzlich neben der makroökonomischen Konvergenz im Europäischen Semester festschreiben. Dt. Europapolitik muss sich bei der Kommission bei der Einführung einer Europäischen sozialen Säule rechtsverbindliche Standards setzen, die zu einer Stärkung des sozialen Besitzstandes in der 		<p>soziales Fortschrittsprotokoll verankern im europäischen Primärrecht: soziale Rechte sind gleichrangig gegenüber den wirtschaftlichen Grundfreiheiten des Binnenmarktes</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Wirksame EU-Regeln gegen Sozialdumping, v.a. bei Vergabe von Unteraufträgen, Briefkastenfirmen, vorgetäuschter Entsendung und bei Scheinselbständigkeit ▪ Mitbestimmungsrechte in ganz Europa stärken: keine Einschränkung von Gewerkschaftsrechten oder Tarifautonomie im Zuge von Hilfen für in der Krise befindliche Staaten bzw. Wiederherstellung derselben ▪ Für einen starken Sozialen Dialog der Sozialpartner in der Europäischen Politik, Vereinbarungen der Sozialpartner müssen von der Politik respektiert werden ▪ Europäische Gleichstellungspolitik fortsetzen <p>Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Für eine koordinierte Wirtschaftspolitik in Europa, konjunkturelle Entwicklungen besser aufeinander abstimmen 	<p>EU-weite Volksbegehren und Volksentscheide</p> <p>Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Soziale Grundrechte –entsprechend der revidierten Europäischen Sozialcharta des Europarates – müssen von einzelnen Personen auch beim Europäischen Gerichtshof einklagbar sein <p>Europäischer Datenschutz</p>		<p>Unternehmen, diese dürfen aber den Standort Deutschland nicht gefährden</p> <p>Beendigung der Niedrigzinspolitik der EZB</p> <p>Vollendung des europäischen Energiebinnenmarktes</p>

					
<p>gesamten EU führt.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ EU generell auf die Förderung des sozialen Fortschritts verpflichtet: das europäische Vertragswerk soll um eine soziale Fortschrittsklausel ergänzt werden, so dass im Konfliktfall soziale /Grund)Rechte Vorrang vor den wirtschaftlichen Freiheiten des Binnenmarktes einzuräumen ist. ▪ Den Abbau von Arbeitnehmerrechten und Eingriffe in Tarifsysteme rückgängig machen ▪ Für die „Vollendung des Binnenmarktes“ nicht weiter deregulieren und liberalisieren, sondern auf mehr Regulierung zugunsten der Beschäftigten und eine Förderung der öffentlichen Daseinsvorsorge setzen. Neue Mindeststandards sind erforderlich. 		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ungleichgewichte abbauen – perspektivisch Einrichtung einer Wirtschaftsregierung für den Euro-Raum: Zusammengesetzt aus zuständiger Kommission, europäischen Wirtschafts- und Finanzministern, über Europäisches Parlament legitimiert und kontrolliert, Schaffung eines „Eurozonen-Parlaments“ ▪ Schaffung eines gemeinsamen Finanzbudgets in der Eurozone ▪ Besteuerung der Finanzmärkte, Spekulationen eindämmen ▪ Europäischen Stabilitätsmechanismus ins Gemeinschaftsrecht überführen und zu einem Europäischen Währungsfonds weiterentwickeln ▪ Mehr demokratische Strukturen in der EU ▪ Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung und des Steuervollzugs in Europa, Unternehmen zahlen Steuern wo sie ihr Gewinne erwirtschaften 			
<p>Anforderung 2: Für ein Europa der Solidarität und fairen Mobilität</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Solidarisches System zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen, u.a. stärkere Unterstützung für EU-Staaten, die besondere Lasten zu tragen haben 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 	<p>siehe z.T. direkt darüber</p>	<p>Gute Arbeit und soziale Rechte in Europa:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Prinzip: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ rechtlich verankern ▪ Europäischer Mindestlohn in Höhe mindestens 60 Prozent des 		

					
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Einschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit abwehren, faire Mobilität sichern ▪ Beratungsangebote und Förderprogramme für faire Mobilität in Deutschland und Europa verbessern: bessere Information , Beratung und Durchsetzung zustehender Rechte für Mobile ArbeitnehmerInnen ▪ Bei entsendeten Beschäftigten Missbräuche wirksam unterbinden, bei Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit, wie Arbeitnehmerfreizügigkeit: „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“, strenge Kontrollen und Sanktionen, keine Einführung des „Herkunftslandprinzips“, Briefkastenfirmen erschweren, Generalunternehmerhaftung des Auftraggebers wirksam umsetzen (Ausweitung auf die gesamte Subunternehmerkette für Arbeits- und Entlohnungsbedingungen, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Bedingungen der Unterbringung und Abführung von Sozialversicherungsbeiträgen), Wahlrecht entsendeter Beschäftigter für die Geltendmachung ihrer Rechte durchsetzen. 			<p>Durchschnittsentgelts des jeweiligen Landes</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Mitbestimmungsrechte und Rechte von Gewerkschaften und Beschäftigte wieder herstellen und ausbauen ▪ Arbeitsinspektionen auf europäischer Ebene mit besseren Kontrollrechten ausstatten ▪ Verbindliche soziale Mindestsicherung und soziale Mindeststandards nach der Günstigkeitsklausel 		

					
<p>Anforderung 3: Für eine stabile und sichere Gestaltung der internationalen Finanzmärkte</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Bankenunion entschlossen vorantreiben: alle Säulen der Bankenunion fristgerecht umsetzen, der Bankenabwicklungsfonds ist weit unterkapitalisiert, daher braucht es eine uneingeschränkte Beteiligung aller EU-Mitgliedstaaten an der Bankenunion. ▪ Das Vorhaben einer Kapitalmarktunion nochmals überdenken: von beabsichtigter Wiederbelebung des Verbriefungsmarktes Abstand nehmen. Konzentrationsprozesse stoppen. System der Schattenbanken ist hochriskant und muss reformiert werden. 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 	<p>Regeln für die Finanzwirtschaft:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Deutschland soll führende Kraft bei Kontrolle und Aufsicht der Finanzmärkte werden ▪ Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Förderbanken als wichtige Säule und Kampf um deren Erhalt ▪ Verschuldungsquote für Banken einführen ▪ Trennung von Investment- und Geschäftsbanking ▪ Systemrelevante Finanzinstitute sollen verbindlichen Eigenkapitalanforderungen und Aufsicht unterliegen ▪ Mindesthaltepflichten zur Begrenzung des Hochfrequenzhandels ▪ Rating-Geschäft von Beratung trennen ▪ Finanztransaktionssteuer ▪ Recht der Bürger auf Bargeld ▪ Rechte von Finanzkunden stärken, Kontrolle der Finanzanlagevermittler 	<p>Finanzmarkt:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Spekulationen eindämmen: Schattenbanken, außerbilanzielle Zweckgesellschaften, Derivate, Hedgefonds und Private Equity-Gesellschaften auflösen, Verbieten von Spekulationen mit Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln ▪ Private Großbanken und Landesbanken verkleinern und effektiver öffentlicher Kontrolle unterstellen, Basis eines neuen Finanzsektors sind Sparkassen und Genossenschaftsbanken, Kontrolle der Banken durch Vertreter von Beschäftigten, Gewerkschaften und öffentlicher Hand ▪ Einführung eines Finanz-TÜV, unabhängige Finanzberatung durch Verbraucherzentralen, BaFin stärken ▪ Rechtsanspruch auf kostenfreies Giro-Konto, Dispo-Zinsen beschränken ▪ Ablehnung Kapitalmarktunion 	<p>Wende am Finanzmarkt:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Bessere Regulierung der Finanzmärkte ▪ Einfachere aber härtere Regeln für große Banken, für kleinere regional agierende Banken Bürokratie reduzieren ▪ Schuldenbremse für Banken, mehr Eigenkapital für Banken und Versicherungen ▪ Strengere Regeln für Schattenbanken ▪ Hochfrequenzhandel mit Finanztransaktionssteuer und geeigneten Marktregeln ausbremsen ▪ Staat muss Vertrieb von schädlichen oder intransparenten Anlageprodukten verbieten ▪ Stärkere Fusionskontrolle, Trennbankensystem einführen, ggf. auch Entflechtung ▪ Besserer Schutz der VerbraucherInnen vor undurchsichtigen und gefährlichen Finanzprodukten (keine provisionsgetriebene Beratung, sondern Honorarberatung) 	<p>Bargeld als Zahlungsmittel erhalten</p>

					
<p>Anforderung 4: Für eine soziale, faire und demokratisch legitimierte Handelspolitik</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Globalisierung eine faire und soziale Richtung geben – Deutschland und Europa sollen beim Abschluss von Handelsabkommen aktiv in die globale Standardsetzung einbringen ■ Verhandlungen demokratisch gestalten, unter Beteiligung von Parlamenten und Zivilgesellschaft ■ Arbeitnehmerrechte wirksam gegen verstärkten Wettbewerbsdruck schützen ■ Klare, verbindliche, durchsetzbare Regelungen in Handelsabkommen für Arbeitnehmerrechte und Sozial- und Umweltrechte. Ratifizierung, Einhaltung und Umsetzung internationaler Mindeststandards (Kernarbeitsnormen der IAO, OECD-Richtlinien für multinationale Unternehmen und dreigliedrige Erklärung der IAO für multinationale Unternehmen und Sozialpolitik), Verstöße mit Sanktionen belegen und mit einem Streitbeilegungsmechanismus verbindlich ahnden wie Verstöße gegen 	<p>Handelspolitik: Bekämpfung jeder Art von Protektionismus, für internationale Handelsabkommen und Zusammenarbeit</p> <p>Globalisierung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Braucht Regeln und Standards, um Auswüchse und Fehlentwicklungen zu verhindern. ■ Zusammenarbeit der G7 und G20 wichtig, aber auch EU, OECD, Weltbank und IWF ■ Transatlantischen Beziehungen intensivieren, USA als zentraler Partner, CETA mit Leben füllen ■ Gegen unfaire Handelspraktiken werden wir uns schützen. 	<p>Absicherung der kommunalen Daseinsvorsorge im europäischen Binnenmarkt und bei Freihandelsabkommen</p> <p>Faire internationale Handelsabkommen um Fluchtursachen zu bekämpfen Deutschland hat Partner in der Handelspolitik, diese auch weiterhin nutzen – ILO, UNCDAT, UNIDO, WTO) und EU Unabhängiger internationaler Handelsgerichtshof TTIP derzeit nicht erreichbar, CETA im Ratifizierungsverfahren sorgfältig prüfen; Partnerschaftsabkommen mit Afrika, ggf. Schaffung einer Afrikanischen FHZ</p> <p>Globalisierung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Agenda 2030: Erreichen von Nachhaltigkeitszielen der Industrieländer, Vorreiterrolle wahrnehmen; Entwicklungszusammenarbeit ■ Gemeinsam mit Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorganisationen, Wirtschaft und Sozialpartnern ■ Gegen Landgrabbing ■ 0,7 Prozent des BIP für Entwicklungszusammenarbeit ■ Mehr inhaltliche und personelle Einbindung Deutschlands in Weltbank, IWF und OECD ■ Faires und internationales Steuersystem 	<p>TTIP, CETA, TISA durch gewerkschaftliche und soziale Bewegungen stoppen und grundlegende Neuausrichtung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen</p>	<p>Neustart für faire Handelspolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Transparenz, an sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Kriterien ausgerichtet ■ Absicherung von Umwelt-, VerbraucherInnen- und Datenschutz sowie Arbeitsnormen und Menschenrechten ■ Vorsorgeprinzip verankern, öffentliche und soziale Dienstleistungen sowie Kultur ausnehmen ■ Handelsgerichtshof und der Dach der UNO ■ Stärkung der multilateralen Verhandlungen im Rahmen der WTO <p>Lieferketten offenlegen</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Menschenrechtliche Sorgfaltpflicht für Unternehmen im deutschen Recht gesetzlich verbindlich verankern ■ Mehr Transparenz, wirksame Sanktionen und zivilrechtliche Klagemöglichkeiten für Betroffene <p>Hunger bekämpfen – Nahrungsmittelspekulationen verhindern, Saatgut sichern</p>	<p>Handelspolitik: Stärkung der multilateralen, rechtbasierten Handelsbeziehungen, WTO als zentralen Ort stärken; Freihandelsabkommen legen Standards fest</p>

					
<p>andere Teile des Abkommens, Vorsorgeprinzip im Handelsabkommen fest verankern</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Öffentliche Bereiche umfassend ausnehmen: insbesondere Dienstleistungen von all. und all. wirtschaftlichen Interesse, keine direkte oder indirekte Liberalisierung oder Privatisierung dieser Bereiche durch Handelsabkommen ▪ Beabsichtigte Anwendungs- und Regelungsbereiche konkret benennen (Positivliste) ▪ Nationale Handlungsräume für die Ausgestaltung der Daseinsvorsorge erhalten ▪ Keine Sonderklagerechte für Investoren ▪ Verpflichtungen bei der öffentlichen Beschaffung und Auftragsvergabe bewahren ▪ Interessen der Schwächsten schützen ▪ Grenzen für Vereinbarungen zu grenzüberschreitenden Erbringungsarten bei Handel mit Dienstleistungen ziehen 		<p>Internationaler Klimaschutz</p> <p>Menschenrechtsschutz</p> <p>Umsetzung Nationaler Aktionsplan „Wirtschaft und Menschenrechte“ – Ausweitung der Unternehmensverantwortung mit einer verbindlichen menschenrechtlichen Sorgfaltpflicht von Unternehmen, Rechenschafts- und Transparenzpflichten entlang der Lieferketten, Auf- und Ausbau sozialer Sicherungssysteme, Einführung lebenssichernder Löhne.</p> <p>Für gesetzliche Grundlagen im Beschaffungswesen: soziale, ökologische und menschenrechtliche Kriterien</p> <p>Stärkung der Unternehmensverantwortung auf internationaler Ebene im Rahmen der Initiative im Menschenrechtsrat der UN für ein Abkommen zu transnationalen Konzernen und Menschenrechten.</p> <p>Unterstützung der internationalen Gewerkschaftsbewegung und der ILO bei der Umsetzung von Kernarbeitsnormen, das Zusatzprotokoll zum Sozialpakt der UN und die ILO-Konvention 169 zum Schutz der indigenen Bevölkerung ratifizieren</p>			



5.2. Flüchtlings- und Migrationspolitik

Anforderung 1: Flüchtlingspolitik solidarisch, demokratisch und gerecht gestalten

Eine gerechte und solidarische Flüchtlingspolitik muss alle Menschen, mit ihren individuellen Schicksalen, ihren Kompetenzen, Erfahrungen und Förderbedarfen sowie ihren Wünschen und Interessen in den Blick nehmen. Gleichzeitig erforderlich ist die Behebung struktureller Defizite in Wohnungsbau, Bildung, Gesundheitsversorgung und Infrastruktur, die allen EinwohnerInnen zu Gute kommt.

Verantwortung für die Beseitigung von Fluchtursachen

- UNHCR stärken, mehr Mittel

Faire Asylverfahren in Deutschland

- Einhaltung internationaler Standards
- Flüchtlinge aus Kriegs- und Krisengebieten einen Schutzstandard nach Genfer Flüchtlingskonvention gewähren
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den betroffenen Dienststellen und helfenden Trägerorganisationen

Unterstützer unterstützen

- Regelungen zu Freistellung bei den Bundesbehörden schaffen und ggü. Bundesländern initiativ

Flüchtlings- und Migrationspolitik:

- **Fluchtursachen** bekämpfen wie bisher, Zukunfts- und Bleibeperspektiven durch Entwicklungspolitik und Krisenprävention
- Grenzschutzagentur **Frontex** stärken, bis der Schutz der EU-Außengrenzen funktioniert wird an Binnengrenzkontrollen festgehalten
- Nach Vorbild EU-Türkei-**Abkommen** auch Abkommen mit Regionen im nördlichen Afrika schließen
- **Europäische** Verantwortung für Flüchtlinge
- **EU-Ein- und Ausreiseregister** schnellstmöglich umsetzen
- Besserer **Informationsaustausch** in der EU zwischen den Sicherheitsbehörden
- Algerien, Marokko und Tunesien zu sicheren **Herkunftsändern** erklären
- Bemühungen verstärken, diejenigen **zurückzuführen und ggf. abzuschieben**, deren Asylanträge rechtskräftig abgelehnt werden

Geordnete Migrationspolitik:

- Recht auf **Asyl** unangetastet lassen
- **Flüchtlinge** innerhalb Europas **solidarisch verteilen** und finanzielle Unterstützung aus dem europäischen Haushalt
- **Fluchtursachen** bekämpfen: neue Abrüstungsinitiativen, Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit, faire internationale Handelsbeziehungen
- **UNHCR** benötigt angemessene Ausstattung und kontinuierliche Finanzierung
- **Außengrenzen** besser vor illegalen Grenzübertritten schützen (Frontex und Küstenwache stärken, zusätzliches europäisches Seenotrettungsprogramm)
- Asylverfahren nur auf europäischen Boden, entlang der Fluchtrouten
- Über UNHCR feste **Kontingente** Schutzberechtigter kontrolliert in der EU aufnehmen
- Schnellere Asylverfahren: dafür Mittel bereit stellen
- HelferInnen unterstützen
- Freiwillige Rückkehr von Abgelehnten erhöhen

Flüchtlings-, Zuwanderungs- und Integrationspolitik:

- Keine Einschränkung des **Asylrechts, Ausbau des Asylrechts**
- Solidarische **Einwanderungs-**gesellschaft, restriktives **Aufenthaltsgesetz** abschaffen
- Gleiche soziale und politische Rechte für alle
- Ursachen von **Fluchtbewegungen** bekämpfen: Waffenexporte verbieten, friedliche Konfliktlösung unterstützen, gerechte Weltwirtschaft schaffen
- **Initiative zur Legalisierung von Menschen ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung**

Schutz von Geflüchteten, Fluchtursachen bekämpfen:

Leben retten, legale Fluchtwege schaffen

- Europäisches **Seenotrettungsprogramm** schaffen und zivile, gemeinnützige Rettungsorganisationen stärken
- Großzügiges **Aufnahmeprogramm** schaffen/ Kontingente schaffen
- Das individuelle **Grundrecht** auf Asyl nicht antasten, keine Aushöhlung, keine Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete, bundesweiter Abschiebestopp nach Afghanistan

Familienzusammenführung

- Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiäre Schutzberechtigte wieder rückgängig machen

Asyl und Flucht:

- Grundrecht auf **Asyl** für individuell politisch Verfolgte ist unantastbar
- Schaffung eines eigenen Status für **Kriegsflüchtlinge**: vorübergehenden humanitären Schutz, der auf die Dauer des Krieges begrenzt ist
- Funktionierende **Rückführungsregelungen**, wer kein Bleiberecht hat muss abgeschoben werden
- Unterstützung etwa von **Libanon oder Jordanien** mit erhöhten finanziellen Beiträgen für Einrichtung und Betrieb des Schul- oder Gesundheitswesens und Schaffung von Sonderwirtschaftszonen, Handelshemmnisse beseitigen
- Fairer Schlüssel für die Verteilung von Flüchtlingen in **Europa**
- **Frontex** soll von der jetzigen zwischenstaatlichen Struktur zu einem echten europäischen Grenzschutz mit eigener Handlungsbefugnis und Kontrolle durch das

					
<p>werden, damit Freistellungsregelungen geschaffen und verbessert werden – ebenso für ArbeitnehmerInnen in der Privatwirtschaft</p> <p>Einreiseoptionen außerhalb des Asylsystems schaffen</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Schleuser energisch bekämpfen, Möglichkeiten schaffen, dass Migranten ohne Schutzanspruch von Überfahrt nach Europa abgehalten werden, Resettlement und Relocation umsetzen 				<p>Europäische Parlament ausgebaut werden; sie soll auch die Aufgaben der Hochseerettung im Mittelmeer wahrnehmen</p>
<p>Anforderung 2: Einwanderung von Erwerbstätigen transparent gestalten und an langfristigen Arbeitsmarktentwicklungen orientieren</p> <p>Freizügigkeit</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Freizügigkeit innerhalb der EU, Aufnahme von Flüchtlingen und Familiennachzug darf nicht abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung gesteuert werden <p>Reform der geltenden Zu- und Einwanderung von Erwerbstätigen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Verbesserung der gesell. und ökon.n Teilhabechancen ▪ Gleichbehandlung bei den Arbeitsbedingungen ▪ Flüchtlinge gehören (unabhängig ob ihr Schutz anerkannt ist oder sie geduldet sind) zum inländischen Erwerbspotential <p>Neugestaltung des Einwanderungsrechts</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Allen in Deutschland lebenden Drittstaatsangehörigen Zugang zu Daueraufenthalt, der mit Freizügigkeit innerhalb der EU verbunden ist, eingeräumt werden 	<p>Fachkräftezuzug:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Es braucht ein Regelwerk zur Steuerung von Einwanderung in den Arbeitsmarkt „Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz“, keine Einwanderung in soziale Sicherungssysteme, illegale Einwanderung und Migration verringern 	<p>Einwanderung von Fachkräften steuern:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Einwanderungsgesetz schafft Transparenz und Verständlichkeit, wer aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland einwandern darf ▪ Steuerung Zuzug qualifizierter Arbeitskräfte ▪ Flexibles und an der Nachfrage nach Fachkräften orientiertes Punktesystem schaffen: berufliche Abschlüsse, Berufserfahrung, Sprache, Alter und Integrationsfähigkeit berücksichtigen, Einrichtung einer Quote, die sich an der Lage des dt. Arbeitsmarktes orientiert (Festlegung durch unabhängige Expertenkommission) <p>Zudem die Vielfalt bestehender Regelungen und Aufenthaltstitel bündeln und mehr Übersichtlichkeit und Transparenz im dt. Einwanderungsrecht schaffen</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gute Ausbildung und Arbeit für alle, keine Ausnahmen vom Mindestlohn, faire Integration in den Arbeitsmarkt, keine Punktesysteme oder Quoten/Kontingente, ▪ Arbeiterlaubnis für Geflüchtete bereits nach 3 Monaten 	<p>Einwanderungsland Deutschland:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Einwanderungsgesetz schaffen mit Einwanderungsquote mit Punktesystem, d.h. u.a. auch AsylbewerberInnen bei entsprechender Qualifikation eine Arbeiterlaubnis zu erteilen ▪ Bestehende Berufsabschlüsse besser anerkennen 	<p>Einwanderungsgesetz:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Einwanderungsgesetzbuch schaffen: ▪ Reform der Blue-Card ▪ Punktesystem schaffen

					
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Auslandsaufenthalte zu Bildungszwecken, aus familiären Gründen oder im Rahmen einer Beschäftigung oder Entsendung darf nicht zur Unterbrechung des Aufenthalts bzw. dem Verlust des Aufenthaltstitels führen. ▪ Fünf konkrete Ziele bei Neugestaltung europäischer Regelungen (siehe S. 35 des Papiers) ▪ Einreise und Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen im Rahmen unternehmensinterner Transfers: verstärkte Maßnahmen zur Einhaltung von Mindeststandards, Gleichbehandlung, Kontrolle usw. 					
<p>Anforderung 3: Teilhabechancen schaffen, Integration fördern, Partizipation ausbauen</p> <p>Nachhaltige, systematische Integrationspolitik ist nötig – unabhängig davon, wann MigrantInnen nach Deutschland gekommen sind. Es braucht massiver Anstrengungen für die Schaffung gleicher ökonomischer und gesellschaftlicher Teilhabechancen für alle Bevölkerungsgruppen, dazu gehören:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Fördermaßnahmen und eine Stärkung der Infrastruktur, ▪ Interkulturelle Öffnung von Behörden und Einrichtungen, 	<p>Integration:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Regelmäßiges Integrationsmonitoring ▪ Allen Menschen mit Bleibeperspektive unterstützen, baldmöglichst ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft bestreiten zu können (Sprache und Berufliche Bildung) ▪ Wer sich Integration verweigert muss mit Konsequenzen rechnen, bis hin zum Verlust der Aufenthaltsberechtigung ▪ Dauerhafte doppelte 	<p>Integration von Flüchtlingen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Anerkannten AsylbewerberInnen schnell einen verpflichtenden und berufsqualifizierenden Sprachkurs anbieten, genauso wie Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsangebote ▪ Spezielle Frauen- und Kinderförderung ▪ Unterstützung der Kommunen <p>Gleiche Chancen auf Teilhabe ist das Leitbild.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Kitas, Schulen, Berufsschulen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Integrationsangebote ausbauen: frühzeitiger Zugang zu Integrations- und Sprachkursen, unabhängig vom Aufenthaltsstatus, Lehrkräfte besser bezahlen, flächendeckendes Programm für Frauen, um ein selbstbestimmtes Leben zu führen ▪ Gute Bildung für alle, unabhängig vom Aufenthaltsstatus ▪ Zuständigkeit von Migration und Integration vom Bundesinnenministerium auf ein Bundesministerium für Migration und Integration übertragen 	<p>Integration von Geflüchteten anpacken, Kommunen besser ausstatten:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Asylsuchende und Geduldete brauchen gesicherten Aufenthaltstitel für die Ausbildung und die anschließende Beschäftigung ▪ Schnellstmöglicher Zugang zu Integrations- und Sprachkursen ohne Einschränkung durch Aufenthaltsstatus ▪ Die Anerkennung von Abschlüssen und mitgebrachten Kenntnissen 	<p>Neues modulares Integrationsprogramm Ermöglicht individuelle Förderung entsprechend persönlicher Bedürfnisse in unterschiedlichen Stufen</p> <p>Doppelte Staatsbürgerschaft:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Grundsätzlich ermöglichen ▪ Klares Regelwerk für Einbürgerung: gute Sprachkenntnisse, unbefristete Aufenthaltserlaubnis seit mind. 4 Jahren, eigene Sicherung des

					
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bekämpfung von Rechtsextremismus und Diskriminierung, ▪ Auseinandersetzung mit menschenfeindlichen Einstellungen. ▪ Ein Gesetz zur Verbesserung von Teilhabechancen in Bildung, Ausbildung, Beruf und Gesellschaft, u.a. mit Sicherer Aufenthalt für Asylwerber und berufliche Qualifizierung („3+2-Regelung“), gleichrangigen Zugang zu Bildungsangeboten, Sprachförderung, Feststellung von Kompetenzen und Qualifikationen, vollqualifizierende Berufsausbildung, usw. ▪ Beratung und Begleitung von Flüchtlingen: Zusammenführung von Programmen für Lotsen, Initiativen der Sozialpartner usw. ▪ Finanzierung und Organisation der Integration: Entlastung der Kommunen (aus Bundesmitteln finanziertes Zukunftsprogramm) bei Unterbringung von SGB-II-Leistungsempfängern sowie bei der Integration von Flüchtlingen ▪ Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe für fast alle Politikbereiche (nicht wie bisher hauptsächlich innen- und sicherheitspolitisch), d.h. künftige Ansiedelung im BMAS. 	<p>Staatsbürgerschaft muss immer eine Ausnahme bleiben, sie soll künftig nicht mehr über viele Generationen weitervererbt werden.</p> <p>Generationenschnitt nach der Generation der in Deutschland geborenen Kinder, die durch Geburt in Deutschland die deutsche Staatsbürgerschaft erworben haben.</p>	<p>als Brückenfunktion in unsere Gesellschaft</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Zukunftsperspektive für ausländische Studierende in Deutschland ▪ Integrationskurse auch für jene, deren Bleibeperspektive unklar ist ▪ Verzahnung von Kompetenzfeststellung und Arbeitsmarktintegration ▪ Regelung für duale Ausbildung für Menschen unabhängig des Ausgangs ihres Asylverfahrens (3+2-Regelung) auch auf Studierende übertragen ▪ Zielvorgaben für den Öffentlichen Dienst für die Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund ▪ Stärkung der Migrations- und Integrationsforschung ▪ Modernes Staatsangehörigkeitsrecht, Prinzip Mehrstaatigkeit ▪ Sport und Kultur als Integrationsmotoren ▪ usw. 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kommunen unterstützen ▪ Mindeststandards für Unterbringung und Betreuung ▪ Kinder- und Jugendhilfe ausbauen ▪ Sozialtickets ▪ Selbstorganisation stärken ▪ Ombudsstellen einrichten ▪ Fan-Initiativen fördern <p>Gleiche Rechte für MigrantInnen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Staatsbürgerschaftsrechte ausbauen ▪ Wahlrecht ▪ im Ausland erworbene Qualifikationen ▪ Familiennachzug <p>Weiters:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ 300.000 sozialversicherungspflichtige, tariflich abgesicherte und existenzsichernde Arbeitsplätze im Bereich öffentliche geförderter Beschäftigung für Langzeitarbeitslose und Geflüchtete schaffen ▪ Umfassender Gesundheitsschutz, psychotherapeutische Versorgung ausbauen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gute Beratungsstruktur zur Arbeitsmarktzugang und Wohnungssuche: Ländern und Kommunen ausreichend Ressourcen zur Verfügung stellen <p>Staatsbürgerschaftsrecht:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Staatsangehörigkeitsrecht nach dem Geburtsortprinzip einführen ▪ Mehrere Staatsangehörigkeiten nicht mehr problematisieren ▪ Einbürgerungen erleichtern: alle Menschen, die ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht und ausreichende Deutschkenntnisse haben, sollen schneller einen Anspruch auf die dt. Staatsangehörigkeit haben <p>Demokratische Teilhabe:</p> <p>Kommunales Wahlrecht nach dem Wohnortprinzip regeln, nicht nach der Staatsbürgerschaft</p>	<p>Lebensunterhaltes der Familie, Strafflosigkeit, bestandener Einbürgerungstest, uneingeschränktes Bekenntnis zur Rechtsordnung des GG</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Erwerbung durch Geburt und maximal durch Enkel der Ersteingebürgerten <p>Beschleunigung der Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Einzelvorschriften und unterschiedliche Zuständigkeiten von Bund und Ländern ändern: mehr Personal und bundesweite Vergleichbarkeit von ausländischen Abschlüssen ▪ Recht auf vorherige Beratung ▪ Vorrangprüfungen für Deutsche aufgeben ▪ Ausnahme vom gesetzlichen Mindestlohn für Geflüchtete, wie bei Langzeitarbeitslosen

					
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Partizipation: Gewährung von Wahlrecht bei Wahlen und Bürgerentscheiden - zumindest auf kommunaler Ebene – für Drittstaatsangehörigen , sowie Einführung allgemeines Wahlrecht für EU-Staatsangehörige 					
5.3. Gleichbehandlung und Diskriminierungsfreiheit fördern – Extremismus bekämpfen, Rassismus überwinden, Antirassismusbearbeitung verstärken					
<p>Anforderung 1: Programme zur Förderung von Demokratie und gegen Rechtsextremismus</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Bundesgesetzliche Grundlage für die Förderung schaffen ▪ Bundesprogramm „Demokratie leben ...“ aus Kinder- und Jugendhilferecht nehmen und auf eine andere, weiterentwickelte bundesgesetzliche Grundlage stellen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 	<p>Kampf gegen Rechtsextremismus:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Programm für sensiblen Umgang von Behörden ▪ Bessere Erfassung und Auswertung von rechtsextremen Straftaten ▪ Präventionsarbeit ausweiten ▪ Gesetz zur Demokratieförderung und Extremismusprävention schaffen ▪ Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus 	<p>Rechte Gewalt stoppen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus dauerhaft fördern ▪ Verbot aller neonazistischen Organisationen 	<p>Kampf gegen rechts stärken</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Demokratiefördergesetz 	
<p>Anforderung 2: Reform des allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Prävention von Diskriminierung verstärken ▪ Gesetzliche Grundlagen erweitern, die die öffentliche Hand verpflichten präventive Gleichbehandlungsmaßnahmen zu entwickeln und umzusetzen ▪ Verbot der mittelbaren Diskriminierung als Ziel für staatliche Stellen und Einrichtungen formulieren 		<p>Weiterentwicklung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG): Stärken der Antidiskriminierungsstelle des Bundes und Anwendungsbereiches des AGG auf staatliches Handeln ausweiten, Verbandklagerecht verankern</p> <p>Vorgehen gegen Sexismus in der Werbung (Werberat), ggf. gesetzliche Maßnahmen</p> <p>Anonymisierte Bewerbungen</p>			

					
<p>Anforderung 3: Institutionelle Formen von Ausgrenzung eindämmen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Gesetzliche Grundlagen gegen Unachtsamkeit und Ignoranz entwickeln 			<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verurteilung von Angriffen auf Moscheen, Synagogen und andere sakrale oder symbolische Orte ▪ Kampf gegen Antisemitismus ▪ Koloniale Schuld Deutschland aufarbeiten 		
<p>Anforderung 4: NSU-Untersuchungsausschuss-Empfehlungen nachhaltig und zügig umsetzen</p>			<ul style="list-style-type: none"> ▪ NSU-Morde aufarbeiten 		
<p>Anforderung 5: Hassmotivierte Straftaten konsequent ahnden</p>			<ul style="list-style-type: none"> ▪ Unabhängige Beobachtungsstelle schaffen 		



6. Weitere Politikfelder (alphabetisch)

Demokratie, Engagement, Bürgerrechte, Bürgernahe Polizei, Minderheitenrechte, Inklusion, Senioren, Jugendpolitik, Drogenpolitik, Medien, Internet, Religion, Sport, Zusammenhalt

Bundesteilhabegesetz:

es braucht mehr Offenheit bei der Einstellung von Mitarbeitern mit Behinderung

Ehrenamt:

Bedarf einer besonderen Förderung, insbesondere von Kommunen und Ländern, Hauptamtliche Unterstützung und Anlauf- und Beratungsstellen sind wichtig: **Ehrenamtsstiftung** oder Ehrenamts-Service-Agentur neu einrichten

Jugend:

Mit allen Bundesländern über einen verbilligten Zugang für Schüler, Azubis und Studenten zum ÖPNV sprechen (Hessen-Ticket)

Zusammenhalt:

- Freiheitliche **Leitkultur** wird von Staat, Politik und Gesellschaft gefördert:
- Zu Deutschland gehören alte und neue Deutsche, Menschen mit und ohne deutschen Pass, mit und ohne Migrationshintergrund, niemanden ausschließen
- Parallelgesellschaften und Multi-Kulti verhindern
- Sprache fördern
- Chancen auf dem Arbeitsmarkt und Teilhabe fördern
- Gleichberechtigung von Mann

Demokratie-Kapitel mit Themen: Weltoffenheit, Gleichstellungspolitik, Engagement, Vereinfachung Wahlen, Wahlalter auf 16 Jahre absenken, politische Bildung ausbauen, Wahlrecht für behinderte Menschen, Absenkung Quorum öffentliche Petitionen

Ehrenamt/ Bürgerschaftliches Engagement:

Regelungen zum Bildungsurlaub in allen Bundesländern auf den Weg bringen und mit einem **Bundesgesetz zur Freiwilligenförderung** verbinden, Streitschlichter und Schiedsleute fördern, **Deutsche Engagementstiftung** gründen

Selbstverwaltung in der Sozialversicherung: Selbstverwaltung stärken und Sozialwahlen-Verfahren modernisieren

Wohlfahrtspflege

Inklusion: UN-Behindertenkonvention voranbringen, Unterstützung inklusiver Bildung, Bundesteilhabegesetz: Teilhabeleistungen stetig weiterentwickeln, Inklusiver Arbeitsmarkt, keine Lohndiskriminierung von Menschen mit Behinderung, Barrierefreiheit am Arbeitsplatz für alle Arbeitgeber, Inklusionsbetriebe und Werkstätten weiterentwickeln, Schwerbehindertenvertretungsrecht stärken (Anhörungs- und Beteiligungsverpflichtungen bei der

Ausführliches **Demokratie**-Kapitel mit vielen Unterthemen:

- Kontrolle und Beteiligung bei öffentlichen **Großprojekten**
- Bundesweites Register für **korrupte Unternehmen**
- **Wahlrechtsreform**, Informationsfreiheitsgesetz zu einem Transparenzgesetz weiterentwickeln
- **Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide** auf Bundesebene
- **Prozesskostenhilfe** ausbauen
- **Engagementpolitik** ausbauen
- **Bürgerrechte** ausbauen
- **Bürgernahe Polizei**
- **Minderheitenrechte**
- **Inklusion**
- **Seniorenpolitik**
- **Jugendpolitik:** Selbstorganisation stärken, Teilhabe ausbauen, kostenloser ÖPNV, Internationale Jugendbegegnungen, Ehrenamt, Wahlalter auf 16 Jahre, Kinder- und Jugendhilfe stärken u.v.a.m.
- **Drogenpolitik:** entkriminalisieren
- **Medienpolitik:** Urheberrecht modernisieren, Rundfunkräte demokratisieren und quotieren, unabhängige öffentliche-rechtliche Plattformen, Urhebervertragsrecht

Demokratie stärken:

- Volksentscheid im Grundgesetz verankern, direktdemokratische Beteiligung auf allen Ebenen stärken
- Wahlalter auf 16 Jahre absenken

Unterkapitel zu Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung:

- UN-Behindertenrechtskonvention konsequent umsetzen, keine Sonderwelten, Wohnortfreiheit, statt Werkstätten Öffnung des allgemeinen Arbeitsmarktes über das Budget für Arbeit, Unterstütze Beschäftigung und Integrationsbetriebe fördern

Moderne Verwaltung mit E-Government:

Open Data, barrierefreie E-Government-Dienstleistungen und Open Government für die Modernisierung der Verwaltung und Bürokratieabbau nutzen

Kinder- und Jugendhilfe, Jugendarbeit ausbauen

Sport fördern

Open-Data und Open-Government-Strategie fördern

Netzneutralität

Urheberrecht reformieren

Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderung:

Wahlrecht auf Leistungen zur Teilhabe, bessere Teilhabe auf dem ersten Arbeitsmarkt, Anspruch auf Leistungen aus der Sozialversicherung unabhängig von der Wohnform, auch in der Pflegeversicherung

Religionsfreiheit, Gleichbehandlung von Kirchen-, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

Ehrenamt und bürgerschaftliche Engagement stärken

Probeweiser Ausbau der **direkten Demokratie** auf kommunaler und Landesebene unterstützen

Legislaturperioden durchgängig auf 5 Jahre verlängern und Wahltermine der Länder bündeln

Unterkapitel zu **Recht für Ehe**

					
	<p>und Frau</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Geschichte ist unser Erbe ▪ Ehrenamt als wichtigster Pfeiler ▪ Leistung, Teamwork und Solidarität ▪ u.a. <p>Sport fördern</p> <p>Religionsgemeinschaften</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Arbeit der Kirchen unterstützen, u.a. friedlichen und integrationsbereiten Islam auf dem Boden des Grundgesetzes so organisieren dass er Verhandlungs- und Dialogpartner von Staat und Gesellschaft sein kann 	<p>Einstellung von Menschen mit Behinderungen, bei Abmahnung und Aufhebungsverträgen, Steuerrechtliche Maßnahmen, Barrierefreiheit</p> <p>Jugendpolitik: Diskurs über jugendpolitische Gesamtstrategie führen, gesetzlich verankerter „Jugend-Check“ (alle politischen Maßnahmen auf ihre Wirkung für junge Menschen überprüfen), Wahlalter auf 16 Jahre senken, politische Bildung ausbauen, finanzielle Förderung für Jugendverbände im Bundeshaushalt erhöhen, Plätze in den Jugendfreiwilligendiensten erhöhen, int. Jugendaustausch und Erasmus+ ausbauen</p> <p>Seniorenpolitik: Programm „Gemeinschaftlich selbstbestimmt Wohnen“</p> <p>Open Data und Informationsfreiheitsgesetz fördern</p> <p>„Exekutive Fußspur“ einführen, um Beitrag externer InteressensvertreterInnen bei der Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs offen zu legen, verpflichtendes Lobbyregister, Nebentätigkeiten vollständig offen legen</p>	<p>reformieren, gemeinsame Vergütungsregeln, u.v.a.m.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Internet ▪ Religion: Trennung von Staat und Kirche ▪ Sport 		<p>und Familie, u.a. mit Wechselmodell, Reproduktionsmedizin, u.a.</p>
<p>Gleichstellung/ Frauenpolitik/ Feminismus</p>	<p>Mehr Frauen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bringen</p> <p>Für Frauenquote in Führungspositionen sind weitere</p>	<p>Unterkapitel Gleichberechtigung und Gleichstellung: Aktionsplan Gleichstellung: Systematisches Beobachten, Messen und Überwachen, ob Ziele eingehalten werden, Stelle einrichten, die berät</p>	<p>Eigenes Kapitel zu feministischen Forderungen, das Teile aus anderen Kapiteln zusammenfasst, u.a. Entgeltgleichheitsgesetz, Verbandsklagerecht, Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft, Frauenquote,</p>	<p>Kapitel zu Selbstbestimmung und Gleichberechtigung</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Für faire und gerechte Löhne: Entgeltgleichheitsgesetz mit Lohncheck, Verpflichtung der TarifpartnerInnen und 	

					
	<p>Anstrengungen notwendig (im Öffentlichen Dienst bis 2025 eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Leitungsfunktionen auf allen Ebenen verwirklichen)</p> <p>Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit</p> <p>Sexuelle Selbstbestimmung und Schutz vor Gewalt</p>	<p>Mit einem Gleichstellungsgesetz die Berufs- und Aufstiegschancen von Frauen in der Privatwirtschaft verbessern</p> <p>Forderung nach einem Dritten Aktionsplan der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, individuellen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für Opfer und ihre Kinder, Bundesförderprogramm zur Umsetzung der Maßnahmen</p>	<p>Umdenken in der Sorge- und Pflegearbeit, Rentenversicherung, Stopp von Diskriminierung von anderen Lebensentwürfen oder Aufgrund sexueller Orientierung, Schwangerschaftsabbruch, Schutz vor Gewalt</p>	<p>ArbeitgeberInnen tariflichen und nicht-tarifliche Lohnstrukturen auf Diskriminierung zu überprüfen und Verbandsklagerecht</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Gewaltfrei Leben: Finanzierung von Frauenhäusern und Beratungsstellen sicherstellen (Bund) ▪ Über den Körper selbst bestimmen 	
<p>Gleichberechtigung für alle Lebensweisen/ Queer</p>		<p>Unterkapitel zu vielfältigen Lebensrealitäten</p>	<p>Eigenes Kapitel zu Queer</p>	<p>Unterkapitel zu Ehe für alle</p>	<p>Ablehnung Homo- und Transphobie in einem Unterkapitel</p>
<p>Internationales, Krieg/Frieden/ Außenpolitik</p>	<p>Kapitel zu Deutschlands Rolle in der Welt:</p> <p>Internationale Organisationen: Bündnisse NATO, EU, UNO, OSZE weiter enge Zusammenarbeit</p> <p>USA, Israel, Russland</p> <p>Bundeswehr</p> <p>Marshallplan mit Afrika: gemeinsam mit der Afrikanischen Union soll eine mittelständische Kultur der Selbständigkeit entstehen, auch private Investitionen mobilisieren</p>	<p>Unterkapitel zum Friedensprojekt Europa:</p> <p>u.a. Aufbau eines europäischen zivilen Friedenskorps, Entspannungspolitik und Abrüstung als Grundlagen einer erneuerten gesamteuropäischen Sicherheitspolitik</p> <p>Verteidigungspolitik: Verstärkte Zusammenarbeit, auch bei Verteidigungsausgaben, Gründung einer Europäischen Verteidigungsunion, ergänzende Anstrengung zur NATO für eine engere Kooperation und Arbeitsteilung auf dem Weg zu einer europäischen Armee, EU</p> <p>Erweiterungspolitik und Türkei, Brexit</p> <p>Kapitel zu Frieden und Stabilität in</p>	<p>Eigenes Kapitel zu Krieg/Frieden:</p> <p>Für eine demokratische und gerechte Welt, u.a. mit Kriegs- und Fluchtursachenbeschreibung, Auslandseinsätzen, friedliches Zukunftsprogramm, Konfliktbearbeitung, zivilem Friedensdienst, Bundeswehr, Rüstungsexporten, Zivilklauseln an Hochschulen, Atomwaffen, Entwicklungszusammenarbeit, UN, Internationales Recht, Friedens- und Entspannungspolitik</p> <p>Für den Brexit: 1. Schutz des Rechts auf Arbeitnehmerfreizügigkeit erhalten, 2. Bleiberecht von brit. Staatsbürgern mit Wohnsitz in EU-Mitgliedsstaaten (und umgekehrt).</p>	<p>Eigenes Kapitel zu Frieden, globale Gerechtigkeit und Menschenrechte:</p> <p>0,7 Prozent (bis 2021) für globale Entwicklung statt zwei Prozent für Aufrüstung, Gelder strikt an nachhaltigen Entwicklungszielen der UN ausrichten, dies ist ein Beitrag zur zivilen Krisenprävention und langfristig zur Fluchtursachenbekämpfung</p> <p>Grünen Zukunftspakt zwischen der EU und Afrika: Unterstützung der Agenda der Afrikanischen Union, zivile Krisenprävention, Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen und Steuersysteme, nachhaltige Wirtschaft fördern, gerechte Agrar- und Handelspolitik</p>	<p>Eigenes Kapitel zu Freiheit und Menschenrechte weltweit</p> <p>Europa und die USA als Wertegemeinschaft, Russland</p> <p>Bekanntnis zur NATO: Parlamentsvorbehalt für gemeinsame EU- und NATO-Einsätze</p> <p>Verstärkte Kooperation mit den östlichen Nachbarn der EU Friedensprozess im Nahen Osten fortsetzen</p> <p>EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beenden</p> <p>Brexit: in einem partnerschaftlichen Verfahren die</p>

					
		<p>der Welt, u.a. über die Bundeswehr/Streitkräfte und deren Ausrüstung und Betreuung und Nachsorge nach Kampfeinsätzen</p>		<p>Rüstungsexportgesetz verschärfen: Rüstungsexporte in Krisenregionen und an Staaten mit problematischer Menschenrechtslage stoppen, Übertragung der Genehmigungen an das Auswärtige Amt, Konsensprinzip der Bundesregierung durchsetzen, ggf. auch den Bundestag informieren Verbandsklagerecht für NGOs bei Rüstungsexporten, EU-weite restriktivere Kontrolle der Rüstungsexporte</p> <p>Stärkung der UNO und des UNHCR</p>	<p>Bedingungen des Austrittes verhandeln, Interessen Schottlands und Nordirlands angemessen berücksichtigen, GB soll starker Partner der EU bleiben</p> <p>Internationale Rüstungskontrolle: neuen diplomatischen Anlauf nehmen, Synergien bei der Rüstungsentwicklung und – beschaffung</p> <p>Europäisch abgestimmte Entwicklungszusammenarbeit Verstärkte Außen- und Sicherheitspolitik, Schlüsselposition für „EU-Außenministerin“</p> <p>Europäische Armee unter gemeinsamem Oberbefehl und parlamentarische Kontrolle Werteorientierte Entwicklungspolitik</p> <p>Weltweite Anerkennung des Internationalen Strafgerichtshof</p>
<p>Kinderarmut</p>		<p>Programm zur Bekämpfung von Kinderarmut: u.a. Kinder-Existenzsicherung mit einem Konzept der unterschiedlichen zusammenwirkenden Instrumenten überprüfen und ggf. anpassen, SGB VIII stärken</p>	<p>Aktionsplan gegen Kinderarmut: u.a. Kindergrundsicherung i.H.v. 573 Euro</p>	<p>Großes Reformpaket gegen Kinderarmut auf den Weg bringen: KindergeldBonus, einkommensunabhängige Kindergrundsicherung (Ersatz des Kindergeldes und der Kinderfreibeträge) und Familien-Budget, (derzeitiges Buildings- und Teilhabepaket abschaffen,)</p>	

					
Kinderrechte	Kinderrechte ins Grundgesetz	Kinderrechte stärken durch Verankerung im Grundgesetz		Kinderrechte im Grundgesetz stärken	
Kulturpolitik/ Erinnerungskultur/ Medienpolitik/ Urheberrecht	Eigenes Kapitel zu Erinnerung an die Folgen von Gewaltherrschaft und Diktatur, Kulturförderung, Medien, Kulturelle Bildung, Filmschaffen, Kunst	Unterkapitel zu Kulturpolitik mit Kreativwirtschaft, Mindestvergütungen und Ausstellungsvergütungen, Einbeziehung Solo-Selbständige in Zweige der gesetzlichen Sozialversicherung, Projektförderung, Freie Kulturszene, Filmförderung, Denkmalschutz, Filmerbe, Erinnerungskultur – Gedenken und Erinnern Medienpolitik: Informationsfreiheit, Informantenschutz, Medienrecht, privater und Ö-R-Rundfunk Urheberrecht, Buchpreisbindung	Eigenes Kapitel zur Kulturpolitik mit div. Forderungen hinsichtlich Förderung, Arbeitsverhältnisse, Vergabe, Urheber, Künstlersozialkasse, usw.	Kultur: Freier Eintritt ins Museum, Zugänge verbessern, Kultur fördern	Eigenes Kapitel zur Kulturpolitik: kulturelle Bildung stärken, Rücknahme des Kulturgutschutzgesetz (nicht Raubkunst betreffend), Ankaufsfonds des Bundes für wichtige Kunstwerke, usw. Erinnerungskultur Presse- und Meinungsfreiheit
Lebensverhältnisse in West und Ost	Gezielte Strukturpolitik , auch ländlichen Räumen neue Perspektiven eröffnen: „Offensive Ländlicher Raum“, Daseinsvorsorge gewährleisten, ggf. Abweichungen, Sonderregelungen und Öffnungsklauseln schaffen in der Investitionsförderung und Baurecht, Medizinische Versorgung Dezentralisierungsstrategie: Arbeit soll stärker als bisher zu den Leuten kommen Ausbau Erneuerbarer Energie: Wortschöpfung in ländliche Räume zurückverlagern Breitband und	Ziel: gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen Verbesserung regionale Wirtschaftsstruktur, touristische Orte stärken, reguläre Wirtschaftsförder-programme für strukturschwache Regionen öffnen, Bundesprogramm „Soziale Stadt“	Eigenes Kapitel Ost/West mit Renten, Arbeitsmarktpolitik, Industriepolitik, Wohnungsbauunternehmen, Solidarpakt III, Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, Wissenschaft und Forschung, Stadtumbauprogramm	Kommunen finanziell entlasten und strukturschwache Regionen gezielt fördern Kommunen von Sozialausgaben entlasten, Kosten der Unterkunft und Heizung schrittweise übernehmen Übermäßig hohe Schulden von Städten in einen Altschuldentilgungsfonds überführen Einnahmen mit der kommunalen Wirtschaftssteuer verlässlicher machen. Strukturschwache Regionen brauchen Neustart in der	

					
	<p>Mobilfunkversorgung ausbauen</p> <p>Gemeinschafts-aufgaben „Küstenschutz“ und „Regionale Wirtschaftsstruktur“ weiterentwickeln Tourismus</p> <p>Kommission „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ einsetzen: Vorschläge zu erarbeiten bis Mitte 2019</p>			<p>Förderpolitik: Schaffung einer neuen Gemeinschaftsaufgabe Regionale Daseinsvorsorge</p>	
<p>Lobbyismus</p>		<p>„Exekutive Fußspur“ einführen, um Beitrag externer InteressensvertreterInnen bei der Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs offen zu legen Verpflichtendes Lobbyregister, Nebentätigkeiten vollständig offen legen</p>	<p>Abgeordnetenbestechung unter Strafe stellen, verbindliches und transparentes Lobbyregister, Nebenverdienste von Abgeordneten auf Cent und Euro genau veröffentlichen, drei Jahre Karenzzeit für MinisterInnen und StaatssekretärInnen nach Ausscheiden aus dem Amt, Anti-Korruptionsbehörde OLAF ausbauen Lobbyismus an Schulen unterbinden</p>	<p>EU: Verbindliches Lobbyregister und legislativen Fußabdruck</p>	
<p>Mitarbeiterbeteiligung</p>	<p>Rahmenbedingungen für Mitarbeiterbeteiligung attraktiver gestalten</p>				
<p>Natur- und Tierschutz, Abfallwirtschaft, Agrarwirtschaft und Boden, Wasser, Luft</p>	<p>Unterkapitel zu Landwirtschaft und Agrarpolitik, Nutztierhaltung, Hochseefischerei, Holz- und Rohstoffwirtschaft</p>	<p>Unterkapitel zu biologischer Vielfalt zu den Themen Natur in der Stadt, Wildnis, Wald, Nord- und Ostsee, Kreislaufwirtschaft und Ressourceneffizienz, Landwirtschaft und Ernährung, Lebensmittel, Tierschutz, Verschwendung, Nährwert-Ampel, Gentechnik, Lebensmittelkontrolle und Organisierter Kriminalität in der Lebensmittelbranche (Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften)</p>	<p>Unterkapitel zu Natur- und Tierschutz mit diversen Vorschlägen zu sozialer und ökologischer, fairer Politik Unterkapitel zu Abfallwirtschaft mit diversen Vorschlägen zu sozialer und ökologischer, fairer Politik Unterkapitel zu Agrarwirtschaft und Nahrungsmittel mit diversen Vorschlägen zu sozialer und ökologischer, fairer Politik Unterkapitel zu Boden, Wasser, Luft mit diversen Vorschlägen zu sozialer und ökologischer, fairer Politik</p>	<p>Kapitel zu Lebensmittel und Tierleid, u.a. : Glyphosat und Neonicotinoide verbieten, Zulassungsverfahren ändern, Ausstieg aus der Massentierhaltung, Alternativen zu Tierversuchen fördern</p>	<p>Unterkapitel zu Landwirtschaft mit Forstwirtschaft, Artenvielfalt, Tierhaltung und Tierernährung</p>

					
VerbraucherInnen	Verbraucherschutz ist wichtig: Recht in der digitalen Welt stärken, Verbraucherzentrale Bundesverband und Stiftung Warentest weiter finanzieren und unterstützen	Verbraucherschutzrechte stärken, mehr Transparenz schaffen, Musterfeststellungsklage, Verbandsklage, Gewährleistungs- und Garantieansprüche besser durchsetzbar machen, keine Preisbildung aus Nutzerdaten, Löschfristen und Löschpflichten für negative, falsche und veraltete Einträge, usw.	Unterkapitel zu VerbraucherInnen- politik mit diversen Vorschlägen zu sozialer und ökologischer, fairer Politik	Kapitel zu VerbraucherInnen- politik : Tierprodukte kennzeichnen, Datenschutz ausweiten, Verbandsklagerecht für VerbraucherInnen	